

# BAAR



Bundesarbeitsgemeinschaft für Rehabilitation



## **Wegweiser**

Rehabilitation und  
Teilhabe behinderter  
Menschen

12. Auflage

Herausgeber:

Bundesarbeitsgemeinschaft für Rehabilitation  
Walter-Kolb-Straße 9-11  
60594 Frankfurt/Main  
Telefon: (0 69) 60 50 18-0  
Telefax: (0 69) 60 50 18-29  
E-Mail: [info@bar-frankfurt.de](mailto:info@bar-frankfurt.de)  
Internet: <http://www.bar-frankfurt.de>

Gesamtherstellung:  
Druckerei Hassmüller Graphische Betriebe GmbH & Co. KG, Frankfurt/Main

Nachdruck nur auszugsweise mit Quellenangabe gestattet.

12. völlig neu bearbeitete Auflage, Frankfurt/Main 2005

ISBN 3-9801748-6-7

# BAR



Bundesarbeitsgemeinschaft für Rehabilitation

## **Wegweiser**

Rehabilitation und  
Teilhabe behinderter  
Menschen

12. völlig neu bearbeitete Auflage

# Vorwort

Mit dem SGB IX wurde der Grundstein für ein bürgernahes Rehabilitations- und Teilhaberecht gelegt. Die Konstituierung eines solchen modernen und leistungsfähigen Systems steht für mehr Chancengleichheit, die Eröffnung beruflicher Perspektiven für behinderte Menschen und verbesserte soziale Integration.

Die Einrichtung gemeinsamer Servicestellen aller Rehabilitationsträger, kurze Bearbeitungsfristen, die Vermeidung von Mehrfachbegutachtungen und klare Zuständigkeitsregelungen haben verbesserte Voraussetzungen geschaffen, um medizinische, berufliche und soziale Teilhabeleistungen adäquat zu erbringen.

Auch der Auftrag an die Rehabilitationsträger zur Verabschiedung von gemeinsamen Empfehlungen und die Einführung eines Persönlichen Budgets tragen dazu bei, dass Menschen mit Behinderung ihre Leistungen möglichst zügig und individuell abgestimmt erhalten.

Der vorliegende Wegweiser „Rehabilitation und Teilhabe behinderter Menschen“ ist aufgrund der veränderten gesetzlichen Rahmenbedingungen inhaltlich überarbeitet worden.

Besonderes Anliegen der neuen Auflage ist es, allen Beratungsfachkräften in der Rehabilitation und Teilhabe kurz und präzise eine Orientierungshilfe zu geben. Die Bundesarbeitsgemeinschaft für Rehabilitation (BAR) ist überzeugt, dass sich der Wegweiser – wie die Vorgängerausgaben – als vielgenutztes Praxisinstrument erweisen wird. Er wird auch als Schulungsmittel in der Qualifizierung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Servicestellen eingesetzt.

Daneben möchte die BAR mit der Neuauflage des Wegweisers allen weiteren in der Rehabilitation Tätigen und vor allem auch den betroffenen Menschen und ihren Angehörigen ein nützliches, verständliches und wirksames Hilfsmittel an die Hand geben, um damit einen Beitrag zur Transparenz des Rehabilitationssystems zu leisten und im Sinne des neuen Gesetzes mit dazu beizutragen, dass die sozialstaatliche Dienstleistung Rehabilitation und Teilhabe bürgernah und ohne zeitlichen Verzug erbracht wird.

B. Steinke      U. Vömel

Geschäftsführer

# Inhaltsverzeichnis

<b>1</b>	<b>Das Recht der Rehabilitation und Teilhabe behinderter Menschen</b> .....	5
<b>2</b>	<b>Die Leistungen zur Teilhabe im System der sozialen Sicherheit</b> .....	12
<b>3</b>	<b>Instrumente zur Kooperation der Leistungsträger und Koordination der Leistungen</b> .....	15
	– Gemeinsame Empfehlungen .....	15
	– Weitere Vereinbarungen .....	18
	– Arbeitshilfen .....	19
<b>4</b>	<b>Wege zur Teilhabe behinderter Menschen und die Ausführung von Leistungen</b> .....	20
<b>5</b>	<b>Leistungen zur Rehabilitation und Teilhabe behinderter Menschen</b> .....	26
	– Gesetzliche Krankenversicherung .....	26
	– Soziale Pflegeversicherung .....	29
	– Gesetzliche Rentenversicherung einschließlich Alterssicherung der Landwirte .....	31
	– Gesetzliche Unfallversicherung .....	37
	– Arbeitsförderung .....	43
	– Begleitende Hilfe im Arbeitsleben .....	47

– Soziale Entschädigung bei Gesundheitsschäden .....	50
– Sozialhilfe .....	53
– Öffentliche Jugendhilfe .....	59

## 6

<b>Anhang</b> .....	61
– Abkürzungsverzeichnis .....	62
– Veröffentlichungen der BAR .....	63
– Adressen .....	65
– Index .....	90

# 1 Das Recht der Rehabilitation und Teilhabe behinderter Menschen

Voraussetzung für Selbstbestimmung und Teilhabe behinderter und von Behinderung bedrohter Menschen ist ein soziales Sicherungssystem, das auf gesetzlich normierten Ansprüchen eine bedarfsgerechte Versorgung sicherstellt.

Grundlage hierfür ist das Sozialgesetzbuch – Neuntes Buch – (SGB IX), mit dem die Leistungen der **Rehabilitation und Teilhabe behinderter Menschen** kodifiziert wurden und behindertenpolitische Schwerpunkte gesetzt worden sind. Gleichwohl erfuhr das Recht der Rehabilitation und Teilhabe seit In – Kraft – Treten des SGB IX im Juli 2001 eine Reihe von Veränderungen.

Weitere Bausteine zur umfassenden rechtlichen Gleichstellung behinderter Menschen, wie etwa das Behindertengleichstellungsgesetz (2002) oder das Gesetz zur Förderung der Ausbildung und Beschäftigung schwerbehinderter Menschen (2004) sowie eine Reihe von neuen Verordnungen haben das Recht nochmals konkretisiert.

Darüber hinaus spiegeln die Einführung des trägerübergreifenden Persönlichen Budgets oder das Gesetz zur Einordnung des Sozialhilferechts zum Juli 2004, mit dem die Eingliederungshilfe des BSHG in das Sozialgesetzbuch eingeordnet wurde, die jüngsten Reformansätze wider.

Das SGB IX hat das Recht der Rehabilitation behinderter Menschen weiterentwickelt und im Sozialgesetzbuch als weiteres Buch zusammengefasst. Der deutsche Bundestag hatte die Notwendigkeit eines SGB IX mit dem tiefgreifenden Wandel des Selbstverständnisses von behinderten Menschen und der Grundlagen der Behindertenpolitik begründet:

Im Mittelpunkt der Rehabilitation steht nicht mehr die Fürsorge und Versorgung von behinderten Menschen, sondern ihre selbstbestimmte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und die Beseitigung der Hindernisse, die ihrer Chancengleichheit entgegenstehen.

Anstelle von Divergenz und Unübersichtlichkeit hat das SGB IX Bürgernähe und verbesserte Effizienz auf der Basis eines gemeinsamen Rechts und einer einheitlichen Praxis der Rehabilitation und der Behindertenpolitik geschaffen.

Das SGB IX soll diesen Anspruch von Menschen mit Behinderung auf Unterstützung und Solidarität als Teil selbstverständlicher und universeller Bürgerrechte erfüllen.

*Reformansätze des SGB IX:*

- Ziel der Sozialleistungen ist in Anlehnung an die Weiterentwicklung des „Partizipationsmodells“ der Weltgesundheitsorganisation (WHO) die Förderung der Teilhabe von behinderten oder von Behinderung bedrohten Menschen an der Gesellschaft, insbesondere am Arbeitsleben. Dieses Ziel soll mit medizinischen, beruflichen und sozialen Leistungen schnell, wirkungsvoll, wirtschaftlich und auf Dauer erreicht werden. Entsprechend der Zielsetzung werden diese Leistungen deshalb als „Leistungen zur Teilhabe“ zusammengefasst.
- Der Paradigmenwechsel in der Behindertenpolitik ist eng verbunden mit der Etablierung der Internationalen Klassifikation der Funktionsfähigkeit, Behinderung und Gesundheit (ICF) der Weltgesundheitsorganisation (WHO), die nicht mehr primär die Orientierung an Defiziten, sondern die Teilhabe an den verschiedenen Lebensbereichen in den Vordergrund gerückt hat. Nach der ICF ist

**Sozialgesetzbuch  
– Neuntes Buch – (SGB IX)**

**Paradigmenwechsel**

**Selbstbestimmtes Leben**

**Bürgernähe und  
verbesserte Effizienz**

**Reformansätze: Teilhabe  
an der Gesellschaft**

**ICF – Internationale  
Klassifikation der  
Funktionsfähigkeit,  
Behinderung und  
Gesundheit**

## Unmittelbar geltendes Recht

## Einbeziehung der Träger der Sozialhilfe und der Träger der öffentlichen Jugendhilfe

## Leistungen zur Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft

## Wegfall der Bedürftigkeitsprüfung

## Koordination der Leistungen und Kooperation der Leistungsträger

eine „Behinderung“ jede Beeinträchtigung der funktionalen Gesundheit einer Person. Sie umfasst nicht nur das Gesundheitsproblem dieser Person, sondern ist Ergebnis eines komplexen Geflechts von Bedingungen, die in der Person selbst liegen oder vom gesellschaftlichen Umfeld in unterschiedlichen Lebensbereichen und Lebenssituationen geschaffen werden.

- Soweit nicht in den jeweils geltenden Leistungsgesetzen Abweichendes bestimmt ist (§ 7 SGB IX), gelten die Vorschriften des SGB IX unmittelbar und originär für alle Rehabilitationsträger. Hierzu gehören u.a. folgende Rechtsvorschriften:
  - einheitlicher Begriff der Behinderung (§ 2 SGB IX),
  - Vorrang von Prävention (§ 3 SGB IX, siehe auch Gemeinsame Empfehlung "Prävention", S. 17),
  - Vorrang von Leistungen zur Teilhabe (§ 8 SGB IX),
  - Koordinierung der Leistungen / Zusammenwirken der Leistungen (§§ 10, 11 SGB IX, siehe auch die Gemeinsamen Empfehlungen „Einheitlichkeit/Nahtlosigkeit“ und „Teilhabeplan“, S. 15 und S. 16),
  - Zusammenarbeit der Rehabilitationsträger insbesondere durch gemeinsame Empfehlungen (§§ 12, 13 SGB IX),
  - gemeinsame Grundsätze zur Qualitätssicherung (§ 20 SGB IX, siehe auch Gemeinsame Empfehlung „Qualitätssicherung“, S.16),
  - gemeinsame Servicestellen (§ 22 ff SGB IX),
  - Förderung der Selbsthilfe (§ 29 SGB IX, siehe auch Gemeinsame Empfehlung „Selbsthilfe“, S. 16).

- Unter Berücksichtigung der grundsätzlichen Unterschiede der Leistungen der Sozialhilfe und der Leistungen der übrigen Leistungsträger sind die Träger der Sozialhilfe und die Träger der öffentlichen Jugendhilfe in den Kreis der Rehabilitationsträger mit einbezogen (§ 6 SGB IX) worden. Damit wird zugleich klargestellt, dass zu einer vollen Teilhabe am Leben in der Gesellschaft neben medizinischen Leistungen zur Rehabilitation und Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben, in vielen Fällen weitere Leistungen erforderlich sind.

Diese „sozialen“ Leistungen sind als Leistungen zur Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft in das SGB IX integriert. Hierfür bleiben die Träger der Sozialhilfe zuständig, soweit keine Zuständigkeit der Träger der Unfallversicherung, Kriegsopferfürsorge, öffentlichen Jugendhilfe gegeben ist.

Die Eingliederungshilfe nach dem SGB XII (Sozialhilferecht) umfasst auch weiterhin Leistungen zur medizinischen Rehabilitation und zur Teilhabe am Arbeitsleben. Bei diesen Leistungen der Sozialhilfeträger einschließlich der Leistungen im Arbeitsbereich anerkannter Werkstätten für behinderte Menschen und in vergleichbaren sonstigen Beschäftigungsstätten entfällt die Bedürftigkeitsprüfung. Die Sozialhilfeträger sind weiterhin nicht leistungs verpflichtet, wenn ein anderer Träger Leistungen zu erbringen hat.

- Ein Hauptanliegen des SGB IX ist es, die Koordination der Leistungen und die Kooperation der Leistungsträger durch wirksame Instrumente sicherzustellen (siehe auch die Gemeinsamen Empfehlungen zur „Verbesserung der gegenseitigen Information und Kooperation aller beteiligten Akteure“ sowie „Teilhabeplan“, S. 16 und S. 16). Diesem Zweck dienen u.a.
  - Auskunft und Beratung durch gemeinsame Servicestellen der Rehabilitationsträger,

- die Sicherstellung der Beratungs- und Unterstützungskompetenz von Behindertenorganisationen und Selbsthilfegruppen einschließlich der Interessenvertretungen behinderter Frauen,
- generell die gesetzliche Verpflichtung zu gemeinsamem Handeln und der Festlegung von Koordinierungsaufgaben.

- Ungeklärte Zuständigkeit oder Verzögerungen bei Eilbedürftigkeit dürfen nicht zu Lasten der behinderten Menschen bzw. der Schnelligkeit und Qualität der Leistungserbringung gehen. Jedoch soll das Verwaltungsverfahren durch eine rasche Zuständigkeitsklärung deutlich verkürzt werden (siehe auch die Gemeinsamen Empfehlungen zur „Zuständigkeitsklärung“ und „Teilhabeplan“, S. 15 und S. 16).

Das SGB IX setzt deshalb Fristen für die Antragsbearbeitung (§ 14 SGB IX). Darüber hinaus ermöglicht es dem Leistungsberechtigten unter bestimmten Voraussetzungen, sich die Leistung selbst zu beschaffen, soweit der zuständige Träger die Leistung trotz Fristsetzung nicht rechtzeitig erbringt (§ 15 SGB IX).

Um die betroffenen Menschen nicht unnötig zu belasten, sollen Gutachten so gestaltet sein, dass die erhobenen Befunde und Beurteilungen möglichst zur Prüfung der Voraussetzungen für Leistungen aller Rehabilitationsträger verwendet werden können (siehe Gemeinsame Empfehlung "Begutachtung", S. 16).

- Um arbeitsunfähigen Leistungsberechtigten eine schrittweise Wiederaufnahme ihrer Tätigkeit zu ermöglichen, sieht der Leistungskatalog des SGB IX die Möglichkeit einer stufenweisen Wiedereingliederung für alle Träger der Leistungen der medizinischen Rehabilitation vor (§ 28 SGB IX).

- Um die Eigenverantwortlichkeit der Betroffenen zu stärken und ihnen bei der Ausführung der Leistungen möglichst weitgehenden Raum zu eigenverantwortlicher Gestaltung ihrer Lebensumstände zu belassen, haben die Betroffenen ein Wunsch und Wahlrecht (§ 9 SGB IX). Dazu gehört z. B., dass

- bei der Entscheidung über die Leistungen berechtigten Wünschen der Betroffenen zu entsprechen ist,
- die Leistungsberechtigten eine Sachleistung, wenn sie nicht in einer Rehabilitationseinrichtung ausgeführt werden muss, in der Form der Geldleistung wählen können, wenn die Geldleistung in der Wirksamkeit der Sachleistung entspricht und zumindest gleich wirtschaftlich ist.

- Das SGB IX sieht vor, dass Leistungen unter Berücksichtigung der persönlichen Umstände auch in ambulanter, teilstationärer oder betrieblicher Form und gegebenenfalls unter Einbeziehung familienentlastender und – unterstützender Dienste erbracht werden.

Allerdings gibt es keine strikte Festlegung des Grundsatzes „ambulant vor stationär“, da ein solcher Grundsatz für die Verwirklichung einer erfolgreichen Rehabilitation im Einzelfall zu unflexibel ist. Zum einen gibt es Fälle, in denen auch bei gleicher Wirksamkeit der Leistungen die stationäre Form vorzuziehen ist, z. B. bei Leistungen für Mütter, die bei einer ambulanten Leistung nicht genügend Abstand vom Alltag erreichen können. Zum anderen sollen bei der Entscheidung über die Form der Leistung alle Umstände des Einzelfalls, insbesondere auch die persönliche und berufliche Situation von Frauen, berücksichtigt werden.

- Leistungen können auch durch ein persönliches Budget (BudgetV) erbracht werden, d.h., die Betroffenen können in diesem Fall mit einem bestimmten Budget selbst wirtschaften und die für sie erforderlichen Leistungen einkaufen. Um fest-

**Rasche Zuständigkeitsklärung**

**Fristen**

**Begutachtung**

**Stufenweise Wiedereingliederung**

**Wunsch- und Wahlrecht der Leistungsberechtigten**

**Ambulant vor stationär**

**Persönliches Budget – Modellvorhaben**

## Arbeitsassistentz

## Psychologische und pädagogische Hilfen

zustellen, welche Leistungen sich zur Ausführung durch ein persönliches Budget eignen und wie Budgets konkret bemessen sein müssen, soll die Einführung durch Modellvorhaben bis Ende 2007 erprobt werden (siehe auch S. 24).

- Besonders von Behinderung betroffene Menschen haben zur Erlangung und Erhaltung eines Arbeitsplatzes Anspruch auf notwendige Arbeitsassistentz gegenüber allen Rehabilitationsträgern, die Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben erbringen (§ 33 SGB IX), sowie gegenüber den Integrationsämtern (§ 102 SGB IX).
- Bestandteil der Leistungen zur medizinischen Rehabilitation, zur Teilhabe am Arbeitsleben und zur Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft sind auch die notwendigen medizinischen, psychologischen und pädagogischen Hilfen, die erforderlich sind um die Ziele zur Rehabilitation und Teilhabe zu erreichen oder zu sichern und Krankheitsfolgen zu vermeiden, zu überwinden, zu mindern oder ihre Verschlimmerung zu verhüten, insbesondere
  - Hilfen zur Unterstützung bei der Krankheits- und Behinderungsverarbeitung,
  - Aktivierung von Selbsthilfepotentialen (siehe Gemeinsame Empfehlung zur „Förderung der Selbsthilfe“, S. 16),
  - mit Zustimmung der Leistungsberechtigten Information und Beratung von Partnern, Angehörigen sowie von Vorgesetzten und Kollegen,
  - Vermittlung von Kontakten zu örtlichen Selbsthilfe- und Beratungsmöglichkeiten (siehe Gemeinsame Empfehlung „Sozialdienste“, S. 17),
  - Hilfen zur seelischen Stabilisierung und zur Förderung der sozialen Kompetenz, unter anderem durch Training sozialer und kommunikativer Fähigkeiten und im Umgang mit Krisensituationen,
  - Training lebenspraktischer Fähigkeiten sowie
  - Anleitung und Motivation zur Inanspruchnahme von Leistungen zur medizinischen Rehabilitation oder zur Teilhabe am Arbeitsleben.

## Gebärdensprache

- Hörbehinderte Menschen erhalten das Recht, bei der Ausführung von Sozialleistungen und im Sozialverwaltungsverfahren die Gebärdensprache zu verwenden. Die Kosten für notwendige Gebärdensprachdolmetscher und andere Kommunikationshilfen werden von dem jeweils zuständigen Leistungsträger übernommen. Anspruch auf Leistungen zur Förderung der Verständigung besteht auch für Menschen mit besonders starker Beeinträchtigung der Sprachfähigkeit.

## Barrierefreiheit

- Um behinderten Menschen den Zugang zu den erforderlichen Leistungen zu ermöglichen, werden die Rehabilitationsträger verpflichtet, die Sozialleistungen sowie Verwaltungs- und Dienstgebäude frei von Zugangs- und Kommunikationsbarrieren zu halten.

## Besondere Bedürfnisse und Probleme behinderter Frauen und Kinder

- Die besonderen Bedürfnisse behinderter und von Behinderung bedrohter Frauen und Kinder sind bei der Förderung der Selbstbestimmung und gleichberechtigten Teilhabe am Leben in der Gesellschaft zu beachten (§ 1 SGB IX). Diesem Grundsatz ist bei der Auslegung und Anwendung aller Einzelregelungen zur Rehabilitation und Teilhabe behinderter Menschen Rechnung zu tragen durch:
  - die Berücksichtigung von berechtigten Wünschen der Betroffenen und Rücksichtnahme auf die persönliche Lebenssituation und die Familie bei der Leistungsbewilligung (§ 9 SGB IX),
  - die Möglichkeit der Übernahme von Reisekosten für Kinder, die an den Rehabilitationsort mitgenommen werden (§ 53 SGB IX),

- die Möglichkeit für alle Rehabilitationsträger, Kinderbetreuungskosten zu übernehmen (§ 54 SGB IX),
- die umfassende Beteiligung von Selbsthilfegruppen und Interessenvertretungen behinderter Frauen z.B. bei der Vereinbarung gemeinsamer Empfehlungen (§ 13 SGB IX),
- die Zusicherung von Chancengleichheit behinderter Frauen im Erwerbsleben (§ 33 SGB IX) oder
- Übungen für behinderte und von Behinderung bedrohte Frauen und Mädchen, die der Stärkung des Selbstbewusstseins im Rahmen des Rehabilitationssports dienen (§ 44 SGB IX).

- Darüber hinaus soll den besonderen Bedürfnissen seelisch behinderter oder von einer solchen Behinderung bedrohten Menschen Rechnung getragen werden (§10 SGB IX).
- Das SGB IX stellt sicher, dass die Kompetenz von Verbänden behinderter Menschen einschließlich der Verbände der Freien Wohlfahrtspflege, der Selbsthilfegruppen und Interessenvertretungen behinderter Frauen durch ihre Beteiligung insbesondere an den gemeinsamen Empfehlungen der Rehabilitationsträger genutzt wird. Zu den Verbänden behinderter Menschen gehören auch die Verbände ihrer Angehörigen.

Das Schwerbehindertenrecht ist im SGB IX als Teil 2 eingeordnet. Die Aufgaben werden im Wesentlichen von den Integrationsämtern übernommen.

- Die Schwerbehindertenvertretung ist in allen Angelegenheiten von schwerbehinderten Menschen unmittelbar zu informieren und bei Bewerbungsverfahren nach § 81 Abs. 1 SGB IX zu beteiligen (§ 95 Abs. 2 SGB IX).
- Schwerbehinderte Menschen in einem Arbeits- oder sonstigen Beschäftigungsverhältnis dürfen nicht aufgrund ihrer Behinderung benachteiligt werden. Bei Verstoß können sie vom Arbeitgeber Schadenersatz verlangen (§ 81 Abs. 2 SGB IX).
- Damit besonders behinderte Menschen die Möglichkeit haben einen Arbeitsplatz zu erhalten, benötigen sie meist spezielle Unterstützung. Um diesem Bedürfnis gerecht zu werden, haben sie gegenüber dem Integrationsamt Anspruch auf Kostenübernahme einer notwendigen Arbeitsassistenz (§ 102 Abs. 4 SGB IX).

Zur Aufnahme, Ausübung und Sicherung einer möglichst dauerhaften Beschäftigung auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt können für schwerbehinderte Menschen Integrationsfachdienste unterstützend tätig werden (§ 110 SGB IX).

- Die Strukturverantwortung liegt beim Integrationsamt. Die Integrationsfachdienste (siehe auch Gemeinsame Empfehlung „Integrationsfachdienste“, S. 17) werden im Auftrag der Integrationsämter oder der Rehabilitationsträger tätig. Diese bleiben für die Ausführung der Leistung verantwortlich (§ 111 Abs. 1 SGB IX).

#### ■ **Beachte:**

Der Integrationsfachdienst kann im Rahmen seiner Aufgabenstellung auch zur beruflichen Eingliederung von behinderten Menschen, die nicht schwerbehindert sind, tätig werden. Hierbei wird den besonderen Bedürfnissen seelisch behinderter oder von einer seelischen Behinderung bedrohten Menschen Rechnung getragen (§ 109 Abs. 4 SGB IX).

**Seelisch Behinderte**

**Beteiligungsrechte**

**Wahrnehmung des Schwerbehindertenrechts durch die Integrationsämter**

**Schwerbehindertenvertretung**

**Benachteiligungsverbot**

**Arbeitsassistenz**

**Integrationsfachdienste**

## Integrationsprojekte

- Integrationsprojekte sind Integrationsunternehmen, -betriebe oder -abteilungen zur Beschäftigung und arbeitsbegeleitenden Betreuung schwerbehinderter Menschen auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt, deren Teilhabe an einer sonstigen Beschäftigung auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt aufgrund von Art und Schwere der Behinderung auf besondere Schwierigkeiten stößt. Sie sollen den Übergang zu einer sonstigen Beschäftigung auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt vorbereiten (§§ 132, 133 SGB IX).

## Präventionsgedanke

- Die Rehabilitationsträger wirken darauf hin, dass der Eintritt einer Behinderung einschließlich einer chronischen Krankheit vermieden wird (§ 3 SGB IX).

Zur möglichst frühzeitigen Erkennung des Rehabilitationsbedarfs behinderter oder von Behinderung bedrohter Menschen haben die Rehabilitationsträger und Integrationsämter eine gemeinsame Empfehlung abgeschlossen (siehe Gemeinsame Empfehlung „Frühzeitige Bedarfserkennung“, S. 17).

## Betriebliches Eingliederungsmanagement

- Nach § 84 Abs. 2 SGB IX sind alle Arbeitgeber aufgefordert, für Beschäftigte, die innerhalb eines Jahres länger als sechs Wochen ununterbrochen oder wiederholt arbeitsunfähig sind, ein betriebliches Eingliederungsmanagement einzuführen. Betriebliches Eingliederungsmanagement umfasst alle Maßnahmen, die dazu dienen, Beschäftigte mit gesundheitlichen Problemen oder Behinderung dauerhaft an einem geeigneten Arbeitsplatz einzusetzen. Dies gilt für alle Beschäftigten eines Unternehmens. Kommen Leistungen zur Teilhabe oder begleitende Hilfen im Arbeitsleben in Betracht, werden vom Arbeitgeber die örtlichen Gemeinsamen Servicestellen oder bei schwerbehinderten Beschäftigten das Integrationsamt hinzugezogen.

## Leistungen zur Teilhabe behinderter Menschen (Übersicht)

Leistungen zur medizinischen Rehabilitation	Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben	Leistungen zur Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft	Unterhaltssichernde und andere ergänzende Leistungen zur Teilhabe
<p>Insbesondere:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Ärztliche Behandlung einschließlich Psychotherapie</li> <li>- Zahnärztliche Behandlung</li> <li>- Arznei- und Verbandmittel</li> <li>- Heilmittel einschließlich physikalischer, Sprach- und Beschäftigungstherapie</li> <li>- Seh- und Hörhilfen, Körperersatzstücke, orthopädische und andere Hilfsmittel</li> <li>- Belastungsprobung und Arbeitstherapie</li> <li>- Medizinische, psychologische und pädagogische Hilfen</li> <li>- Stufenweise Wiedereingliederung</li> <li>- Früherkennung und Frühförderung</li> <li>- Förderung der Selbsthilfe</li> </ul> <p>Die Leistungen zur medizinischen Rehabilitation werden in ambulanter oder stationärer Form erbracht.</p>	<p>Insbesondere:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Hilfen zur Erhaltung oder Erlangung eines Arbeitsplatzes, einschließlich Leistungen zur Beratung und Vermittlung, Trainingsmaßnahmen und Mobilitätshilfen</li> <li>- Berufsvorbereitung einschließlich einer wegen der Behinderung erforderlichen Grundausbildung</li> <li>- berufliche Anpassung und Weiterbildung</li> <li>- berufliche Ausbildung</li> <li>- Überbrückungsgeld entsprechend § 57 des Dritten Buches durch die Rehabilitationsträger nach § 6 Abs. 1 Nr. 2 bis 5</li> <li>- Sonstige Hilfen zur Förderung der Teilhabe am Arbeitsleben</li> <li>- Medizinische, psychologische und pädagogische Hilfen</li> <li>- Arbeitsassistenz</li> <li>- Ausbildungszuschüsse zur betrieblichen Ausführung von Bildungsleistungen</li> <li>- Eingliederungszuschüsse</li> <li>- Zuschüsse für Arbeitshilfen im Betrieb</li> <li>- Teilweise oder volle Kostenerstattung für eine befristete Probebeschäftigung</li> <li>- Leistungen im Eingangsverfahren und Berufsbildungsbereich der Werkstätten für behinderte Menschen</li> </ul>	<p>Insbesondere:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Hilfsmittel und Hilfen, die nicht in den §§ 31, 33 SGB IX genannt sind</li> <li>- Heilpädagogische Leistungen</li> <li>- Hilfen zum Erwerb praktischer Kenntnisse und Fähigkeiten</li> <li>- Hilfen zur Verständigung mit der Umwelt</li> <li>- Hilfen bei der Beschaffung, Ausstattung und Erhaltung einer Wohnung</li> <li>- Hilfen zum selbstbestimmten Leben in betreuten Wohnmöglichkeiten</li> <li>- Hilfen zur Teilhabe am gesellschaftlichen und kulturellen Leben</li> <li>- Weitere Leistungen der Eingliederungshilfe</li> </ul>	<p>Insbesondere:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Krankengeld, Übergangsgeld, Verletzengeld, Versorgungskrankengeld</li> <li>- Beiträge und Beitragszuschüsse zur gesetzlichen Kranken-, Pflege-, und Rentenversicherung sowie zur Bundesagentur für Arbeit</li> <li>- Rehabilitationssport in Gruppen einschließlich Übungen für behinderte oder von Behinderung bedrohte Frauen und Mädchen, die der Stärkung des Selbstbewusstseins dienen</li> <li>- Funktionstraining in Gruppen</li> <li>- Fahr- und andere Reisekosten</li> <li>- Haushaltshilfe, Kinderbetreuungskosten</li> <li>- Nachgehende Leistungen zur Sicherung des Erfolges der Leistungen zur Rehabilitation und Teilhabe</li> <li>- Kraftfahrzeughilfe</li> </ul>

## 2

# Die Leistungen zur Teilhabe im System der sozialen Sicherheit

### Zielbestimmung der Teilhabe

### Aufgabe der Teilhabeleistungen

### Einordnung in das System der sozialen Sicherheit

**Was ist Aufgabe der Leistungen zur Teilhabe und wie sind sie in das System der sozialen Sicherheit eingeordnet?**

Behinderte oder von Behinderung bedrohte Menschen erhalten Leistungen nach dem SGB IX und den für die Rehabilitationsträger geltenden Vorschriften, um ihre Selbstbestimmung und gleichberechtigte Teilhabe am Leben in der Gesellschaft zu fördern, Benachteiligungen zu vermeiden oder ihnen entgegenzuwirken.

Die Leistungen zur Teilhabe umfassen die notwendigen Sozialleistungen, um unabhängig von der Ursache der Behinderung,

- die Behinderung abzuwenden, zu beseitigen, zu mindern, ihre Verschlimmerung zu verhüten oder ihre Folgen zu mildern,
- Einschränkungen der Erwerbsfähigkeit oder Pflegebedürftigkeit zu vermeiden, zu überwinden, zu mindern oder ihre Verschlimmerung zu verhüten sowie den vorzeitigen Bezug anderer Sozialleistungen zu vermeiden oder laufende Sozialleistungen zu mindern,
- die Teilhabe am Arbeitsleben entsprechend den Neigungen und Fähigkeiten dauerhaft zu sichern oder
- die persönliche Entwicklung ganzheitlich zu fördern und die Teilhabe am Leben in der Gesellschaft sowie eine möglichst selbstständige und selbstbestimmte Lebensführung zu ermöglichen oder zu erleichtern.

Die Leistungen zur Teilhabe werden von den Trägern der sozialen Sicherheit im Rahmen ihrer Hauptaufgabenstellung wahrgenommen. Dabei besteht ein enger Zusammenhang zwischen den Teilhabeleistungen und den anderen Grundaufgaben der jeweiligen Trägergruppe. So sind verbunden:

- Krankenbehandlung und Eingliederung behinderter Menschen in der gesetzlichen Krankenversicherung;
- Pflegeleistungen und Einleitung, Koordination und Sicherstellung von Teilhabeleistungen durch die Pflegeversicherung;
- Renten wegen Erwerbsminderung und Eingliederung behinderter Menschen in der gesetzlichen Rentenversicherung;
- Prävention, Entschädigung durch Geldleistungen und Eingliederung behinderter Menschen in der gesetzlichen Unfallversicherung;
- Vermittlung von Aus-, Fort- und Weiterbildungsstellen und die Arbeitsvermittlung behinderter Menschen durch die Bundesagentur für Arbeit;
- Renten und besondere Hilfen im Einzelfall einschließlich Berufsförderung nach dem Recht der sozialen Entschädigung bei Gesundheitsschäden;
- Hilfen zur Erziehung und Eingliederungshilfen für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche;

- Sozialhilfe als Hilfe in besonderen Lebenslagen und Eingliederung behinderter Menschen.

Art und Umfang der Leistungen zur Teilhabe richten sich nach den Vorschriften des SGB IX, soweit sich aus den für den jeweiligen Rehabilitationsträger geltenden Leistungsgesetzen nichts Abweichendes ergibt.

Die Zuständigkeit und die Voraussetzungen für die Leistungen zur Teilhabe richten sich nach den für den jeweiligen Rehabilitationsträger geltenden Leistungsgesetzen.

### **Welche Leistungsgruppen der Teilhabe sind zu unterscheiden?**

Man unterscheidet:

- Leistungen zur medizinischen Rehabilitation,
- Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben,
- unterhaltssichernde und andere ergänzende Leistungen
- Leistungen zur Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft.

Wenn auch von verschiedenen „Phasen“ der Rehabilitation gesprochen wird, sind diese nicht getrennt voneinander zu sehen, sondern verlaufen zum Teil parallel zueinander bzw. greifen ineinander. Die Rehabilitation ist ein ganzheitlicher Vorgang. Deshalb stellen die Rehabilitationsträger sicher, dass die nach dem individuellen Bedarf voraussichtlich erforderlichen Leistungen nahtlos ineinander greifen, auch wenn Leistungen verschiedener Leistungsgruppen oder mehrerer Leistungsträger erforderlich sind (§ 10 SGB IX).

Sonstige sowie unterhaltssichernde und andere ergänzende Leistungen zur Teilhabe komplettieren das Angebot der verschiedenen Rehabilitationsträger.

**Art und Umfang**

**Zuständigkeit und Voraussetzung**

**Leistungsgruppen der Teilhabe**

**Nahtlosigkeit der Leistungen**

**Ergänzende Leistungen**

## Träger der Rehabilitation \*)

### Träger der gesetzlichen Krankenversicherung

- ✓ Allgemeine Ortskrankenkassen
- ✓ Betriebskrankenkassen
- ✓ Innungskrankenkassen
- ✓ Ersatzkassen
- ✓ Landwirtschaftliche Krankenkassen
- ✓ Knappschaft
- ✓ See-Krankenkasse

### Träger der gesetzlichen Rentenversicherung

- ✓ Deutsche Rentenversicherung Bund
- ✓ Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See
- ✓ Landwirtschaftliche Alterskassen

### Träger der Sozialhilfe

- ✓ Überörtliche Träger der Sozialhilfe
- ✓ Örtliche Träger der Sozialhilfe

## Träger der Rehabilitation und Teilhabe

### Bundesagentur für Arbeit

- ✓ Regionaldirektionen
- ✓ Agenturen für Arbeit

### Träger der gesetzlichen Unfallversicherung

- ✓ Gewerbliche Berufsgenossenschaften
- ✓ See Berufsgenossenschaften
- ✓ Landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft
- ✓ Unfallkassen

### Träger der sozialen Entschädigung bei Gesundheitsschäden

- ✓ Landesversorgungsämtler
- ✓ Versorgungsämtler
- ✓ Hauptfürsorgestellen
- ✓ Fürsorgestellen

### Träger der öffentlichen Jugendhilfe

- ✓ Überörtliche Träger der öffentlichen Jugendhilfe
- ✓ Örtliche Träger der öffentlichen Jugendhilfe

\*) Leistungen für schwerbehinderte Menschen nach Teil 2 des SGB IX werden von den Integrationsämtern erbracht.

# 3 Instrumente zur Kooperation der Leistungsträger und Koordination der Leistungen

## Gemeinsame Empfehlungen

Die Überwindung der Schnittstellen im gegliederten System der sozialen Sicherung in Deutschland erfordert eine verstärkte Kooperation der Rehabilitationsträger sowie Koordinierung und Zusammenwirken der Leistungen (§§ 10 – 12 SGB IX) zur Erreichung des Zieles, die Selbstbestimmung und gleichberechtigte Teilhabe behinderter oder von Behinderung bedrohter Menschen am Leben in der Gesellschaft zu fördern, Benachteiligungen zu vermeiden oder ihnen entgegenzuwirken (§ 1 Satz 1 SGB IX).

Dieser Zielsetzung dienen nicht zuletzt die von den Rehabilitationsträgern nach § 6 Abs. 1 Nr. 1 bis 5 SGB IX zu vereinbarenden gemeinsamen Empfehlungen.

An der Vorbereitung der gemeinsamen Empfehlungen werden die Träger der Sozialhilfe und der öffentlichen Jugendhilfe sowie die Integrationsämter in Bezug auf Leistungen und sonstige Hilfen für schwerbehinderte Menschen beteiligt.

Die Verbände behinderter Menschen einschließlich der Verbände der Freien Wohlfahrtspflege, der Selbsthilfegruppen und der Interessenvertretungen behinderter Frauen sowie die für die Wahrnehmung der Interessen der ambulanten und stationären Rehabilitationseinrichtungen auf Bundesebene maßgeblichen Spitzenverbände werden an der Vorbereitung der gemeinsamen Empfehlungen beteiligt.

Es bestehen folgende Gemeinsame Empfehlungen (GE)<sup>1)</sup>:

- Gemeinsame Empfehlung über die Ausgestaltung des in § 14 SGB IX bestimmten Verfahrens (GE „Zuständigkeitsklärung“)

Mit den Regelungen zum Fristbeginn, der Zuständigkeitsklärung bei Anträgen auf Leistungen zur Teilhabe, der Weiterleitung von Anträgen, der Weiterleitung bei ungeklärter Behinderungsursache, Erstattungsfragen sowie der Gutachtenerstellung stehen abgestimmte Lösungen zu Detailfragen zur Verfügung. So wird das Antragsverfahren beschleunigt und damit den berechtigten Anliegen der Betroffenen auf zügige Erbringung von Leistungen zur Rehabilitation und Teilhabe Rechnung getragen, zudem wird die Zusammenarbeit der Rehabilitationsträger verbessert.

- Gemeinsame Empfehlung über die nahtlose, zügige und einheitliche Erbringung von Leistungen zur Teilhabe nach § 12 Abs. 1 Nr. 1 bis 3 i.V.m. § 13 Abs. 1, Abs. 2 Nr. 5 SGB IX (GE „Einheitlichkeit/Nahtlosigkeit“)

Die Rehabilitationsträger sind gemeinsam verantwortlich, eine größtmögliche Wirksamkeit und eine nach wirtschaftlichen Grundsätzen ausgeführte Leistung zu erzielen. Unter Berücksichtigung der für den jeweiligen Träger geltenden Leistungsgesetze bekennen sie sich zu ihrer gemeinsamen Verantwortung, Lösungen zur Beseitigung von Schnittstellen und zur Klärung von Abgrenzungsfragen zu entwickeln.

**Gemeinsame Empfehlungen im Rahmen der BAR nach dem SGB IX**

**Beteiligung der Sozialhilfe und der öffentlichen Jugendhilfe sowie der Integrationsämter**

**Beteiligung Dritter**

**GE „Zuständigkeitsklärung“**

**GE „Einheitlichkeit/Nahtlosigkeit“**

1) Abdruck in gesonderter Broschüre der BAR geplant.

## GE „Teilhabeplan“

- Gemeinsame Empfehlung nach § 13 Abs. 2 Nr. 3 SGB IX, in welchen Fällen und in welcher Weise die Klärung der im Einzelfall anzustrebenden Ziele und des Bedarfs an Leistungen schriftlich festzuhalten ist (GE „Teilhabeplan“)

Ein individueller Teilhabeplan dient als ein wesentliches Mittel zur Erreichung einer einheitlichen Praxis der Feststellung und Durchführung einzelner Leistungen innerhalb des gegliederten Systems der Rehabilitation und Teilhabe im Wege besserer Leistungsverzahnung und Kooperation der Rehabilitationsträger im Einzelfall. Er kann für die Koordination der Leistungen dann hilfreich sein, wenn z.B. Leistungen zur medizinischen Rehabilitation und auch Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben angezeigt, verschiedene Rehabilitationsträger am RehaProzess beteiligt sind oder mehrere Leistungen nacheinander oder auch nebeneinander erfolgen müssen.

## GE „Qualitätssicherung“

- Gemeinsame Empfehlung Qualitätssicherung nach § 20 Abs. 1 SGB IX

Die Rehabilitationsträger verpflichten sich zur Entwicklung von Verfahren, die sowohl die Struktur, Prozess als auch Ergebnisqualität einbeziehen und Vergleiche ermöglichen, um so einen qualitätsorientierten Wettbewerb anzustoßen. Durch das gezielte Zusammenwirken von vergleichenden Qualitätsanalysen und internem Qualitätsmanagement der Rehabilitationseinrichtungen soll die Ergebnisqualität für Leistungen zur Teilhabe nachweislich verbessert und die Wirksamkeit der Leistungserbringung erhöht werden.

## GE „Begutachtung“

- Gemeinsame Empfehlung nach § 13 Abs. 1 i.V.m. § 12 Abs. 1 Nr. 4 SGB IX für die Durchführung von Begutachtungen möglichst nach einheitlichen Grundsätzen (GE „Begutachtung“)

Über die Formulierung vorrangig trägerübergreifender Grundsätze der Begutachtung ist die Grundlage für ein ganzheitliches Verständnis von Begutachtung geschaffen. Gutachten sind danach grundsätzlich so gestaltet, dass die erhobenen Befunde und Beurteilungen auch bei der Prüfung der Voraussetzungen für Leistungen anderer Rehabilitationsträger verwendet und so Belastungen der betroffenen Menschen durch unnötige (Mehrfach) Begutachtungen vermieden werden können.

## GE „Verbesserung Information/Kooperation“

- Gemeinsame Empfehlung zur Verbesserung der gegenseitigen Information und Kooperation aller beteiligten Akteure nach § 13 Abs. 2 Nr. 8 und 9 SGB IX

Mit dieser Gemeinsamen Empfehlung wird einerseits die Grundlage geschaffen, dass die Rehabilitationsträger und die behandelnden Ärzte sowie Betriebs- und Werksärzte ihre Zusammenarbeit bei der Einleitung und Ausführung von Leistungen zur Teilhabe intensivieren. Unter der vorrangigen Zielsetzung des Arbeitsplatzerhalts soll andererseits ein Informationsaustausch der Rehabilitationsträger mit behinderten Beschäftigten, betrieblichen Arbeitnehmervertretungen, den Arbeitgebern, Integrationsämtern, Beratungsdiensten, gemeinsamen Servicestellen, Einrichtungen der Rehabilitation und Teilhabe sowie Interessenverbänden der betroffenen Menschen einschließlich der Interessenvertretungen behinderter Frauen und Selbsthilfegruppen gewährleistet werden.

## GE „Selbsthilfe“

- Gemeinsame Empfehlung zur Förderung der Selbsthilfe gemäß § 13 Abs. 2 Nr. 6 SGB IX

Die Vereinbarungspartner verfolgen damit das Ziel, die Aktivitäten der Selbsthilfe (Selbsthilfegruppen, -organisationen, -kontaktstellen) zur Prävention, Rehabilitation, Früherkennung und Bewältigung von Krankheiten und Behinderungen nachhaltig zu unterstützen und mehr Transparenz in die Förderung zu bringen, zudem gemeinsam mit den Vertretern der Selbsthilfe die inhaltliche Zusammenarbeit als Gemeinschaftsaufgabe weiter zu entwickeln. Abgestimmte Entscheidungsstrukturen für alle Beteiligten sollen das Verfahren erleichtern und zu mehr Planungssicherheit für die Selbsthilfe beitragen.

- Gemeinsame Empfehlung nach §§ 12 Abs. 1 Nr. 5, 13 Abs. 2 Nr. 1 SGB IX, dass Prävention entsprechend dem in § 3 genannten Ziel erbracht wird (GE „Prävention nach § 3 SGB IX“)

Gesundheitliche Risiken und Prävention werden unter Bezug auf die ICF allgemein definiert und daran anschließend bestimmte Lebensphasen sowie Lebensbereiche konkretisiert. Exemplarisch benannt werden gesundheitliche Risiken bei Erwerbstätigen, die im betrieblichen Kontext manifest werden und zu Behinderungen einschließlich chronischer Erkrankungen führen können. Im Rahmen des betrieblichen Kontextes werden dabei sowohl betriebliche Einflüsse als auch Einflüsse aus dem übrigen Lebenszusammenhang der Beschäftigten berücksichtigt.

- Gemeinsame Empfehlung nach §13 Abs. 2 Nr.2 SGB IX zur frühzeitigen Erkennung eines möglichen Bedarfs an Leistungen zur Teilhabe (GE „Frühzeitige Bedarfserkennung“)

Insgesamt geht es um die Entwicklung eines möglichst niederschweligen Frühwarnsystems bzw. die Beschreibung von Anhaltspunkten für einen Bedarf, der sich durch Störungen der Körperfunktionen und -strukturen sowie Einschränkungen auf der Ebene der Aktivitäten oder Teilhabe zeigt. Auf dieser Grundlage soll, unabhängig vom zuständigen Rehabilitationsträger, die Notwendigkeit für Leistungen zur Teilhabe geprüft werden.

- Gemeinsame Empfehlung nach § 113 Abs. 2 SGB IX zur Inanspruchnahme der Integrationsfachdienste durch die Rehabilitationsträger, zur Zusammenarbeit und zur Finanzierung der Kosten, die dem Integrationsamt bei der Wahrnehmung der Aufgaben der Rehabilitationsträger entstehen (GE „Integrationsfachdienste“)

Hierin wird geregelt, wie die Dienstleistungen der Integrationsfachdienste (IFD) nach einheitlichen Grundsätzen und Qualitätsstandards zu erbringen sind. Ziel ist die Schaffung einheitlicher und verbindlicher Kriterien zur Beauftragung, Verantwortung und Steuerung sowie zur Finanzierung und bedarfsgerechten Ausstattung der IFD. Diese sollen insbesondere trägerübergreifend tätig werden und durch einen niederschweligen Zugang die Beschäftigungssituation behinderter Menschen durch entsprechende Aktivitäten auch im Rahmen der Prävention nachhaltig verbessern.

- Gemeinsame Empfehlung nach § 13 Abs. 2 Nr. 10 SGB IX über die Zusammenarbeit mit Sozialdiensten und vergleichbaren Stellen (GE „Sozialdienste“)

Sozialdienste und vergleichbare Stellen sind neben gemeinsamen Servicestellen und weiteren Auskunft und Beratungsstellen der Rehabilitationsträger wichtige Ansprechpartner und Dienstleister im Zusammenhang mit Leistungen zur medizinischen Rehabilitation, Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben und zur Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft. Die Rehabilitationsträger verstehen die Arbeit der Sozialdienste als wichtiges Element des Rechts behinderter Menschen auf umfassende Teilhabe.

Anstelle einer entsprechenden Gemeinsamen Empfehlung besteht daneben noch die Verordnung zur Früherkennung und Frühförderung behinderter und von Behinderung bedrohter Kinder vom 24.06.2003 (siehe Seite 27)<sup>2)</sup>.

**GE „Prävention“**

**GE „Frühzeitige Bedarfserkennung“**

**GE „Integrationsfachdienste“**

**GE „Sozialdienste“**

2) BGBl. I S. 998.

## Weitere Vereinbarungen

Die Rehabilitationsträger haben auch bisher schon Empfehlungen zur Sicherstellung von trägerübergreifenden einheitlichen Verfahren und Konzepten<sup>3)</sup> auf der Ebene der BAR verabschiedet und ihren Mitgliedern zur Umsetzung empfohlen. Zu nennen sind hier:

- Rahmenempfehlungen zur ambulanten kardiologischen Rehabilitation,
- Rahmenempfehlungen zur ambulanten neurologischen Rehabilitation,
- Rahmenempfehlungen zur ambulanten Rehabilitation bei muskuloskeletalen Erkrankungen,
- Rahmenempfehlungen zur ambulanten dermatologischen Rehabilitation,
- Rahmenempfehlungen zur ambulanten Rehabilitation bei psychischen und psychosomatischen Erkrankungen,
- Rahmenempfehlungen zur ambulanten onkologischen Rehabilitation,
- Empfehlungen zur neurologischen Rehabilitation von Patienten mit schweren und schwersten Hirnschädigungen in den Phasen B und C,
- Empfehlungen zur stationären Langzeitpflege und Behandlung von Menschen mit schweren und schwersten Schädigungen des Nervensystems in der Phase F,
- Gemeinsames Rahmenkonzept für die Durchführung stationärer medizinischer Maßnahmen der Vorsorge und Rehabilitation für Kinder und Jugendliche, RPK-Empfehlungsvereinbarung,
- Rahmenvereinbarung „Rehabilitationssport und Funktionstraining“,
- Rahmenempfehlung zur Einrichtung trägerübergreifender Servicestellen für Rehabilitation (siehe S. 20)

---

3) Diese können über die BAR-Geschäftsstelle bezogen oder aus dem Internet heruntergeladen werden ([www.bar-frankfurt.de](http://www.bar-frankfurt.de)).

# Arbeitshilfen

Die Arbeitshilfen der BAR<sup>4)</sup> sind eine wichtige Informationsquelle für Grundlagenwissen in den jeweiligen Problemfeldern, zum anderen dienen sie als Handlungsanleitung für eine qualifizierte Praxisarbeit.

Es ist Aufgabe der Arbeitshilfen, fachkompetente, sachliche und verständliche Information über das jeweilige Spektrum und die Möglichkeiten an Leistungen zur Teilhabe und Rehabilitation abzubilden, die sich speziell auf ein bestimmtes Krankheitsbild oder eine Behinderungsform bezieht.

Die Arbeitshilfen dienen – jeweils spezifisch in dem entsprechenden thematischen Bereich – als Fachinformation für alle Berufsgruppen, die in der Rehabilitation und in angrenzenden Bereichen tätig sind. Auch bilden sie ein Element zur fachbezogenen Fortbildung für Rehabilitationsfachkräfte und in der Beratung Tätige.

Es sind folgende Arbeitshilfen vorhanden:

- Arbeitshilfe für die Rehabilitation schädel-hirnverletzter Kinder und Jugendlicher
- Arbeitshilfe für die Rehabilitation Koronarkranker
- Arbeitshilfe für die Rehabilitation von an Asthma bronchiale erkrankten Kindern und Jugendlichen
- Arbeitshilfe für die Rehabilitation von Schlaganfallpatienten
- Arbeitshilfe für die Rehabilitation und Teilhabe von Menschen mit Erkrankungen der Bewegungsorgane (rheumatische Erkrankungen)
- Arbeitshilfe zur Rehabilitation bei älteren Menschen
- Arbeitshilfe für die Rehabilitation Krebskranker
- Arbeitshilfe für die stufenweise Wiedereingliederung in den Arbeitsprozess
- Arbeitshilfe für die Rehabilitation und Teilhabe psychisch kranker und behinderter Menschen
- Arbeitshilfe für die Rehabilitation von chronisch Nierenkranken, Dialysepflichtigen und Nierentransplantierten
- Arbeitshilfe für die Rehabilitation allergischer Atemwegserkrankungen
- Arbeitshilfe für die Rehabilitation und Teilhabe von Menschen mit Abhängigkeitserkrankungen

4) Diese können über die BAR-Geschäftsstelle bezogen oder aus dem Internet heruntergeladen werden ([www.bar-frankfurt.de](http://www.bar-frankfurt.de)).

## 4 Wege zur Teilhabe behinderter Menschen und die Ausführung von Leistungen

### Umfassende und qualifizierte Beratung

#### Wer berät über Leistungen zur Teilhabe behinderter Menschen?

Schon beim Zugang zur Rehabilitation und Teilhabe fallen Vorentscheidungen über Verlauf und Erfolg der Teilhabeleistung. Die Betroffenen benötigen eine Anlaufstelle, bei der sie verlässlich beraten werden. Eine umfassende und qualifizierte Beratung behinderter und von Behinderung bedrohter Menschen sowie ihre Unterstützung bei der Inanspruchnahme notwendiger Sozialleistungen liegt nicht nur im Interesse der Betroffenen, sondern ist von besonderer Bedeutung auch für die Wirksamkeit der Leistungen.

### Auskunft und Beratung nach §§ 14, 15 SGB I

Zum einen besteht für alle Sozialleistungsträger nach §§ 14, 15 SGB I die Verpflichtung zur Auskunft und Beratung.

### Gemeinsame Servicestellen für Rehabilitation

Zum anderen unterhalten die Rehabilitationsträger entsprechend den Regelungen im Sozialgesetzbuch IX Gemeinsame Servicestellen für Rehabilitation, um qualifizierte Beratung und Unterstützung umfassend, unverzüglich, anbieterneutral und zugleich verbindlich zu gewährleisten. Für jeden Landkreis/jede kreisfreie Stadt besteht mindestens eine Gemeinsame Servicestelle für Rehabilitation<sup>5)</sup>. Bundesweit existieren derzeit ca. 545 Gemeinsame Servicestellen.

### Zielgruppe der Gemeinsamen Servicestellen

Die Gemeinsamen Servicestellen der Rehabilitationsträger bieten behinderten und von Behinderung bedrohten Menschen, ihren Vertrauenspersonen und Personensorgeberechtigten Beratung und Unterstützung an. Im Rahmen des betrieblichen Eingliederungsmanagements<sup>6)</sup> stehen sie auch den Arbeitgebern mit ihren Angeboten zur Verfügung.

### Aufgaben der Gemeinsamen Servicestellen

Die Beratung und Unterstützung durch die Gemeinsamen Servicestellen für Rehabilitation umfasst insbesondere:

- über Leistungsvoraussetzungen, Leistungen der Rehabilitationsträger, besondere Hilfen im Arbeitsleben sowie über die Verwaltungsabläufe zu informieren,
- bei der Klärung des Rehabilitationsbedarfs, bei der Inanspruchnahme von Leistungen zur Teilhabe, bei der Inanspruchnahme eines Persönlichen Budgets und den besonderen Hilfen im Arbeitsleben (auch im Rahmen eines betrieblichen Eingliederungsmanagements) sowie bei der Erfüllung von Mitwirkungspflichten zu helfen,
- zu klären, welcher Rehabilitationsträger zuständig ist, auf klare und sachdienliche Anträge hinzuwirken und sie den zuständigen Rehabilitationsträgern weiterzuleiten,
- bei einem Rehabilitationsbedarf, der voraussichtlich ein Gutachten erfordert, den zuständigen Rehabilitationsträger darüber zu informieren,

5) Weitere Informationen über Gemeinsame Servicestellen finden sich z. B. im Abschlussbericht des ISG Köln „Einrichtung und Arbeitsweise Gemeinsamer Servicestellen für Rehabilitation“ von Juli 2004 ([www.bmgs.de](http://www.bmgs.de), Forschungsbericht 316), im Bericht der BAR über Gemeinsame Servicestellen nach § 24 Abs. 2 SGB IX vom 01. Dezember 2004 (kann unter [www.bar-frankfurt.de](http://www.bar-frankfurt.de) bestellt werden) oder unter [www.gemeinsame-servicestelle.de](http://www.gemeinsame-servicestelle.de)

6) Informationen über das betriebliche Eingliederungsmanagement unter Ziffer 1, Seite 10

- die Entscheidung des zuständigen Rehabilitationsträgers in Fällen, in denen die Notwendigkeit von Leistungen zur Teilhabe offenkundig ist, so umfassend vorzubereiten, dass dieser unverzüglich entscheiden kann,
- bis zur Entscheidung oder Leistung des Rehabilitationsträgers den behinderten oder von Behinderung bedrohten Menschen unterstützend zu begleiten,
- bei den Rehabilitationsträgern auf eine zeitnahe Entscheidung und Leistung hinwirken und
- zwischen mehreren Rehabilitationsträgern und Beteiligten auch während der Leistungserbringung zu koordinieren und zu vermitteln. Die Beratung umfasst unter Beteiligung der Integrationsämter auch die Klärung eines Hilfebedarfs nach dem Schwerbehindertenrecht (Teil 2 SGB IX). Die Pflegekassen werden bei drohender oder bestehender Pflegebedürftigkeit an der Beratung und Unterstützung durch die Gemeinsamen Servicestellen beteiligt.

Bei Bedarf werden zur Beratung weitere Sachverständige, z.B. Ärzte, Sozialberater, Fachberater beteiligter Rehabilitationsträger, Sozial- oder Integrationsfachdienste hinzugezogen. Mit Einverständnis behinderter Menschen können Vertreter anderer Organisationen und Gruppen (z.B. Verbände behinderter Menschen einschließlich der Verbände der Freien Wohlfahrtspflege, Selbsthilfegruppen, Interessenvertretungen behinderter Frauen) an den Beratungen beteiligt werden.

Die Servicestellen für Rehabilitation sind an dem dargestellten Signum erkennbar.



Ein aktuelles Verzeichnis aller Gemeinsamen Servicestellen für Rehabilitation kann beispielsweise im Internet auf der Homepage der Deutschen Rentenversicherung Bund unter [www.deutsche-rentenversicherung.de](http://www.deutsche-rentenversicherung.de) abgerufen werden.

Unabhängig von den Servicestellen der Rehabilitationsträger unterhalten zahlreiche Behinderten und Selbsthilfeorganisationen sowie die Verbände der Freien Wohlfahrtspflege eigene Angebote zur Auskunft und Beratung.

Auch die verschiedenen Sozialdienste informieren und beraten kranke, von Behinderung bedrohte und behinderte Menschen und ihre Angehörigen in sozialen, persönlichen, finanziellen und leistungsrechtlichen Fragen. Je nach Schwerpunkt gehört es zum Aufgabenspektrum der Sozialdienste, Leistungen zur medizinischen Rehabilitation, Leistungen zur Teilhabe im Arbeitsleben sowie Leistungen zur Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft auf Wunsch des Betroffenen anzuregen und ggf. zu koordinieren<sup>7)</sup>.

Die Integrationsfachdienste beraten, begleiten und unterstützen nach dem 2. Teil des SGB IX (Schwerbehindertenrecht) arbeitsuchende und beschäftigte, besonders betroffene behinderte, schwerbehinderte oder von Behinderung bedrohte Menschen mit dem Ziel, diese auf geeignete Arbeitsplätze auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt zu vermitteln, Arbeitsverhältnisse zu sichern und damit die Teilhabe am Arbeitsleben nachhaltig zu ermöglichen<sup>8)</sup>.

7) Weitere Ausführungen zu den Aufgaben der Sozialdienste sind in der gemeinsamen Empfehlung „Sozialdienste“ enthalten, die über die BAR bezogen werden kann.

8) Siehe auch Gemeinsame Empfehlung „Integrationsfachdienste“, zu bestellen bei der BAR.

**Beteiligung weiterer Sachverständiger**

**Signum der Servicestellen für Rehabilitation**

**Verzeichnis der Servicestellen für Rehabilitation**

**Weitere Beratungsangebote**

**Sozialdienste**

**Integrationsfachdienste**

<b>Vorrang von Teilhabeleistungen</b>	<p>■ <b>Beachte:</b></p> <p>Betroffene Menschen können sich mit ihrem Antrag oder ihren Wünschen an jede Servicestelle ihrer Wahl wenden. Die Servicestelle für Rehabilitation ermittelt, welcher Hilfebedarf besteht, wer dafür zuständig ist, und unterrichtet diesen Träger. In besonders schwierigen Fällen kann eine gemeinsame Beratung aller in Frage kommenden Rehabilitationsträger/Berater organisiert werden.</p>
<b>Antragstellung</b>	<p><b>Wie wird eine Leistung zur Teilhabe eingeleitet?</b></p> <p>Bei allen Anträgen auf Sozialleistungen wegen einer Behinderung oder einer drohenden Behinderung ist zu prüfen, ob Leistungen zur Teilhabe voraussichtlich erfolgreich sind (§ 8 SGB IX).</p> <p>Leistungen zur Teilhabe werden in der Regel auf Antrag des behinderten Menschen erbracht. Der Antrag ist grundsätzlich vor Beginn der Maßnahme zu stellen.</p>
<b>Leistungen von Amts wegen</b>	<p>Ein besonderes Verfahren gilt für die Unfallversicherungsträger, die die Leistungen von Amts wegen feststellen. Hier kommt das Verfahren regelmäßig durch Anzeige des Unternehmers oder eines Arztes (§§ 193, 202 SGB VII) in Gang. Leistungen zur Teilhabe von Amts wegen können auch vom Rentenversicherungsträger erbracht werden, wenn die Versicherten zustimmen (§ 115 Abs. 4 SGB VI).</p>
<b>Verfahren in der Sozialhilfe</b>	<p>Für die Gewährung von Sozialhilfe ist kein Antrag erforderlich. Die Sozialhilfe setzt ein, sobald dem Träger der Sozialhilfe oder von ihm beauftragten Stellen bekannt wird, dass die Voraussetzungen für die Leistung vorliegen (§ 18 SGB XII). In der Regel wird dem Sozialamt die Hilfebedürftigkeit jedoch durch einen schriftlichen oder mündlichen Antrag des Hilfesuchenden oder eines Angehörigen bekannt.</p>
<b>Aufforderung zur Antragstellung</b>	<p>In bestimmten Fällen kann die Krankenkasse darüber hinaus Versicherte auffordern, innerhalb einer Frist von zehn Wochen einen Antrag auf Leistungen zur Teilhabe bei einem der gesetzlichen Rehabilitationsträger zu stellen. Voraussetzung ist, dass die Erwerbsfähigkeit der Versicherten nach ärztlichen Feststellungen erheblich gefährdet oder gemindert ist (§ 51 SGB V).</p> <p>Auch Arbeitslose können bei einer Minderung der Leistungsfähigkeit von der Agentur für Arbeit aufgefordert werden, innerhalb eines Monats einen Antrag auf Leistungen zur medizinischen Rehabilitation oder zur Teilhabe am Arbeitsleben zu stellen (§ 125 Abs. 2 SGB III).</p>
<b>Mitteilung von Behinderungen</b>	<p>Teilhabeleistungen können – bei Zustimmung des behinderten Menschen – auch über Mitteilungen der niedergelassenen Ärzte, Krankenhausärzte oder Betriebs-/Werksärzte eingeleitet werden.</p>
<b>Mitteilung und Verordnung durch den niedergelassenen Arzt</b>	<p>Der Gemeinsame Bundesausschuss hat am 16.03.2004 die „Richtlinien über Leistungen zur medizinischen Rehabilitation (RehabilitationsRichtlinien) nach § 92 Abs. 1 Satz 2 Nr. 8 SGB V“ verabschiedet.</p> <p>Diese schaffen die Rahmenbedingungen für eine strukturierte Kooperation von Vertragsärzten und Krankenkassen bei der Beratung und Einleitung notwendiger Leistungen zur medizinischen Rehabilitation.</p> <p>Ergibt sich aus einem ärztlichen Beratungsgespräch, dass Leistungen zur medizinischen Rehabilitation notwendig sein können und der behinderte Mensch diese in Anspruch nehmen will, teilt der Arzt dies der Krankenkasse auf einem festgelegten Vordruck zur Prüfung mit. Bei Zuständigkeit und einem positivem Votum der Krankenkasse fordert diese den Vertragsarzt auf, die medizinische Indikation zu prüfen und bei deren Vorliegen eine Verordnung auszustellen<sup>9)</sup>.</p>
	<p><small>9) Die „Rehabilitations-Richtlinien“ können im Internet über den Gemeinsamen Bundesausschuss <a href="http://www.g-ba.de">www.g-ba.de</a> heruntergeladen werden.</small></p>

Im Rahmen der Beratung hat der behandelnde Arzt im Krankenhaus im Einverständnis mit dem behinderten Menschen eine Mitteilung an die Krankenkasse zu geben, wenn eine Behinderung besteht oder einzutreten droht. Die Mitteilung soll auch Vorschläge für Teilhabeleistungen enthalten.

Die Mitteilung des Betriebs-/Werksarztes an die Krankenkassen soll dazu dienen, dass bei Feststellung gesundheitlicher Schäden im Rahmen arbeitsmedizinischer Vorsorgeuntersuchungen erforderliche Präventions- und Teilhabeleistungen frühzeitig eingeleitet werden.

Im Rahmen der Feststellung der Pflegebedürftigkeit hat der Medizinische Dienst der Krankenversicherung Feststellungen darüber zu treffen, ob und in welchem Umfang Leistungen zur Teilhabe geeignet, notwendig und zumutbar sind und leitet diese Erkenntnisse gegebenenfalls an die Krankenkasse weiter.

Als Anschlussrehabilitation (Anschlussheilbehandlung – AHB) werden stationäre oder ambulante Leistungen zur medizinischen Rehabilitation bezeichnet, die sich unmittelbar oder in engem zeitlichem Zusammenhang an eine Behandlung im Krankenhaus anschließen. Die Einleitung und Dauer der Anschlussrehabilitation ist abhängig von der Indikation und dem Rehabilitationsverlauf. Die Anregung zur Anschlussrehabilitation muss durch den behandelnden Arzt im Krankenhaus erfolgen.

#### ■ **Beachte:**

Leistungen zur Teilhabe bedürfen der Zustimmung des behinderten Menschen (§ 9 SGB IX), die im Allgemeinen durch die Antragstellung erteilt wird.

Der Betroffene ist darüber hinaus verpflichtet, im Rahmen der Vorschriften der §§ 60 – 65 SGB I bei der Vorbereitung und Durchführung der Leistungen zur Teilhabe nach Kräften mitzuwirken. Insbesondere soll er sich ärztlichen Untersuchungen unterziehen und zur erforderlichen Sachaufklärung beitragen. Als Konsequenz einer fehlenden, aber zumutbaren Mitwirkung sieht das SGB die Befugnis für den Rehabilitationsträger vor, von weiteren Ermittlungen aufgrund des Antrags abzusehen und nach schriftlichem Hinweis auf die Folgen den Antrag abzulehnen oder eine schon bewilligte Leistung ganz oder teilweise zu entziehen (§ 66 SGB I).

#### **Wie werden die Leistungen zur Teilhabe ausgeführt?**

Der zuständige Rehabilitationsträger kann Leistungen zur Teilhabe

- allein oder gemeinsam mit anderen Leistungsträgern,
- durch andere Leistungsträger oder
- unter Inanspruchnahme von geeigneten, insbesondere auch freien und gemeinnützigen oder privaten Rehabilitationsdiensten und -einrichtungen ausführen.

Auf Antrag können die Leistungen zur Teilhabe auch durch ein Persönliches Budget ausgeführt werden, um den Leistungsberechtigten in eigener Verantwortung ein möglichst selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen.

Sachleistungen können auch im Ausland erbracht werden, wenn sie dort bei zumindest gleicher Qualität und Wirksamkeit wirtschaftlicher ausgeführt werden können. Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben können im grenznahen Ausland auch ausgeführt werden, wenn sie für die Aufnahme oder Ausübung einer Beschäftigung oder selbstständigen Tätigkeit erforderlich sind.

Die Teilhabeleistungen können in ambulanter/teilstationärer, stationärer oder betrieblicher Form erbracht werden. Soweit die Ziele nach Prüfung des Einzelfalls mit vergleichbarer Wirksamkeit erreichbar sind, werden Leistungen unter Berücksichti-

**Mitteilung durch den Krankenhausarzt**

**Mitteilung durch den Betriebsarzt/Werksarzt**

**Feststellungen des Medizinischen Dienstes der Krankenversicherung**

**Anschlussrehabilitation (Anschlussheilbehandlung – AHB)**

**Zustimmung des Antragstellers**

**Mitwirkungspflichten**

**Möglichkeiten der Ausführung**

**Persönliches Budget**

**Leistungsort im Ausland**

**Form der Leistungen**

gung der persönlichen Umstände in ambulanter/teilstationärer oder betrieblicher Form und ggf. unter Einbeziehung familienentlastender und -unterstützender Dienste erbracht. Dies entspricht dem Grundsatz „ambulant vor stationär“.

### **Trägerübergreifendes Persönliches Budget als neue Leistungsform**

Eine neue Form der Ausführung von Leistungen stellt das trägerübergreifende Persönliche Budget dar. An Stelle der bisher üblichen Sachleistung wurde 2001 mit dem SGB IX erstmals die gesetzgeberische Basis dafür geschaffen, trägerübergreifend Leistungen zur Teilhabe als Komplexleistung zu gestalten und als Geldleistung, ersatzweise als Gutscheine, zur Verfügung zu stellen. In der zeitlichen Folge wurden die gesetzlichen Grundlagen klarer und verbindlicher gestaltet und dadurch konsequent aufgewertet.

Nach § 17 Abs. 2 bis 4 SGB IX können Leistungen zur Teilhabe durch ein Persönliches Budget ausgeführt werden, um den Leistungsberechtigten in eigener Verantwortung ein möglichst selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen. Dabei erbringen die Leistungsträger (Rehabilitationsträger, Pflegekassen und Integrationsämter) das Persönliche Budget auf der Grundlage des festgestellten individuellen Bedarfs.

Budgetfähig und damit für die Ausführung durch ein Persönliches Budget geeignet sind:

- alle Leistungen zur Teilhabe nach dem SGB IX und
- weitere Leistungen der Kranken- und Pflegekassen, der Träger der Unfallversicherung bei Pflegebedürftigkeit sowie Hilfen zur Pflege der Sozialhilfe, die sich auf alltägliche und regelmäßige Bedarfe beziehen und als Geldleistungen oder durch Gutscheine erbracht werden können.

Die Budgetverordnung nach § 21 a SGB IX regelt u.a. Grundsätze für das Verfahren von der Beratung über die Beantragung bis zur Bewilligung Persönlicher Budgets. So wird mit dem dort entwickelten „Prinzip des Beauftragten“ ein Weg eröffnet, der es dem behinderten Menschen ermöglicht, sich in allen Angelegenheiten an nur einen Leistungsträger als Ansprechpartner wenden zu können. Dieser Beauftragte koordiniert intern alle Aktivitäten der am jeweiligen Persönlichen Budget beteiligten Leistungsträger.

Für die notwendige Konkretisierung der einzelnen Regelungen stehen „Vorläufige Handlungsempfehlungen - Trägerübergreifende Aspekte bei der Ausführung von Leistungen durch ein Persönliches Budget vom 01. November 2004“<sup>10)</sup> zur Verfügung, die auf der Ebene der BAR erarbeitet wurden. Mit den auf breiter Basis abgestimmten Empfehlungen für die Praxis sollen die Erprobung und Umsetzung Persönlicher Budgets trägerübergreifend und bundesweit unterstützt werden.

Das Persönliche Budget zielt auf

- ein umfassendes Wunsch und Wahlrecht behinderter Menschen zur Verwirklichung ihrer Selbstbestimmung und gleichberechtigten Teilhabe, in dem sie den Wert der ihnen zustehenden Leistungen in Geld bekommen, um damit selbst darüber entscheiden zu können, welche Hilfen sie wann, wie, wo und durch wen in Anspruch nehmen wollen, um ihre anerkannten Bedarfe zu decken,
- die Weiterentwicklung der herkömmlichen Versorgungsstrukturen mit dem Vorrang ambulanter und damit wohnortnaher Angebote und

<sup>10)</sup> Die „Vorläufige Handlungsempfehlungen – Trägerübergreifende Aspekte bei der Ausführung von Leistungen durch ein Persönliches Budget vom 01. November 2004“ können unter [www.bar-frankfurt.de](http://www.bar-frankfurt.de) bezogen werden.

#### **Trägerübergreifendes Persönliches Budget**

#### **Trägerübergreifende Komplexleistung**

#### **Budgetfähige Leistungen**

#### **Budgetverordnung**

#### **Handlungsempfehlungen der BAR**

#### **Ziele des Persönlichen Budgets**

- eine Intensivierung der Kooperation der Leistungsträger auch durch innovative und trägerübergreifende Verfahren, um Komplexleistungen „wie aus einer Hand“ gelingen zu lassen.

Auf Antrag des potentiellen Budgetnehmers und im Ermessen des jeweiligen Leistungsträgers steht das Persönliche Budget überall im Bundesgebiet zur Verfügung. Darüber hinaus wird im Rahmen eines Modellprojektes des Bundes bis 2007 an insgesamt 14 Standorten in acht Bundesländern das Persönliche Budget erprobt und wissenschaftlich begleitet.

Nach § 159 Abs. 5 SGB IX wird die derzeitige Ermessensleistung ab dem 01.01.2008 durch einen Rechtsanspruch auf ein Persönliches Budget abgelöst.

### **Gerichtsbarkeit**

Wird jemand durch Entscheidungen der Sozialleistungsträger in seinen Rechten verletzt, steht ihm der Rechtsweg offen.

Für Streitigkeiten auf dem Gebiet des Sozialrechts (z.B. Ablehnung einer beantragten Leistung zur Teilhabe) ist der Rechtsweg vor den Sozialgerichten gegeben, in einigen Fällen vor den Verwaltungsgerichten.

Die Gerichte der Sozialgerichtsbarkeit entscheiden u.a. über Streitigkeiten der gesetzlichen Kranken-, Pflege-, Unfall- und Rentenversicherung einschließlich der Alterssicherung der Landwirte, der Arbeitsförderung und der übrigen Aufgaben der Bundesagentur für Arbeit. Die Sozialgerichte sind auch zuständig in Angelegenheiten der Feststellung der Schwerbehinderung und des sozialen Entschädigungsrechts.

Die Sozialgerichtsbarkeit ist in drei Instanzen gegliedert (Sozialgericht, Landessozialgericht, Bundessozialgericht). Gleiches gilt auch für die Verwaltungsgerichtsbarkeit (Verwaltungsgericht, Oberverwaltungsgericht/Verwaltungsgerichtshof, Bundesverwaltungsgericht). Rechtsmittel zur Beschreitung des Rechtswegs sind Klage, Berufung und Revision.

Vor den Verwaltungsgerichten werden Rechtsstreitigkeiten in Angelegenheiten der Sozialhilfe, der öffentlichen Jugendhilfe, der Kriegsofopferfürsorge und beim Kündigungsverfahren schwerbehinderter Menschen entschieden.

Das SGB IX normiert zudem ein besonderes Klagerecht der Verbände. Das heißt: Werden behinderte Menschen in ihren Rechten nach dem SGB IX verletzt, können an ihrer Stelle und mit ihrem Einverständnis Verbände klagen, die nach ihrer Satzung behinderte Menschen auf Bundesebene vertreten und nicht selbst am Prozess beteiligt sind. In diesem Fall müssen alle Verfahrensvoraussetzungen wie bei einem Rechtsschutzersuchen durch den behinderten Menschen selbst vorliegen.

### ■ **Beachte:**

Der Individualklage geht im Regelfall ein Vorverfahren (Widerspruchsverfahren) voraus. In diesem Verfahren wird die Verwaltungsentscheidung zunächst intern von einer so genannten Widerspruchsstelle überprüft, die von den Organen der Selbstverwaltung bestimmt wird und sich entsprechend der jeweils gültigen Satzung des zuständigen Sozialversicherungsträgers aus Vertretern der Versicherten, Arbeitgeber und des Leistungsträgers, teilweise auch nur aus Vertretern der Versicherten zusammensetzt. Die Widerspruchsstelle kann dem Widerspruch abhelfen oder ihn zurückweisen. Weist sie ihn zurück, kann gegen die Entscheidung geklagt werden. Diese Vorverfahren gibt es in Angelegenheiten der Kranken-, Pflege-, Renten-, Unfallversicherung, der Arbeitsförderung und im sozialen Entschädigungsrecht.

**Modellprojekt des Bundes**

**Rechtsanspruch ab dem 01. 01. 2008**

**Rechtsweg**

**Sozialgerichte**

**Verwaltungsgerichte**

**Verbandsklagerecht**

**Widerspruchsverfahren**

# 5 Leistungen zur Rehabilitation und Teilhabe behinderter Menschen

## Gesetzliche Krankenversicherung

**Was ist das Ziel der Leistungen zur medizinischen Rehabilitation durch die gesetzliche Krankenversicherung?**

**Ziel der Leistungen**

Die gesetzliche Krankenversicherung richtet ihre Leistungen darauf aus, Behinderungen oder Pflegebedürftigkeit abzuwenden, zu beseitigen, zu mindern, auszugleichen, ihre Verschlimmerung zu verhüten oder ihre Folgen zu mildern.

**Wer kann Leistungen zur medizinischen Rehabilitation erhalten?**

**Anspruchsberechtigte**

Versicherte und ihre in der Familienversicherung versicherten Angehörigen (§§ 5, 9, 10, 192, 193 SGB V, §§ 2, 6, 7, 23, 28 KVLG 1989, §§ 1, 2, 6 KSVG).

**Welche Leistungen werden erbracht?**

**Leistungen zur medizinischen Rehabilitation**

- Leistungen zur medizinischen Rehabilitation (§ 26 SGB IX i.V.m. §§ 11, 27, 40, 41 SGB V)

Die Leistungen zur medizinischen Rehabilitation umfassen insbesondere:

- Behandlung durch Ärzte, Zahnärzte und Angehörige anderer Heilberufe, soweit deren Leistungen unter ärztlicher Aufsicht oder auf ärztliche Anordnung ausgeführt werden, einschließlich der Anleitung, eigene Heilungskräfte zu entwickeln,
- Früherkennung und Frühförderung behinderter und von Behinderung bedrohter Kinder,
- Arznei und Verbandmittel,
- Heilmittel einschließlich physikalischer, Sprach- und Beschäftigungstherapie,
- Psychotherapie als ärztliche und psychotherapeutische Behandlung,
- Hilfsmittel,
- Belastungserprobung und Arbeitstherapie.

Bestandteil der Leistungen nach § 26 SGB IX sind auch medizinische, psychologische und pädagogische Hilfen, soweit diese Leistungen im Einzelfall erforderlich sind, um die Ziele der Leistungen zur Teilhabe zu erreichen oder zu sichern und Krankheitsfolgen zu vermeiden, zu überwinden, zu mindern oder ihre Verschlimmerung zu verhüten.

- Stufenweise Wiedereingliederung (§ 28 SGB IX i.V.m. § 74 SGB V)

**Stufenweise Wiedereingliederung**

Können arbeitsunfähige Leistungsberechtigte nach ärztlicher Feststellung ihre bisherige Tätigkeit teilweise wieder verrichten und können sie durch eine stufenweise Wiederaufnahme ihre Tätigkeit voraussichtlich besser wieder in das Erwerbsleben eingegliedert werden, sollen die medizinischen und die sie ergänzenden Leistungen entsprechend dieser Zielsetzung erbracht werden. [Verweis auf BAR-Arbeitshilfe Nr. 5]

## ■ Förderung der Selbsthilfe (§ 29 SGB IX i.V.m. § 20 SGB V)

Selbsthilfegruppen, -organisationen und –kontaktstellen, die sich die Prävention, Rehabilitation, Früherkennung, Behandlung und Bewältigung von Krankheiten und Behinderungen zum Ziel gesetzt haben, sollen nach einheitlichen Grundsätzen gefördert werden. [Verweis auf GE „Selbsthilfe“]

## ■ Früherkennung und Frühförderung (§§ 26, 30 SGB IX i.V.m. § 43a SGB V)

Die medizinischen Leistungen zur Früherkennung und Frühförderung behinderter und von Behinderung bedrohter Kinder nach § 26 Abs. 2 Nr. 2 SGB IX umfassen auch nichtärztliche sozialpädiatrische, psychologische, heilpädagogische, psychosoziale Leistungen und die Beratung der Erziehungsberechtigten, auch in fachübergreifend arbeitenden Diensten und Einrichtungen, wenn sie unter ärztlicher Verantwortung erbracht werden und erforderlich sind, um eine drohende oder bereits eingetretene Behinderung zum frühestmöglichen Zeitpunkt zu erkennen und einen individuellen Behandlungsplan aufzustellen.

Die Leistungen werden als Komplexleistungen in Verbindung mit heilpädagogischen Leistungen erbracht (§ 56 SGB IX).

Das BMGS erließ zum 01. Juli 2003 eine Rechtsverordnung zur Früherkennung und Frühförderung. Auf Grund der gesetzlichen Vorgaben konzentriert sich der Regelungsumfang der Rechtsverordnung im Wesentlichen auf die Abgrenzung der Leistungen und die Teilung der Kosten zwischen den beteiligten Rehabilitationsträgern.

Nicht in die Rechtsverordnung übernommen werden konnten z. B. die Beschreibung der Leistungselemente und die Anforderungen an die Leistungserbringung. Näheres hierzu soll in Landesrahmenvereinbarungen geregelt werden (weitere Informationen: [www.sgbixumsetzen.de](http://www.sgbixumsetzen.de)).

- Ambulante und stationäre Leistungen zur medizinischen Rehabilitation werden von der Krankenversicherung nur erbracht, wenn nach den für andere Träger der Sozialversicherung geltenden Vorschriften – mit Ausnahme des § 31 SGB VI (Gleichrangigkeit der Leistungen von Renten- und Krankenversicherung) – solche Leistungen nicht erbracht werden können (§ 40 Abs. 4 SGB V).

## Nach welchen Richtlinien werden Leistungen erbracht?

Mit den Rehabilitations-Richtlinien nach § 92 Abs. 1 Satz 2 Nr. 8 SGB V hat der Gemeinsame Bundesausschuss Richtlinien über die Versorgung mit Leistungen zur medizinischen Rehabilitation entwickelt, die am 01. April 2004 in Kraft getreten sind und auch neuere Entwicklungen durch das SGB IX berücksichtigen.

Die Rehabilitations-Richtlinien unterstützen eine strukturierte Kooperation aller Beteiligten, indem sie deren Aufgaben und Kompetenzen im Verfahren der Beratung, Mitteilung, Verordnung und der Ergebnisse von Leistungen zur medizinischen Rehabilitation konkretisieren. Mit ihnen können individuell notwendige Leistungen frühzeitig erkannt und rechtzeitig eingeleitet werden. Dabei nutzen sie die ICF und ihr biopsychosoziales Krankheitsmodell als Grundlage und entsprechen so dem aktuellen rehabilitationswissenschaftlichen Stand.

Mit dem neuen Verfahren sind einheitliche Formulare sowohl für die Einleitung von Leistungen als auch für die Verordnung von Leistungen zur medizinischen Rehabilitation durch die Vertragsärzte vereinbart. Neben Schädigungen können dann vor allem daraus folgende individuelle Beeinträchtigungen der Aktivitäten und Teilhabe auf die jeweilige Rehabilitationsbedürftigkeit, -fähigkeit und -prognose und damit auf die Formulierung von individuellen Rehabilitationszielen bezogen dargestellt werden.

## Förderung der Selbsthilfe

## Früherkennung und Frühförderung

## Komplexleistung

## Nachrang von Leistungen

## Rehabilitations-Richtlinien

## Ergänzende Leistungen

- Unterhaltssichernde und andere ergänzende Leistungen
  - Krankengeld (§ 44 SGB IX i.V.m. §§ 44, 46 – 51 SGB V, §§ 12, 13 KVLG 1989);
  - Beiträge und Beitragszuschüsse zur gesetzlichen Unfall- und Rentenversicherung, Bundesagentur für Arbeit sowie zur sozialen Pflegeversicherung (§ 44 SGB IX i.V.m. §§ 3, 170 SGB VI, §§ 2, 150 SGB VII, §§ 26, 347 SGB III, §§ 20, 59 SGB XI);
  - ärztlich verordneter Rehabilitationssport in Gruppen unter ärztlicher Betreuung und Überwachung einschließlich Übungen für behinderte oder von Behinderung bedrohte Frauen und Mädchen, die der Stärkung des Selbstbewusstseins dienen (§ 44 Abs. 1 Nr. 3 SGB IX);
  - ärztlich verordnetes Funktionstraining in Gruppen unter fachkundiger Anleitung und Überwachung (§ 44 Abs. 1 Nr. 4 SGB IX);
  - Fahr- und andere Reisekosten (§ 60 SGB V, § 53 SGB IX, § 8 Abs. 1 KVLG 1989);
  - Haushaltshilfe, Kinderbetreuungskosten (§ 38 SGB V, § 54 SGB IX);
  - Betriebs- und Haushaltshilfe in der Krankenversicherung der Landwirte (§§ 9, 10 KVLG 1989, § 54 Abs. 4 SGB IX).

### Wie ist das Verfahren geregelt?

Anträge auf Leistungen sind grundsätzlich bei der zuständigen Krankenkasse zu stellen. Sie können aber auch bei anderen Sozialleistungsträgern, bei Gemeinden oder bei einer Gemeinsamen Servicestelle für Rehabilitation gestellt werden.

## Antragstellung

# Soziale Pflegeversicherung

## Welche Rehabilitationsziele ergeben sich aus der sozialen Pflegeversicherung?

Die Pflegekassen haben bei der Einleitung und Ausführung der Leistungen zur Pflege sowie bei Beratung, Auskunft und Aufklärung mit den Trägern der Rehabilitation eng zusammenzuarbeiten, um Pflegebedürftigkeit zu vermeiden, zu überwinden, zu mindern oder ihre Verschlimmerung zu verhüten. Die Pflegekassen

- haben die Aufgabe, bei den zuständigen Leistungsträgern darauf hinzuwirken, dass frühzeitig alle geeigneten Leistungen der Prävention, der Krankenbehandlung und zur medizinischen Rehabilitation eingeleitet werden (§ 5 SGB XI),
- prüfen im Einzelfall, welche Leistungen zur medizinischen Rehabilitation und ergänzende Leistungen geeignet und zumutbar sind, Pflegebedürftigkeit zu überwinden, zu mindern oder ihre Verschlimmerung zu verhüten (§ 31 Abs. 1 Satz 1 SGB XI),
- unterstützen die Versicherten bei der Inanspruchnahme von Leistungen zur medizinischen Rehabilitation, insbesondere bei der Antragstellung (§ 31 Abs. 4 SGB XI),
- erbringen Leistungen der aktivierenden Pflege nach Eintritt der Pflegebedürftigkeit (§ 11 Abs. 2 Satz 2 SGB V).

### ■ Beachte:

Die Leistungen zur Rehabilitation sind von den zuständigen Leistungsträgern (insbesondere den Krankenkassen) zu erbringen.

## Wer kann Pflegeleistungen erhalten?

Versicherte und ihre in der Familienversicherung versicherten Angehörigen (§§ 20, 21, 25, 26 SGB XI), wenn die Vorversicherungszeit erfüllt ist (§ 33 Abs. 2 SGB XI).

Versicherte erhalten die Leistungen der Pflegeversicherung, wenn sie wegen einer körperlichen, geistigen oder seelischen Krankheit oder Behinderung für die gewöhnlichen und regelmäßige wiederkehrenden Verrichtungen im Ablauf des täglichen Lebens auf Dauer, voraussichtlich für mindestens sechs Monate, in erheblichem oder höherem Maß der Hilfe bedürfen (§ 14 SGB XI).

## Welche Leistungen der medizinischen Rehabilitation werden erbracht?

Die Pflegekasse erbringt vorläufige Leistungen zur medizinischen Rehabilitation, wenn eine sofortige Leistungserbringung erforderlich ist, um eine unmittelbar drohende Pflegebedürftigkeit zu vermeiden, eine bestehende Pflegebedürftigkeit zu überwinden, zu mindern oder eine Verschlimmerung der Pflegebedürftigkeit zu verhüten und sonst die sofortige Einleitung der Leistungen gefährdet wäre. Die Pflegekasse hat zuvor den zuständigen Träger zu unterrichten und auf die Eilbedürftigkeit der Leistungsgewährung hinzuweisen. Wird dieser nicht rechtzeitig tätig, erbringt die Pflegekasse die Leistungen vorläufig (§ 32 SGB XI).

**Vermeidung von Pflegebedürftigkeit**

**Aufgaben der Pflegekassen**

**Anspruchsberechtigte**

**Anspruchsvoraussetzungen**

**Vorläufige Leistungen zur medizinischen Rehabilitation**

## Antragstellung

### Wie ist das Verfahren geregelt?

Anträge auf Pflegeleistungen sind grundsätzlich bei der zuständigen Pflegekasse zu stellen.

Im Verfahren ist zu prüfen, ob Leistungen zur Teilhabe geeignet sind, Pflegebedürftigkeit zu vermeiden, zu überwinden, zu mindern oder eine Verschlimmerung zu verhüten (§ 8 Abs. 3 SGB IX). In diesen Fällen wird der Antrag an den zuständigen Rehabilitationsträger weitergeleitet.

Anträge auf Pflegeleistungen können aber auch bei anderen Sozialleistungsträgern, bei Gemeinden oder bei einer Servicestelle für Rehabilitation gestellt werden.

# Gesetzliche Rentenversicherung einschließlich Alterssicherung der Landwirte

## Was ist das Ziel der Leistungen zur Teilhabe durch die gesetzliche Rentenversicherung?

Die Rentenversicherung erbringt Leistungen zur medizinischen Rehabilitation, Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben sowie ergänzende Leistungen, um

- den Auswirkungen einer Krankheit oder einer körperlichen, geistigen oder seelischen Behinderung auf die Erwerbsfähigkeit der Versicherten entgegenzuwirken oder sie zu überwinden und
- dadurch Beeinträchtigungen der Erwerbsfähigkeit der Versicherten oder ihr vorzeitiges Ausscheiden aus dem Erwerbsleben zu verhindern oder sie möglichst dauerhaft in das Erwerbsleben wiedereinzugliedern (§ 9 SGB VI).

Die Leistungen zur Teilhabe haben Vorrang vor Rentenleistungen, die bei erfolgreichen Leistungen zur Teilhabe nicht oder voraussichtlich erst zu einem späteren Zeitpunkt zu erbringen sind.

## Wer kann Leistungen zur Teilhabe erhalten?

Leistungen zur Teilhabe können erbracht werden, wenn die persönlichen und versicherungsrechtlichen Voraussetzungen dafür erfüllt sind.

### *Persönliche (medizinische) Voraussetzungen (§ 10 SGB VI)*

Leistungen zur Teilhabe können einem Versicherten oder Bezieher einer Erwerbsminderungsrente gewährt werden, wenn eine Krankheit oder Behinderung und dadurch bedingt eine erhebliche Gefährdung oder eine Minderung der Erwerbsfähigkeit besteht und zu erwarten ist, dass

- die erhebliche Gefährdung oder eine Minderung der Erwerbsfähigkeit abgewendet werden kann  
oder
- die bereits geminderte Erwerbsfähigkeit durch Leistungen zur medizinischen Rehabilitation oder Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben wesentlich gebessert oder wiederhergestellt oder hierdurch deren wesentliche Verschlechterung abgewendet werden kann  
oder
- bei teilweiser Erwerbsminderung ohne Aussicht auf eine wesentliche Besserung der Erwerbsfähigkeit der Arbeitsplatz durch Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben erhalten werden kann.

### *Versicherungsrechtliche Voraussetzungen*

Leistungen erhalten Personen, die

- bei Antragstellung die Wartezeit von 15 Jahren erfüllt haben  
oder

**Ziel der Leistungen**

**Rehabilitation vor Rente**

**Persönliche (medizinische) Voraussetzungen**

**Versicherungsrechtliche Voraussetzungen für Leistungen zur medizinischen Rehabilitation**

### Versicherungsrechtliche Voraussetzungen für Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben

- eine Rente wegen verminderter Erwerbsfähigkeit beziehen oder
- in den letzten zwei Jahren vor der Antragstellung sechs Kalendermonate mit Pflichtbeiträgen für eine versicherte Beschäftigung oder Tätigkeit haben oder
- innerhalb von zwei Jahren nach Beendigung einer Ausbildung eine versicherte Beschäftigung oder selbständige Tätigkeit aufgenommen und bis zum Antrag ausgeübt haben oder nach einer solchen Beschäftigung oder Tätigkeit bis zum Antrag arbeitsunfähig oder arbeitslos gewesen sind oder
- vermindert erwerbsfähig sind oder bei denen dies in absehbarer Zeit zu erwarten ist, wenn sie die allgemeine Wartezeit erfüllt haben oder
- als überlebende Ehegatten Anspruch auf große Witwen oder Witwerrente wegen verminderter Erwerbsfähigkeit haben.

Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben erhalten Personen, die

- bei Antragstellung die Wartezeit von 15 Jahren erfüllt haben oder
- eine Rente wegen verminderter Erwerbsfähigkeit beziehen oder
- als überlebende Ehegatten Anspruch auf große Witwen oder Witwerrente wegen verminderter Erwerbsfähigkeit haben.

Außerdem erbringt die Rentenversicherung Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben auch dann, wenn Versicherte die geforderten 15 Jahre Wartezeit noch nicht erfüllt haben. Voraussetzung hierfür ist, dass

- ohne diese Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben Rente wegen verminderter Erwerbsfähigkeit zu leisten wäre oder
- für eine voraussichtlich erfolgreiche Rehabilitation im unmittelbaren Anschluss an Leistungen zur medizinischen Rehabilitation der Rentenversicherungsträger Leistungen zur Teilhabe erforderlich sind (§ 11 Abs. 2a SGB VI).

### Ausschlussgründe

Leistungen zur Teilhabe werden nicht für Versicherte erbracht, die

- wegen eines Arbeitsunfalls, einer Berufskrankheit oder einer Schädigung im Sinne des sozialen Entschädigungsrechts gleichartige Leistungen eines anderen Rehabilitationsträgers erhalten können,
- eine Rente wegen Alters von wenigstens zwei Dritteln der Vollrente beziehen oder beantragt haben,
- eine Beschäftigung ausüben, aus der ihnen nach beamtenrechtlichen oder entsprechenden Vorschriften Anwartschaft auf Versorgung gewährleistet ist,
- als Bezieher einer Versorgung wegen Erreichens einer Altersgrenze versicherungsfrei sind,
- eine Leistung beziehen, die regelmäßig bis zum Beginn einer Rente wegen Alters gezahlt wird,
- sich in Untersuchungshaft oder im Vollzug einer Freiheitsstrafe oder freiheitsentziehenden Maßregel der Besserung und Sicherung befinden oder einstweilig nach § 126 a Abs. 1 der Strafprozessordnung untergebracht sind. Dies gilt

nicht für Versicherte im erleichterten Strafvollzug bei Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben (§ 12 Abs. 1 SGB VI).

Leistungen zur medizinischen Rehabilitation werden nicht vor Ablauf von vier Jahren nach Durchführung solcher oder ähnlicher Leistungen zur Rehabilitation erbracht, deren Kosten aufgrund öffentlichrechtlicher Vorschriften getragen oder bezuschusst worden sind. Dies gilt nicht, wenn vorzeitige Leistungen aus gesundheitlichen Gründen dringend erforderlich sind (§ 12 Abs.2 SGB VI).

### Welche Leistungen zur Teilhabe werden erbracht?

#### ■ Leistungen zur medizinischen Rehabilitation (§§ 26–31 SGB IX i.V.m. § 15 SGB VI)

Die Leistungen zur medizinischen Rehabilitation umfassen insbesondere:

- Behandlung durch Ärzte, Zahnärzte und Angehörige anderer Heilberufe, soweit deren Leistungen unter ärztlicher Aufsicht oder auf ärztliche Anordnung ausgeführt werden, einschließlich der Anleitung, eigene Heilungskräfte zu entwickeln,
- Arznei und Verbandmittel,
- Heilmittel einschließlich physikalischer, Sprach- und Beschäftigungstherapie,
- Psychotherapie als ärztliche und psychotherapeutische Behandlung,
- Hilfsmittel (Körperersatzstücke sowie orthopädische und andere Hilfsmittel),
- Belastungserprobung und Arbeitstherapie,
- stufenweise Wiedereingliederung,
- Förderung der Selbsthilfe.

Bestandteil der Leistungen nach § 26 SGB IX i.V.m. § 15 SGB VI sind auch medizinische, psychologische und pädagogische Hilfen, soweit diese Leistungen im Einzelfall erforderlich sind, um die Ziele der Leistungen zur Teilhabe zu erreichen oder zu sichern und Krankheitsfolgen zu vermeiden, zu überwinden, zu mindern oder ihre Verschlimmerung zu verhüten (siehe Seite 12).

Die Leistungen zur medizinischen Rehabilitation werden entweder ambulant (teilstationär) oder stationär in Rehabilitationseinrichtungen einschließlich der erforderlichen Unterkunft und Verpflegung erbracht.

Zahnärztliche Behandlung einschließlich der Versorgung mit Zahnersatz erbringt die gesetzliche Rentenversicherung nur, wenn sie unmittelbar und gezielt zur wesentlichen Besserung oder Wiederherstellung der Erwerbsfähigkeit, insbesondere zur Ausübung des bisherigen Berufs erforderlich ist und soweit sie nicht als Leistung der Krankenversicherung oder als Hilfe nach dem Fünften Kapitel des SGB XII (Sozialhilfe) zu erbringen ist (§ 15 Abs. 1 SGB VI).

#### ■ Stufenweise Wiedereingliederung (§ 28 SGB IX)

Können arbeitsunfähige Leistungsberechtigte nach ärztlicher Feststellung ihre bisherige Tätigkeit teilweise verrichten und können sie durch eine stufenweise Wiederaufnahme ihrer Tätigkeit voraussichtlich besser wieder in das Erwerbsleben eingegliedert werden, sollen die medizinischen und die sie ergänzenden Leistungen entsprechend der Zielsetzung erbracht werden. Die Zuständigkeit der gesetzlichen Rentenversicherung für die Durchführung einer stufenweisen Wiedereingliederung ist gegeben, wenn sich deren Notwendigkeit während der Teilnahme an einer von einem gesetzlichen Rentenversicherungsträger erbrachten medizinischen Rehabilitationsleistung ergibt und die stufenweise Wiedereingliederung sich unmittelbar an die medizinische Rehabilitation anschließt. Ebenfalls zuständig ist die gesetzliche

### Leistungen zur medizinischen Rehabilitation

## Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben

### Leistungen an Betroffene

Rentenversicherung, wenn die stufenweise Wiedereingliederung während einer vom Rentenversicherungsträger erbrachten ambulanten Leistung zur medizinischen Rehabilitation begonnen wird.

#### ■ Förderung der Selbsthilfe (§ 29 SGB IX)

Selbsthilfegruppen, -organisationen und -kontaktstellen, die sich die Prävention, Rehabilitation, Früherkennung, Behandlung und Bewältigung von Krankheiten und Behinderungen zum Ziel gesetzt haben, sollen nach einheitlichen Grundsätzen gefördert werden.

#### ■ Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben (§§ 33 – 38, 40 SGB IX i.V.m. § 16 SGB VI)

Die Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben umfassen insbesondere Leistungen an Betroffene

1. Hilfen zur Erhaltung oder Erlangung eines Arbeitsplatzes einschließlich Leistungen zur Beratung und Vermittlung, Trainingsmaßnahmen und Mobilitätshilfen,
2. Berufsvorbereitung einschließlich einer wegen der Behinderung erforderlichen Grundausbildung,
3. berufliche Anpassung und Weiterbildung, auch soweit die Leistungen einen zur Teilnahme erforderlichen schulischen Abschluss einschließen,
4. berufliche Ausbildung, auch soweit die Leistungen in einem zeitlich nicht überwiegenden Abschnitt schulisch durchgeführt werden,
5. Überbrückungsgeld,
6. sonstige Hilfen zur Förderung der Teilhabe am Arbeitsleben, um behinderten Menschen eine angemessene und geeignete Beschäftigung oder eine selbständige Tätigkeit zu ermöglichen und zu erhalten.

Bestandteil der Leistungen sind auch medizinische, psychologische und pädagogische Hilfen, soweit diese Leistungen im Einzelfall erforderlich sind, um die Ziele der Leistungen zur Teilhabe zu erreichen oder zu sichern und Krankheitsfolgen zu vermeiden, zu überwinden, zu mindern oder ihre Verschlimmerung zu verhüten.

Zu den Leistungen gehört auch die Übernahme

- der erforderlichen Kosten für Unterkunft und Verpflegung bei stationärer Ausführung,
- der erforderlichen Kosten, die mit der Ausführung einer Leistung in unmittelbarem Zusammenhang stehen, insbesondere für Lehrgangskosten, Prüfungsgebühren, Lernmittel, Arbeitskleidung und Arbeitsgerät.

Die Hilfen zur Erhaltung oder Erlangung eines Arbeitsplatzes sowie sonstigen Hilfen zur Förderung der Teilhabe am Arbeitsleben (§ 33 Abs. 8 i.V.m. Abs. 3 Nr. 1 u. 6. SGB IX) umfassen auch

- Kraftfahrzeughilfe,
- den Ausgleich unvermeidbaren Verdienstaufschlags des behinderten Menschen oder einer erforderlichen Begleitperson wegen Fahrten der An- und Abreise zu einer Bildungsmaßnahme oder zur Vorstellung bei einem Arbeitgeber, einem Träger oder einer Einrichtung für behinderte Menschen,
- die Kosten einer notwendigen Arbeitsassistenten für schwerbehinderte Menschen als Hilfe zur Erlangung eines Arbeitsplatzes,
- Kosten für Hilfsmittel, die wegen Art oder Schwere der Behinderung zur Berufsausübung, zur Teilnahme an einer Leistung zur Teilhabe am Arbeitsleben oder zur Erhöhung der Sicherheit auf dem Weg vom und zum Arbeitsplatz und am

Arbeitsplatz erforderlich sind, es sei denn, dass eine Verpflichtung des Arbeitgebers besteht oder solche Leistungen als medizinische Leistung erbracht werden können,

- Kosten technischer Arbeitshilfen, die wegen Art oder Schwere der Behinderung zur Berufsausübung erforderlich sind,
- Kosten der Beschaffung, der Ausstattung und der Erhaltung einer behinderten-gerechten Wohnung in angemessenem Umfang.

Zur Teilhabe am Arbeitsleben können Leistungen an Arbeitgeber – gegebenenfalls unter Bedingungen und Auflagen – erbracht werden, insbesondere als

- Ausbildungszuschüsse zur betrieblichen Ausführung von Bildungsleistungen,
- Eingliederungszuschüsse,
- Zuschüsse für Arbeitshilfen im Betrieb,
- teilweise oder volle Kostenerstattung für eine befristete Probebeschäftigung (§ 34 Abs. 1 SGB IX).

Die Leistungen zur Teilhabe werden in Berufsförderungswerken und vergleichbaren Einrichtungen der beruflichen Rehabilitation ausgeführt, soweit Art oder Schwere der Behinderung oder die Sicherung des Erfolges die besonderen Hilfen dieser Einrichtungen erforderlich machen (§ 35 SGB IX).

Leistungen im Eingangsverfahren und im Berufsbildungsbereich einer anerkannten Werkstatt für behinderte Menschen erhalten behinderte Menschen

- im Eingangsverfahren zur Feststellung, ob die Werkstatt die geeignete Einrichtung für die Teilhabe des behinderten Menschen am Arbeitsleben ist. Die Leistungen können im Einzelfall bis zu drei Monaten erbracht werden. Sie werden bis zu vier Wochen erbracht, wenn die notwendigen Feststellungen in dieser Zeit getroffen werden können;
- im Berufsbildungsbereich, wenn die Leistungen erforderlich sind, um die Leistungs- oder Erwerbsfähigkeit des behinderten Menschen soweit wie möglich zu entwickeln, zu verbessern oder wiederherzustellen und erwartet werden kann, dass der behinderte Mensch nach Teilnahme an diesen Leistungen in der Lage ist, wenigstens ein Mindestmaß wirtschaftlich verwertbarer Arbeitsleistung zu erbringen. Die Leistungen werden für zwei Jahre erbracht. Sie werden in der Regel für ein Jahr bewilligt und für ein weiteres Jahr, wenn die Leistungsfähigkeit des behinderten Menschen weiterentwickelt oder wiedergewonnen werden kann (§ 40 Abs. 3 SGB IX).

#### ■ Ergänzende Leistungen (§ 44 SGB IX i.V.m. § 28 SGB VI)

Solche sind

- Übergangsgeld (§§ 45 – 52 SGB IX i.V.m. §§ 20, 21 SGB VI),
- Beiträge und Beitragszuschüsse zur gesetzlichen Kranken-, Pflege-, Renten- und Unfallversicherung sowie zur Arbeitsförderung (§ 44 SGB IX i.V.m. §§ 5, 192, 251 SGB V, §§ 20, 59 SGB XI, §§ 2, 150 SGB VII, §§ 26, 347 SGB III),
- ärztlich verordneter Rehabilitationssport in Gruppen unter ärztlicher Betreuung und Überwachung, einschließlich Übungen für behinderte oder von Behinderung bedrohte Frauen und Mädchen, die der Stärkung des Selbstbewusstseins dienen (§ 44 Abs. 1 SGB IX),
- ärztlich verordnetes Funktionstraining in Gruppen unter fachkundiger Anleitung und Überwachung (§ 44 Abs. 1 SGB IX),
- Reisekosten (§ 53 SGB IX),
- Haushalts- oder Betriebshilfe und Kinderbetreuungskosten (§ 54 SGB IX).

**Leistungen an Arbeitgeber**

**Leistungen im Eingangsverfahren und Berufsbildungsbereich**

**Ergänzende Leistungen**

## Sonstige Leistungen

### ■ Sonstige Leistungen (§ 31 SGB VI)

Solche sind

- Leistungen zur Eingliederung in das Erwerbsleben, insbesondere nachgehende Leistungen zur Sicherung des Erfolges der Leistungen zur Teilhabe,
- stationäre medizinische Leistungen zur Sicherung der Erwerbsfähigkeit für Versicherte, die eine besonders gesundheitsgefährdende Beschäftigung ausüben,
- Nach- und Festigungskuren wegen Geschwulsterkrankungen für Versicherte, Bezieher einer Rente sowie deren Angehörige,
- stationäre Heilbehandlungen für Kinder von Versicherten und Rentenbeziehern,
- Zuwendungen für Einrichtungen der Rehabilitationsforschung und -förderung.

## Alterssicherung der Landwirte

### *Besonderheiten in der Alterssicherung der Landwirte (§§ 7 – 10 ALG)*

Die landwirtschaftlichen Alterskassen als Träger der Alterssicherung der Landwirte führen für ihre versicherten Landwirte und deren versicherte mithelfende Familienangehörige Leistungen zur medizinischen Rehabilitation unter den gleichen Voraussetzungen wie die Rentenversicherung durch. Sind die versicherungsrechtlichen Voraussetzungen sowohl in der Alterssicherung der Landwirte als auch in der Rentenversicherung erfüllt, ist der Sozialleistungsbereich zuständig, bei dem zuerst der Antrag gestellt wurde.

### ■ Leistungen zur medizinischen Rehabilitation

Medizinische und sonstige Leistungen zur Teilhabe werden wie in der Rentenversicherung erbracht.

### ■ Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben

Die Alterssicherung der Landwirte sieht Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben nicht vor.

### ■ Ergänzende Leistungen

Abweichend von der gesetzlichen Rentenversicherung erbringen die Träger der Alterssicherung der Landwirte als ergänzende Leistung vor allem

- Betriebs- oder Haushaltshilfe nach den besonderen leistungsrechtlichen Vorschriften der Alterssicherung der Landwirte (§ 54 Abs. 4 SGB IX).

## Antragstellung

### **Wie ist das Verfahren geregelt?**

Anträge auf Leistungen sind grundsätzlich beim zuständigen Rentenversicherungsträger oder bei der zuständigen Alterskasse zu stellen. Sie können aber auch bei anderen Sozialleistungsträgern, bei Gemeinden oder bei einer Servicestelle für Rehabilitation gestellt werden.

# Gesetzliche Unfallversicherung

## Was ist Ziel der Leistungen zur Teilhabe durch die gesetzliche Unfallversicherung?

Nach einem Versicherungsfall (Arbeitsunfall, Berufskrankheit) haben Versicherte Anspruch auf Heilbehandlung einschließlich Leistungen zur medizinischen Rehabilitation, auf Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben und am Leben in der Gemeinschaft, auf ergänzende Leistungen, auf Leistungen bei Pflegebedürftigkeit sowie auf Geldleistungen. Im einzelnen haben die Unfallversicherungsträger mit allen geeigneten Mitteln möglichst frühzeitig

- den durch den Versicherungsfall verursachten Gesundheitsschaden zu beseitigen oder zu bessern, seine Verschlimmerung zu verhüten und seine Folgen zu mildern,
- unfallverletzten Kindern und Jugendlichen eine ihren Fähigkeiten entsprechende allgemeine Schulbildung zu ermöglichen,
- den Versicherten einen ihren Neigungen und Fähigkeiten entsprechenden Platz im Arbeitsleben zu sichern,
- Hilfen zur Bewältigung der Anforderungen des täglichen Lebens und zur Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft sowie zur Führung eines möglichst selbstständigen Lebens unter Berücksichtigung von Art und Schwere des Gesundheitsschadens bereitzustellen,
- ergänzende Leistungen zur Heilbehandlung und zur Teilhabe am Arbeitsleben und am Leben in der Gemeinschaft zu erbringen,
- Leistungen bei Pflegebedürftigkeit zu erbringen.

Besteht für einen Versicherten die Gefahr, dass eine Berufskrankheit entsteht, wiederauflebt oder sich verschlimmert, hat der Unfallversicherungsträger mit allen geeigneten Mitteln dieser Gefahr entgegenzuwirken und den Versicherten zur Unterlassung der gefährdenden Tätigkeit aufzufordern, wenn die Gefahr nicht anders zu beseitigen ist (§ 3 BKV).

## Wer kann Leistungen zur Teilhabe erhalten?

- Versicherte kraft Gesetzes (§ 2 SGB VII)  
Hierzu gehören – außer Beschäftigten – u.a. auch:
  - Studierende, Schüler und Kinder in Tageseinrichtungen,
  - Personen, die in einem Hilfeleistungsunternehmen tätig werden oder einem Einzelnen Hilfe leisten (z.B. Lebensretter, Blutspender),
  - Personen, die für Körperschaften, Anstalten oder Stiftungen des öffentlichen Rechts oder deren Verbände oder Arbeitsgemeinschaften ehrenamtlich tätig sind oder an Ausbildungsveranstaltungen für diese Tätigkeit teilnehmen.
  - Teilnehmer an Rehabilitationsmaßnahmen,
  - Pflegepersonen,
  - Entwicklungshelfer,
  - bestimmte Gruppen von Selbständigen (z.B. landwirtschaftliche Unternehmer, Hausgewerbetreibende, Küstenfischer, Küstenschiffer).

## Ziel der Leistungen

## Anspruchsberechtigte

## Voraussetzungen für Leistungen zur Teilhabe

## Leistungen zur medizinischen Rehabilitation

- **Pflichtversicherte kraft Satzung (§ 3 SGB VII)**
  - Unternehmer und ihre im Unternehmen mitarbeitenden Ehegatten oder Lebenspartner können kraft Satzung des Unfallversicherungsträgers in den Versicherungsschutz einbezogen werden (§ 3 Abs. 1 Nr. 1 SGB VII),
  - Personen, die sich auf der Unternehmensstätte aufhalten (§ 3 Abs. 1 Nr. 2 SGB VII).
- **freiwillig Versicherte (§ 6 SGB VII)**

Soweit nicht schon kraft Gesetzes oder kraft Satzung Versicherungsschutz besteht, können sich Unternehmer und ihre im Unternehmen mitarbeitenden Ehegatten freiwillig versichern.

## Unter welchen gesetzlichen Voraussetzungen können Leistungen zur Teilhabe erbracht werden?

Voraussetzung für die Leistungserbringung ist:

- ein Arbeitsunfall (§§ 8, 10, 11, 12 SGB VII) einschließlich eines Unfalls auf dem Weg vom und zum Unternehmen,
- eine Berufskrankheit (§ 9 SGB VII),
- eine drohende Berufskrankheit (§ 3 BKV).

### ■ **Beachte:**

Sowohl zwischen der versicherten Tätigkeit und dem Unfall als auch zwischen dem Unfall und dem Gesundheitsschaden muss ein ursächlicher Zusammenhang bestehen, oder es muss sich um eine Krankheit im Sinne der Anlage zur BKV handeln, die sich der Versicherte bei einer versicherten Tätigkeit zugezogen hat bzw. die er sich dabei zuzuziehen droht.

## Welche Leistungen zur Teilhabe werden erbracht?

- Leistungen zur medizinischen Rehabilitation (§§ 26 – 31 SGB IX i.V.m. §§ 26, 27, 33 SGB VII)

Die Leistungen zur medizinischen Rehabilitation umfassen insbesondere:

- Behandlung durch Ärzte, Zahnärzte und Angehörige anderer Heilberufe, soweit deren Leistungen unter ärztlicher Aufsicht oder auf ärztliche Anordnung ausgeführt werden, einschließlich der Anleitung, eigene Heilungskräfte zu entwickeln,
- Arznei und Verbandmittel,
- Heilmittel einschließlich physikalischer, Sprach- und Beschäftigungstherapie,
- Psychotherapie als ärztliche und psychotherapeutische Behandlung,
- Hilfsmittel (Körperersatzstücke sowie orthopädische und andere Hilfsmittel),
- Belastungserprobung und Arbeitstherapie,
- stufenweise Wiedereingliederung,
- Förderung der Selbsthilfe.

Bestandteil der Leistungen sind auch medizinische, psychologische und pädagogische Hilfen, soweit diese Leistungen im Einzelfall erforderlich sind, um die Ziele der Leistungen zur Teilhabe zu erreichen oder zu sichern und Krankheitsfolgen zu vermeiden, zu überwinden, zu mindern oder ihre Verschlimmerung zu verhüten (siehe Seite 12).

Die Leistungen zur medizinischen Rehabilitation werden entweder ambulant oder stationär in Rehabilitationseinrichtungen einschließlich der erforderlichen Unterkunft und Verpflegung erbracht.

Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben (§§ 33 – 38, 40, 41 SGB IX i.V.m. § 35 SGB VII)

Die Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben umfassen insbesondere:

1. Hilfen zur Erhaltung oder Erlangung eines Arbeitsplatzes einschließlich Leistungen zur Beratung und Vermittlung, Trainingsmaßnahmen und Mobilitätshilfen,
2. Berufsvorbereitung einschließlich einer wegen der Behinderung erforderlichen Grundausbildung,
3. berufliche Anpassung und Weiterbildung, auch soweit die Leistungen einen zur Teilnahme erforderlichen schulischen Abschluss einschließen,
4. berufliche Ausbildung, auch soweit die Leistungen in einem zeitlich nicht überwiegenden Abschnitt schulisch durchgeführt werden,
5. Überbrückungsgeld,
6. sonstige Hilfen zur Förderung der Teilhabe am Arbeitsleben.

#### ■ **Beachte:**

Die Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben umfassen auch Hilfen zu einer angemessenen Schulbildung einschließlich der Vorbereitung hierzu oder zur Entwicklung der geistigen und körperlichen Fähigkeiten vor Beginn der Schulpflicht.

Bestandteil der Leistungen sind auch medizinische, psychologische und pädagogische Hilfen, soweit diese Leistungen im Einzelfall erforderlich sind, um die Ziele der Leistungen zur Teilhabe zu erreichen oder zu sichern und Krankheitsfolgen zu vermeiden, zu überwinden, zu mindern oder ihre Verschlimmerung zu verhüten sowie die Beteiligung von Integrationsfachdiensten im Rahmen ihrer Aufgabenstellung (§ 110 SGB IX).

Zu den Leistungen gehört auch die Übernahme der erforderlichen Kosten für Unterkunft und Verpflegung bei stationärer Ausführung sowie Lehrgangskosten, Prüfungsgebühren, Lernmittel, Arbeitskleidung und Arbeitsgerät.

Leistungen nach Nr. 1 und 6 umfassen auch

- die Kraftfahrzeughilfe,
- den Ausgleich unvermeidbaren Verdienstauffalls des behinderten Menschen oder einer erforderlichen Begleitperson wegen Fahrten der An- und Abreise zu einer Bildungsmaßnahme und zur Vorstellung bei einem Arbeitgeber, einem Träger oder einer Einrichtung für behinderte Menschen,
- die Kosten einer notwendigen Arbeitsassistentin,
- die Kosten für Hilfsmittel, die wegen Art oder Schwere der Behinderung zur Berufsausübung, zur Teilnahme an einer Leistung zur Teilhabe am Arbeitsleben oder zur Erhöhung der Sicherheit auf dem Weg vom und zum Arbeitsplatz und am Arbeitsplatz erforderlich sind,
- die Kosten technischer Arbeitshilfen,
- die Kosten der Beschaffung, der Ausstattung und der Erhaltung einer behindertengerechten Wohnung in angemessenem Umfang.

Zur Teilhabe am Arbeitsleben können Leistungen an Arbeitgeber (§ 34 SGB IX i.V.m. § 35 SGB VII) gegebenenfalls unter Bedingungen und Auflagen erbracht werden, insbesondere als

**Leistungen zur Teilhabe  
am Arbeitsleben**

**Leistungen an  
Arbeitgeber**

## Einrichtungen der beruflichen Rehabilitation

## Leistungen in Werkstätten für behinderte Menschen

- Ausbildungszuschüsse zur betrieblichen Ausführung von Bildungsleistungen,
- Eingliederungszuschüsse,
- Zuschüsse für Arbeitshilfen im Betrieb,
- teilweise oder volle Kostenerstattung für eine befristete Probebeschäftigung.

Die Leistungen zur Teilhabe werden in Berufsbildungswerken, Berufsförderungswerken und vergleichbaren Einrichtungen der beruflichen Rehabilitation ausgeführt, soweit Art oder Schwere der Behinderung oder die Sicherung des Erfolges die besonderen Hilfen dieser Einrichtungen erforderlich machen (§ 35 SGB IX).

Die Leistungen werden für die Zeit erbracht, die vorgeschrieben oder allgemein üblich ist, um das angestrebte Teilhabeziel zu erreichen; Leistungen zur beruflichen Weiterbildung sollen in der Regel bei ganztägigem Unterricht nicht länger als zwei Jahre dauern, es sei denn, dass das Teilhabeziel nur über eine länger dauernde Leistung erreicht oder die Eingliederungsaussichten nur durch eine länger dauernde Leistung wesentlich verbessert werden kann (§ 37 SGB IX).

Leistungen im Eingangsverfahren, im Berufsbildungsbereich und im Arbeitsbereich anerkannter Werkstätten für behinderte Menschen einschließlich der Zahlung von Arbeitsförderungsgeld (§ 43 SGB IX) erhalten behinderte Menschen

- im Eingangsverfahren zur Feststellung, ob die Werkstatt die geeignete Einrichtung für die Teilhabe des behinderten Menschen am Arbeitsleben ist. Die Leistungen können im Einzelfall bis zu drei Monaten erbracht werden. Sie werden bis zu vier Wochen erbracht, wenn die notwendigen Feststellungen in dieser Zeit getroffen werden können;
- im Berufsbildungsbereich, wenn die Leistungen erforderlich sind, um die Leistungs- oder Erwerbsfähigkeit des behinderten Menschen soweit wie möglich zu entwickeln, zu verbessern oder wiederherzustellen und erwartet werden kann, dass der behinderte Mensch nach Teilnahme an diesen Leistungen in der Lage ist, wenigstens ein Mindestmaß wirtschaftlich verwertbarer Arbeitsleistungen zu erbringen.

Die Leistungen werden für zwei Jahre erbracht. Sie werden in der Regel für ein Jahr bewilligt und für ein weiteres Jahr, wenn die Leistungsfähigkeit des behinderten Menschen weiterentwickelt oder wiedergewonnen werden kann.

Die Leistungen im Arbeitsbereich einer anerkannten Werkstatt für behinderte Menschen erbringen die Träger der Unfallversicherung im Rahmen ihrer Zuständigkeit für behinderte Menschen, bei denen

1. eine Beschäftigung auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt oder
2. Berufsvorbereitung, berufliche Anpassung und Weiterbildung oder berufliche Ausbildung (§ 33 Abs. 3 Nr. 2 bis 4)

wegen Art und Schwere der Behinderung nicht, noch nicht oder noch nicht wieder in Betracht kommen und die in der Lage sind, wenigstens ein Mindestmaß an wirtschaftlich verwertbarer Arbeitsleistung zu erbringen (§§ 41, 42 Abs. 2 SGB IX).

- Leistungen zur Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft (§§ 55 – 58 SGB IX i.V.m. §§ 26, 39 SGB VII)

Als Leistungen zur Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft werden die Leistungen erbracht, die den behinderten Menschen die Teilhabe am Leben in der Gesellschaft ermöglichen oder sichern oder sie soweit wie möglich unabhängig von Pflege machen und die weder durch Leistungen zur medizinischen Rehabilitation noch zur Teilhabe am Arbeitsleben erbracht werden. Es sind insbesondere:

- die Versorgung mit anderen als den in § 31 SGB IX genannten Hilfsmitteln oder den in § 33 SGB IX genannten Hilfen,

- heilpädagogische Leistungen für Kinder, die noch nicht eingeschult sind,
  - Hilfen zum Erwerb praktischer Kenntnisse und Fähigkeiten, die erforderlich und geeignet sind, behinderten Menschen die für sie erreichbare Teilnahme am Leben in der Gemeinschaft zu ermöglichen,
  - Hilfen für die Förderung der Verständigung mit der Umwelt,
  - Hilfen bei der Beschaffung, Ausstattung und Erhaltung einer Wohnung, die den besonderen Bedürfnissen der behinderten Menschen entspricht,
  - Hilfen zu selbstbestimmtem Leben in betreuten Wohnmöglichkeiten,
  - Hilfen zur Teilhabe am gemeinschaftlichen und kulturellen Leben.
- Besondere Unterstützung während der Heilbehandlung und der Rehabilitation (§ 39 Abs. 2 SGB VII)

Zum Ausgleich besonderer Härten können Versicherte oder deren Angehörige eine besondere Unterstützung erhalten.

■ Ergänzende Leistungen (§§ 44 ff SGB IX)

Hierzu gehören:

- Verletztengeld während der Heilbehandlung oder der Leistungen zur medizinischen Rehabilitation (§§ 45 – 48, 52 SGB VII),
  - Verletztengeld während der Beaufsichtigung, Betreuung oder Pflege eines verletzten Kindes (§ 45 Abs. 4 SGB VII),
  - Übergangsgeld bei Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben (§§ 49, 50 SGB VII),
  - Beiträge und Beitragszuschüsse zur gesetzlichen Kranken-, Pflege- und Rentenversicherung sowie zur Arbeitsförderung (§ 44 SGB IX i.V.m. §§ 5, 192, 251 SGB V, §§ 20, 59 SGB XI, §§ 3, 170 SGB VI, §§ 26, 347 SGB III),
  - ärztlich verordneter Rehabilitationssport in Gruppen unter ärztlicher Betreuung und Überwachung, einschließlich Übungen für behinderte oder von Behinderung bedrohte Frauen und Mädchen, die der Stärkung des Selbstbewusstseins dienen,
  - ärztlich verordnetes Funktionstraining in Gruppen unter fachkundiger Anleitung und Überwachung,
  - Reisekosten (§ 53 SGB IX, § 43 SGB VII),
  - Betriebs- oder Haushaltshilfe und Kinderbetreuungskosten (§ 54 SGB IX, § 42 SGB VII),
  - Kraftfahrzeughilfe (§ 39 SGB VII),
  - sonstige Leistungen zur Erreichung und zur Sicherstellung des Erfolges der Leistungen zur medizinischen Rehabilitation und zur Teilhabe (§ 39 SGB VII).
- Leistungen bei Pflegebedürftigkeit (§ 44 SGB VII)

Solange Versicherte infolge des Versicherungsfalles so hilflos sind, dass sie für die gewöhnlichen und regelmäßig wiederkehrenden Verrichtungen im Ablauf des täglichen Lebens in erheblichem Umfang der Hilfe bedürfen, wird Pflegegeld gezahlt, eine Pflegekraft gestellt oder Heimpflege erbracht.

**Ergänzende Leistungen**

**Pflegebedürftigkeit**

## Anzeige des Unfalls

### Wie ist das Verfahren geregelt?

#### Anzeige des Unfalls:

- Der Unternehmer hat binnen 3 Tagen, nachdem er von dem Arbeitsunfall Kenntnis erhalten hat, dem zuständigen Unfallversicherungsträger anzuzeigen:
  - Jeden Unfall, durch den ein Versicherter getötet oder so verletzt worden ist, dass er für mehr als 3 Tage arbeitsunfähig wird (§ 193 SGB VII).
  - Entsprechendes gilt für Unfälle von Versicherten, deren Versicherung weder eine Beschäftigung noch eine selbständige Tätigkeit voraussetzt (z.B. Kinder, Schüler, Studierende).
- Verletzte, die arbeitsunfähig sind oder bei denen eine Behandlungsbedürftigkeit von voraussichtlich mehr als einer Woche vorliegt, sind gehalten, sofort nach dem Unfall einen vom Unfallversicherungsträger bezeichneten Facharzt (regelmäßig Durchgangsarzt) aufzusuchen, der über Art und Weise der Behandlung entscheidet.

Beim Vorliegen bestimmter schwerer Verletzungen ist sichergestellt, dass der Verletzte unverzüglich in ein von den Unfallversicherungsträgern ausgewähltes Krankenhaus eingewiesen wird.

## Anzeige der Berufskrankheit

#### Anzeige einer Berufskrankheit:

Der Verdacht auf das Vorliegen einer Berufskrankheit ist anzuzeigen entweder

- von der Krankenkasse (§ 20 Abs. 2 Satz 3 SGB V) oder
- vom Unternehmer (§ 193 Abs. 2 und 4 SGB VII) oder
- vom Arzt bzw. Zahnarzt (§ 202 SGB VII).

## Feststellung der Leistung

Die Leistungen werden von Amts wegen festgestellt (§ 19 Satz 2 SGB IV, § 20 SGB X).

# Arbeitsförderung

## Was ist das Ziel der Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben?

Die Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben sind bei behinderten oder von einer Behinderung bedrohten Menschen, die auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt tätig werden können, darauf gerichtet, ihre Erwerbsfähigkeit entsprechend ihren Neigungen und ihrer Leistungsfähigkeit zu erhalten, zu verbessern, herzustellen oder wieder herzustellen und ihre Teilhabe am Arbeitsleben möglichst auf Dauer zu sichern (§§ 4 Abs. 1 Nr. 3 und 33 Abs. 1 SGB IX i.V.m. § 97 Abs. 1 SGB III). Behinderten Frauen sind dabei im Erwerbsleben gleiche Chancen zu sichern (§ 33 Abs. 2 SGB IX).

Bei behinderten Menschen, die wegen Art oder Schwere ihrer Behinderung nicht, noch nicht oder noch nicht wieder auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt beschäftigt werden können (§ 136 Abs. 1 SGB IX) und die deshalb Leistungen in einer Werkstatt für behinderte Menschen benötigen, sind die Leistungen darauf gerichtet, die Leistungsfähigkeit so weit wie möglich zu entwickeln, zu verbessern oder wieder herzustellen und dadurch – nach der Teilnahme am Berufsbildungsbereich der Werkstatt für behinderte Menschen – wenigstens ein Mindestmaß an wirtschaftlich verwertbarer Arbeitsleistung zu erzielen (§ 40 Abs. 1 Nr. 2 SGB IX).

## Wer kann Leistungen erhalten?

Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben erhalten behinderte Menschen einschließlich lernbehinderte Menschen i.S.d. § 19 SGB III, bei denen Aussicht besteht, am Arbeitsleben teilzuhaben oder weiter teilzuhaben.

Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben erhalten auch behinderte Menschen, die wegen Art oder Schwere ihrer Behinderung nicht, noch nicht oder noch nicht wieder auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt beschäftigt werden können und deshalb am Eingangsverfahren bzw. am Berufsbildungsbereich einer Werkstatt für behinderte Menschen teilnehmen (§ 136 i.V.m. § 40 SGB IX, § 102 Abs. 2 SGB III).

### ■ Beachte:

Die besonderen Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben werden nur erbracht, soweit die Teilhabe nicht bereits durch die allgemeinen Leistungen erreicht werden kann (§ 98 SGB III).

Diese umfassen Hilfen, wie sie für behinderte Menschen mit behindertenspezifischen Problemen benötigt werden (z.B. Trainingsmaßnahmen, Mobilitätshilfen einschließlich Umzugs und Trennungskostenerstattung sowie die Lehrgangskosten für Ausbildungen und Weiterbildungsmaßnahmen einschließlich finanzielle Hilfen für Kinderbetreuung und Kosten einer auswärtigen Unterbringung und Verpflegung).

Die Agenturen für Arbeit dürfen Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben nur erbringen, sofern nicht ein anderer Träger zuständig ist (§ 6 SGB IX).

## Welche Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben werden erbracht?

(§ 33 – 42 SGB IX i.V.m. §§ 102 ff SGB III)

Die Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben umfassen insbesondere:

1. Hilfen zur Erhaltung oder Erlangung eines Arbeitsplatzes einschließlich Leistungen zur Beratung und Vermittlung, Trainingsmaßnahmen und Mobilitätshilfen,

Ziel der Leistungen

Anspruchsberechtigte

Vorrang von allgemeinen Leistungen der Arbeitsförderung

Nachrang von Leistungen

2. Berufsvorbereitung einschließlich einer wegen der Behinderung erforderlichen Grundausbildung,
3. berufliche Anpassung und Weiterbildung, auch soweit die Leistungen einen zur Teilnahme erforderlichen schulischen Abschluss einschließen,
4. berufliche Ausbildung, auch soweit die Leistungen in einem zeitlich nicht überwiegenden Abschnitt schulisch durchgeführt werden,
5. Überbrückungsgeld entsprechend § 57 SGB III,
6. sonstige Hilfen zur Förderung der Teilhabe am Arbeitsleben.

Bestandteil der Leistungen sind auch medizinische, psychologische und pädagogische Hilfen, soweit diese Leistungen im Einzelfall erforderlich sind, um die Ziele der Leistungen zur Teilhabe zu erreichen oder zu sichern und Krankheitsfolgen zu vermeiden, zu überwinden, zu mindern oder ihre Verschlimmerung zu verhüten (siehe Seite. 12) sowie die Beteiligung von Integrationsfachdiensten im Rahmen ihrer Aufgabenstellung (§ 110 SGB IX).

Zu den Leistungen gehört auch die Übernahme der erforderlichen Kosten für Unterkunft und Verpflegung bei stationärer Ausführung sowie Lehrgangskosten, Prüfungsgebühren, Lernmittel, Arbeitskleidung und Arbeitsgerät.

Leistungen nach Nr. 1 und 6 umfassen auch

- die Kraftfahrzeughilfe,
- den Ausgleich unvermeidbaren Verdienstausfalls des behinderten Menschen oder einer erforderlichen Begleitperson wegen Fahrten der An- und Abreise zu einer Bildungsmaßnahme und zur Vorstellung bei einem Arbeitgeber, einem Träger oder einer Einrichtung für behinderte Menschen,
- die Kosten einer notwendigen Arbeitsassistenz,
- die Kosten für Hilfsmittel, die wegen Art oder Schwere der Behinderung zur Berufsausübung, zur Teilnahme an einer Leistung zur Teilhabe am Arbeitsleben oder zur Erhöhung der Sicherheit auf dem Weg vom und zum Arbeitsplatz und am Arbeitsplatz erforderlich sind, es sei denn, dass eine Verpflichtung des Arbeitgebers besteht oder solche Leistungen als medizinische Leistung erbracht werden können,
- die Kosten technischer Arbeitshilfen, die wegen Art oder Schwere der Behinderung zur Berufsausübung erforderlich sind,
- die Kosten der Beschaffung, der Ausstattung und der Erhaltung einer behindertengerechten Wohnung in angemessenem Umfang.

Zur Teilhabe am Arbeitsleben können Leistungen an Arbeitgeber – gegebenenfalls unter Bedingungen und Auflagen – erbracht werden, insbesondere als

- Ausbildungszuschüsse zur betrieblichen Ausführung von Bildungsleistungen (§ 34 SGB IX i.V.m. § 236 SGB III),
- Eingliederungszuschüsse (§ 34 SGB IX i.V.m. §§ 217 ff SGB III),
- Zuschüsse für Arbeitshilfen im Betrieb (§ 34 SGB IX i.V.m. § 237 SGB III),
- teilweise oder volle Kostenerstattung für eine befristete Probebeschäftigung (§ 34 SGB IX i.V.m. § 238 SGB III).

Leistungen werden durch Berufsbildungswerke, Berufsförderungswerke und vergleichbare Einrichtungen der beruflichen Rehabilitation ausgeführt, soweit Art oder Schwere der Behinderung oder die Sicherung des Erfolges die besonderen Hilfen dieser Einrichtungen erforderlich machen (§ 35 SGB IX).

Leistungen in anerkannten Werkstätten für behinderte Menschen (§ 136 SGB IX) werden erbracht, um die Leistungs- oder Erwerbsfähigkeit der behinderten Menschen zu erhalten, zu entwickeln, zu verbessern oder wiederherzustellen und ihre Beschäftigung zu ermöglichen oder zu sichern (§ 39 SGB IX).

Leistungen im Eingangsverfahren und im Berufsbildungsbereich einer anerkannten Werkstatt für behinderte Menschen erhalten behinderte Menschen

- im Eingangsverfahren zur Feststellung, ob die Werkstatt die geeignete Einrichtung für die Teilhabe des behinderten Menschen am Arbeitsleben ist. Die Leistungen werden für drei Monate erbracht. Die Leistungsdauer kann auf bis zu vier Wochen verkürzt werden, wenn während des Eingangsverfahrens festgestellt wird, dass eine kürzere Leistungsdauer ausreichend ist;
- im Berufsbildungsbereich, wenn die Leistungen erforderlich sind, um die Leistungs- oder Erwerbsfähigkeit des behinderten Menschen soweit wie möglich zu entwickeln, zu verbessern oder wiederherzustellen und erwartet werden kann, dass der behinderte Mensch nach Teilnahme an diesen Leistungen in der Lage ist, wenigstens ein Mindestmaß wirtschaftlich verwertbarer Arbeitsleistungen zu erbringen.

Die Leistungen werden für zwei Jahre erbracht. Sie werden in der Regel für ein Jahr bewilligt und für ein weiteres Jahr, wenn die Leistungsfähigkeit des behinderten Menschen weiterentwickelt oder wiedergewonnen werden kann.

Die Leistungen im Eingangsverfahren und im Berufsbildungsbereich erbringt die Bundesagentur für Arbeit, soweit nicht ein andere Träger zuständig ist.

Die Leistungen im Arbeitsbereich erbringt der Träger der Sozialhilfe, sofern nicht ein anderer Träger zuständig ist.

Ergänzende Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben sind:

- Übergangsgeld oder Ausbildungsgeld (§ 44 SGB IX i.V.m. §§ 160 ff SGB III),
- Beiträge und Beitragszuschüsse zur Kranken-, Unfall-, Renten- und Pflegeversicherung (§ 44 SGB IX i.V.m. §§ 5, 192, 251 SGB V, §§ 20, 59 SGB XI, §§ 3, 170 SGB VI, §§ 2, 150 SGB VII),
- Reisekosten (§ 53 SGB IX i.V.m. § 109 SGB III),
- Betriebs- oder Haushaltshilfe und Kinderbetreuungskosten (§ 54 SGB IX i.V.m. § 109 SGB III).

■ **Beachte:**

Bei der Auswahl der Leistungen werden Eignung, Neigung, bisherige Tätigkeit sowie Lage und Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt angemessen berücksichtigt. Soweit erforderlich, wird die berufliche Eignung abgeklärt bzw. eine Arbeitserprobung durchgeführt.

Seit Inkrafttreten des SGB IX am 01. Juli 2001 wird Vollzeit-Übergangsgeld auch dann gezahlt, wenn der behinderte Mensch an einer Teilzeitmaßnahme teilnimmt (§ 45 Abs. 2 Nr. 3 SGB IX i.V.m. §§ 160 – 162 SGB III).

Leistungen werden für die Zeit erbracht, die vorgeschrieben oder allgemein üblich ist, um das angestrebte Teilhabeziel zu erreichen; Leistungen zur beruflichen Weiterbildung sollen in der Regel bei ganztägigem Unterricht nicht länger als zwei Jahre dauern, es sei denn, dass das Teilhabeziel nur über eine länger dauernde Leistung erreicht oder die Eingliederungsaussichten nur durch eine länger dauernde Leistung wesentlich verbessert werden kann (§ 37 SGB IX).

**Leistungen in Werkstätten für behinderte Menschen**

**Eingangsverfahren und Berufsbildungsbereich**

**Zuständigkeit für Leistungen in Werkstätten für behinderte Menschen**

**Unterhaltssichernde und ergänzende Leistungen**

## Antragstellung

## SGB II – Grundsicherung für Arbeitsuchende

### Wie ist das Verfahren geregelt?

Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben werden von den Agenturen für Arbeit grundsätzlich nur auf Antrag erbracht (§ 323 Abs. 1 SGB III). Anträge auf Leistungen sind grundsätzlich bei der zuständigen Agentur für Arbeit zu stellen. Sie können aber auch bei anderen Sozialleistungsträgern, bei Gemeinden oder bei einer Servicestelle für Rehabilitation gestellt werden.

### **Teilhabe am Arbeitsleben / berufliche Rehabilitation für Personen, die Leistungen zur Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem Sozialgesetzbuch II erhalten.**

Die Bundesagentur für Arbeit ist auch für behinderte erwerbsfähige Hilfebedürftige, die Leistungen nach dem SGB II durch die Arbeitsgemeinschaften (ARGE) erhalten, nach § 6 SGB IX Rehabilitationsträger, sofern kein anderer Rehabilitationsträger (z.B. BfA) zuständig ist.

Entsprechendes gilt auch für erwerbsfähige Hilfebedürftige, die bei zugelassenen kommunalen Trägern (zkT) Leistungen zur Grundsicherung erhalten.

Im Rahmen des Reha-Verfahrens ist dabei zwischen den Aufgaben der Reha-Trägerschaft nach § 6 SGB IX („Prozessverantwortung“ von der Zuständigkeitsklärung bis zur Feststellung des RehaBedarfs) und der gesetzlichen Leistungsverpflichtung (Übernahme der Kosten) zu unterscheiden.

Teilweise werden Leistungen direkt von den Agenturen für Arbeit erbracht, teilweise erfolgt die Leistungsausführung durch die Arbeitsgemeinschaft bzw. die zugelassenen kommunalen Träger.

Maßgeblich für die Zuordnung, ob die Agentur für Arbeit, die Arbeitsgemeinschaft (ARGE) oder der zugelassene kommunale Träger (zkT) für die konkrete Leistungsgewährung zuständig ist, ist stets der Zeitpunkt des leistungsbegründenden Ereignisses (z.B. Eintritt in die Maßnahme).

Nähere Informationen erhalten Sie bei Ihrer Beraterin/Ihrem Berater in Ihrer Agentur für Arbeit.

# Begleitende Hilfe im Arbeitsleben

## Was ist das Ziel der begleitenden Hilfe im Arbeitsleben?

Die begleitende Hilfe im Arbeitsleben hat das Ziel, die Eingliederung schwerbehinderter Menschen auf behindertengerechte Arbeitsplätze zu fördern und die Arbeitsplätze der Beschäftigten zu sichern.

Sie soll darauf hinwirken, dass die schwerbehinderten Menschen in ihrer sozialen Stellung nicht absinken, auf Arbeitsplätzen beschäftigt werden, auf denen sie ihre Fähigkeiten und Kenntnisse voll (behinderungs- und persönlichkeitsgerecht) verwerten und weiterentwickeln können, sowie durch Leistungen der Integrationsämter und der Rehabilitationsträger und Maßnahmen der Arbeitgeber befähigt werden, sich am Arbeitsplatz und im Wettbewerb mit Nichtbehinderten zu behaupten (§ 102 Abs. 2 SGB IX).

Zu diesem Zweck führen die Integrationsämter (und örtlichen Fürsorgestellen) regelmäßig oder aus Anlass des Einzelfalles Betriebsbesuche durch, um die Verhältnisse an Ort und Stelle zu überprüfen, Schwierigkeiten bei der Beschäftigung von schwerbehinderten Menschen möglichst frühzeitig zu erkennen und Lösungen anzubieten.

## Wer kann Leistungen erhalten?

Anspruchsberechtigt sind schwerbehinderte Menschen und solche Personen, die den schwerbehinderten Menschen gleichgestellt sind, sowie deren Arbeitgeber.

- Schwerbehinderte Menschen sind körperlich, geistig oder seelisch behinderte Personen mit einem Grad der Behinderung von wenigstens 50 (§ 2 Abs. 2 SGB IX).
- Den schwerbehinderten Menschen sollen Personen mit einem Grad der Behinderung von weniger als 50, aber wenigstens 30 gleichgestellt werden, wenn sie infolge ihrer Behinderung ohne die Gleichstellung einen geeigneten Arbeitsplatz nicht erlangen oder nicht behalten können (§ 2 Abs. 3 SGB IX).

## Wann besteht ein Anspruch auf begleitende Hilfe im Arbeitsleben?

Begleitende Hilfe im Arbeitsleben kann erbracht werden, wenn der behinderte Mensch zur Erlangung oder Sicherung eines angemessenen Platzes im Arbeitsleben auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt, unter Berücksichtigung von Art und Schwere der Behinderung, besonderer Unterstützung bedarf. Die begleitende Hilfe setzt nicht voraus, dass ein Rehabilitationsverfahren durchgeführt ist.

## Welche begleitenden Hilfen werden gewährt?

(§ 102 Abs. 2, 3 und 4 SGB IX in Verbindung mit der SchwerbehindertenAusgleichs-abgabeverordnung – SchwbAV –)

Hilfen an schwerbehinderte Menschen zur Eingliederung in das Arbeitsleben sowie zur Sicherung dieser Eingliederung, und zwar:

- Persönliche Hilfen  
Beratung in allen Fragen des Arbeitslebens, insbesondere bei persönlichen Schwierigkeiten, bei Arbeitsplatzproblemen, bei Umsetzungen, bei Fragen im Zusammenhang mit der Schwerbehinderteneigenschaft, bei Konflikten mit Kollegen, Vorgesetzten und dem Arbeitgeber bis hin zur psychosozialen Betreuung zur Lösung schwerwiegender Konflikte.

**Ziel der begleitenden Hilfe**

**Betriebsbesuche**

**Anspruchsberechtigte**

**Voraussetzungen**

**Arbeitnehmer**

## Arbeitgeber

### ■ Finanzielle Hilfen (Geldleistungen)

für technische Arbeitshilfen, zum Erreichen des Arbeitsplatzes, zur Gründung und Erhaltung einer selbständigen beruflichen Existenz, zur Beschaffung, Ausstattung und Erhaltung einer behindertengerechten Wohnung, zur Teilnahme an Maßnahmen zur Erhaltung und Erweiterung beruflicher Kenntnisse und Fertigkeiten, in besonderen behinderungsbedingten Lebenslagen, für eine notwendige Arbeitsassistenz.

### Unterstützung und Leistungen für den Arbeitgeber

#### ■ Beratung

bei der Auswahl des geeigneten Arbeitsplatzes für schwerbehinderte Menschen, bei der Einrichtung und Ausgestaltung von Arbeitsplätzen, bei Problemen im Zusammenhang mit der Beschäftigung von schwerbehinderten Menschen, psychosoziale Beratung zur Beseitigung von besonderen Problemen, Information über Lösungsmöglichkeiten.

#### ■ Finanzielle Hilfen

zur Schaffung neuer Arbeitsplätze, zur behinderungsgerechten Einrichtung und Gestaltung vorhandener Arbeitsplätze und Geldleistungen zur Abgeltung entstehender außergewöhnlicher Belastungen, die mit der Beschäftigung besonders betroffener schwerbehinderter Menschen verbunden sind.

## Sonstige Leistungen

Leistungen zur Unterstützung der betrieblichen Interessenvertretungen (Schwerbehindertenvertretung, Beauftragter des Arbeitgebers, Betriebs/Personalrat): Aufklärungs-, Schulungs- und Bildungsmaßnahmen, Beratungen im Einzelfall, Mithilfe bei der Lösung von Konflikten.

An Träger von Integrationsunternehmen sowie für Integrationsbetriebe und Integrationsabteilungen öffentlicher Arbeitgeber.

Geldleistungen an freie gemeinnützige Einrichtungen und Organisationen, wenn diese im Rahmen der psychosozialen Betreuung schwerbehinderter Menschen beteiligt werden, an Träger von Integrationsunternehmen sowie für Integrationsbetriebe und Integrationsabteilungen öffentlicher Arbeitgeber.

### Wie ist das Verfahren geregelt?

## Integrationsämter

Die begleitende Hilfe im Arbeitsleben obliegt den Integrationsämtern, in einigen Bundesländern (z.B. NordrheinWestfalen) sind auch die örtlichen Fürsorgestellen der Kreise oder Gemeinden beteiligt. Sie ist in enger Zusammenarbeit mit der Bundesagentur für Arbeit und den übrigen Trägern der Rehabilitation durchzuführen.

## Antragstellung

Anträge auf begleitende Hilfe im Arbeitsleben können schwerbehinderte Menschen, Arbeitgeber, Schwerbehindertenvertretungen und Betriebs/Personalräte stellen. Anträge sollten grundsätzlich an das örtlich zuständige Integrationsamt gerichtet werden.

### Weitere Hilfen nach dem Schwerbehindertenrecht (SGB IX, Teil 2)

## Kündigungsschutz

#### ■ Kündigungsschutz

Die Kündigung des Arbeitsverhältnisses eines schwerbehinderten Menschen oder eines ihm Gleichgestellten durch den Arbeitgeber bedarf regelmäßig der vorherigen Zustimmung des Integrationsamtes (Ausnahme: das Arbeitsverhältnis besteht noch keine sechs Monate). Der Arbeitgeber hat die Zustimmung zur Kündigung bei dem für den Sitz des Betriebs zuständigen Integrationsamt schriftlich zu beantragen. Das Integrationsamt ist verpflichtet, vor der Entschei-

dung über den Antrag den schwerbehinderten Menschen zu hören und eine Stellungnahme des Betriebs- oder Personalrates und der Schwerbehindertenvertretung einzuholen.

Für schwerbehinderte Menschen und die ihnen Gleichgestellten ist eine gesetzliche Mindestkündigungsfrist von vier Wochen vorgeschrieben.

■ **Zusatzurlaub**

Schwerbehinderte Menschen haben Anspruch auf einen bezahlten zusätzlichen Urlaub von einer Arbeitswoche im Urlaubsjahr.

■ **Mehrarbeit**

Schwerbehinderte Menschen werden auf Ihr Verlangen von Mehrarbeit freigestellt.

Dabei handelt es sich nicht um Überstunden, sondern was über eine werktägliche Arbeitszeit von 8 Stunden hinaus geht.

**Zusatzurlaub**

**Mehrarbeit**

# Soziale Entschädigung bei Gesundheitsschäden

## Was ist das Ziel der Leistungen zur Rehabilitation und Teilhabe bei Gesundheitsschäden nach dem Recht der sozialen Entschädigung?

### Ziel der Leistungen

Medizinische Leistungen zur Rehabilitation (Heilbehandlung) werden Beschädigten von den Versorgungsämtern und Landesversorgungsämtern erbracht, um anerkannte Gesundheitsstörungen oder die durch sie bewirkte Beeinträchtigung der Berufs- oder Erwerbsfähigkeit zu beseitigen oder zu bessern, eine Zunahme des Leidens zu verhüten, körperliche Beschwerden zu beheben, die Folgen der Schädigung (Gesundheitsstörung) zu erleichtern oder um den Beschädigten entsprechend den in § 4 Abs. 1 SGB IX genannten Zielen eine möglichst umfassende Teilhabe am Leben in der Gesellschaft zu ermöglichen. Sie werden Beschädigten, deren Minderung der Erwerbsfähigkeit (MdE) wenigstens 50 v.H. beträgt, auch für Gesundheitsstörungen erbracht, die nicht als Folge einer Schädigung anerkannt sind (§ 10 Abs. 2 BVG, sofern keine Ausschlussgründe nach § 10 Abs. 7 BVG vorliegen).

Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben werden von Hauptfürsorgestellen oder den für den Wohnsitz zuständigen örtlichen Fürsorgestellen der Kreise oder der Gemeinden erbracht, um die Folgen der erlittenen Schädigung angemessen auszugleichen oder zu mildern. Sie sollen dazu beitragen, die Erwerbsfähigkeit des Beschädigten entsprechend seiner Leistungsfähigkeit zu erhalten, zu verbessern, herzustellen oder wieder herzustellen und die Teilnahme am Arbeitsleben möglichst auf Dauer zu sichern (§ 25 Abs. 2, § 26 BVG, § 33 Abs. 1 SGB IX).

## Wer kann Leistungen zur Teilhabe unter welchen Voraussetzungen erhalten?

### Anspruchsberechtigte

- Der Schwerbeschädigte erhält für seine Angehörigen (§ 10 Abs. 4 Satz 1 Buchst. a BVG) oder der Empfänger einer Pflegezulage für seine ständige unentgeltliche Pflegeperson (§ 10 Abs. 4 Satz 1 Buchst. b BVG) Leistungen zur medizinischen Rehabilitation und Krankenbehandlung nach § 10 Abs. 4 BVG, wenn nach § 10 Abs. 7 BVG keine Ausschlussgründe vorliegen (Leistungsempfänger),
- Witwen, Waisen und versorgungsberechtigten Eltern wird medizinische Rehabilitation (Krankenbehandlung) erbracht, um Gesundheitsstörungen oder die durch sie bewirkte Beeinträchtigung der Berufs- oder Erwerbsfähigkeit zu beseitigen oder zu bessern, eine Zunahme des Leidens zu verhüten, körperliche Beschwerden zu beheben oder die Folgen der Behinderung zu erleichtern (§ 10 Abs. 4 Satz 1 BVG) und ihnen entsprechend den in § 4 Abs. 1 SGB IX genannten Zielen eine möglichst umfassende Teilhabe am Leben in der Gesellschaft zu ermöglichen (§ 10 Abs. 4 Satz 2 BVG), wenn der Anspruch auf Krankenbehandlung nicht nach § 10 Abs. 7 BVG ausgeschlossen ist,
- Deutsche, deutsche Volkszugehörige oder in deutschen Diensten Stehende bei gesundheitlichen Schäden, insbesondere durch militärische oder militärähnliche Dienstverrichtungen, durch Kriegseinwirkung, Kriegsgefangenschaft oder Internierung (§§ 1 – 8 BVG) und deren Hinterbliebene (§§ 38 ff BVG),
- Soldaten und ehemalige Soldaten der Bundeswehr bei gesundheitlichen Schädigungen in Ausübung des Wehrdienstes (Wehrdienstbeschädigung) und deren Hinterbliebene (§§ 80, 81, 82 Abs. 1 SVG),
- Zivildienstleistende (Zivildienstbeschädigung) und deren Hinterbliebene (§§ 47, 48 Abs. 1 ZDG),

- ehemals aus politischen Gründen in den Ostgebieten inhaftierte deutsche Staatsangehörige und Personen deutscher Volkszugehörigkeit, deren Angehörige und deren Hinterbliebene (§ 1 Abs. 2 Nr. 3 BVFG, § 1 HHG),
- Impfgeschädigte und deren Hinterbliebene (§ 60 IfSG),
- Personen, die in der Bundesrepublik Deutschland, auf einem deutschen Schiff oder Luftfahrzeug infolge eines vorsätzlichen, rechtswidrigen tätlichen Angriffs eine gesundheitliche Schädigung erlitten haben oder die Hinterbliebenen eines Geschädigten. Ausländer haben nach besonderen Vorschriften Anspruch auf Entschädigung (§ 1 OEG).

### Welche Leistungen zur Teilhabe werden erbracht?

- Leistungen zur medizinischen Rehabilitation (§§ 11, 12, 13 BVG)

Die Heil- und Krankenbehandlung umfasst:

- ambulante ärztliche und zahnärztliche Behandlung,
- Versorgung mit Arznei und Verbandmitteln,
- Versorgung mit Heilmitteln einschließlich Brillen und Kontaktlinsen, Krankengymnastik, Bewegungstherapie, Sprachtherapie und Beschäftigungstherapie,
- Versorgung mit Zahnersatz (bei Krankenbehandlung Zuschüsse),
- stationäre Behandlung in einem Krankenhaus (Krankenhausbehandlung),
- stationäre Behandlung in einer Rehabilitationseinrichtung,
- häusliche Krankenpflege,
- Ausstattung mit Körperersatzstücken, orthopädischen und anderen Hilfsmitteln, Blindenführhunde sowie die Ausbildung im Gebrauch von Hilfsmitteln (§ 11 Abs. 1 Satz 1 Nr. 8, § 13 BVG und Orthopädieverordnung),
- Psychotherapie als ärztliche und psychotherapeutische Behandlung und Soziotherapie (§ 11 Abs. 1 Satz 1 Nr. 11 BVG),
- Ersatzleistungen als Ergänzung zur orthopädischen Versorgung, nicht bei Krankenbehandlung (§ 11 Abs. 3 BVG i.V.m. Orthopädieverordnung),
- Belastungserprobung und Arbeitstherapie,
- nichtärztliche sozialpädiatrische Leistungen,
- stationäre Behandlung in einer Kureinrichtung – Badekuren – nur für Beschädigte (§ 11 Abs. 2 BVG) und Ehegatten, Eltern und unentgeltliche Pflegepersonen von Pflegezulageempfängern (§ 12 Abs. 3 BVG),
- ambulante und stationäre Vorsorge und Rehabilitationskuren für Krankenbehandlungsbedürftige (§ 12 Abs. 1, 4 BVG),
- heilpädagogische Behandlung und heilgymnastische Übungen für Impfgeschädigte (§ 62 IfSG).

- **Beachte:**

Die bei einer Krankenkasse versicherten Personen erhalten die Leistungen zur medizinischen Rehabilitation im allgemeinen von ihrer Krankenkasse. Ausnahmen bestehen z.B. bei Zahnersatz, Hilfsmitteln, Badekuren.

### Leistungen zur medizinischen Rehabilitation

## Ergänzende Leistungen

## Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben

## Antragstellung

- Ergänzende Leistungen zur medizinischen Rehabilitation
  - Versorgungskrankengeld (§§ 16 – 16 h BVG),
  - Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung und zur Arbeitsförderung (§ 22 BVG),
  - Reisekosten, auch für Familienheimfahrten und Kosten für eine wegen der Verletzung erforderliche Begleitperson sowie des erforderlichen Gepäcktransports, ebenfalls bei Krankenbehandlung (§ 24 BVG),
  - Versehrtenleibesübungen als Gruppenbehandlung unter ärztlicher Überwachung (§ 11 a BVG),
  - Haushaltshilfe und Leistungen bei Schwerpflegebedürftigkeit, auch bei Krankenbehandlung (§ 11 Abs. 4, § 12 Abs. 5 BVG),
  - finanzielle Hilfe für Blinde zum Unterhalt eines Führhundes oder als Beihilfe zu den Aufwendungen für fremde Führung (§ 14 BVG),
  - Pauschbetrag für außergewöhnlichen Verschleiß an Kleidung und Wäsche (§ 15 BVG, Durchführungsverordnung zu § 15 BVG),
  - Beihilfe bei Heilbehandlung wegen erheblicher Beeinträchtigung der Erwerbsgrundlage (§ 17 BVG).
- Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben (§ 26 BVG)

Beschädigte erhalten Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben:

  - nach den §§ 33 bis 38 SGB IX sowie im Eingangsverfahren und im Berufsbildungsbereich der Werkstätten für behinderte Menschen (§ 40 SGB IX),
  - bei Unterbringung in einer Einrichtung der beruflichen Rehabilitation. Die dort entstehenden Aufwendungen werden vom Träger der Kriegsopferfürsorge als Sachleistungen getragen,
  - als Hilfen zur Gründung und Erhalten einer selbstständigen Existenz.
- Ergänzende Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben
  - Übergangsgeld und Unterhaltsbeihilfe (§ 26 a BVG),
  - Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung,
  - Haushaltshilfe (§ 54 SGB IX),
  - sonstige Leistungen, um das Ziel der Rehabilitation zu erreichen oder zu sichern,
  - Reisekosten (§ 53 SGB IX).

### Wie ist das Verfahren geregelt?

#### *Bei Leistungen zur medizinischen Rehabilitation:*

Anträge sind an die Krankenkasse, an das für den Wohnsitz des Antragstellers zuständige Amt für Versorgung und Soziales (Versorgungsamt), an das Landesversorgungsamt oder an die Orthopädische Versorgungsstelle zu richten. Sie können aber auch bei anderen Sozialleistungsträgern, bei Gemeinden oder bei einer Servicestelle für Rehabilitation gestellt werden.

#### *Bei Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben:*

Anträge auf Leistungen sind grundsätzlich an die für den Wohnsitz zuständige örtliche Fürsorgestelle des Kreises, der Gemeinde oder an die Hauptfürsorgestelle zu richten. Sie können aber auch bei anderen Sozialleistungsträgern, bei Gemeinden oder bei einer Servicestelle für Rehabilitation gestellt werden.

# Sozialhilfe

Mit Inkrafttreten des SGB IX sind die Träger der Sozialhilfe in den Kreis der Rehabilitationsträger einbezogen. Im Rahmen ihrer Zuständigkeit erbringen sie

- Leistungen zur medizinischen Rehabilitation (§ 26 SGB IX),
- Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben (§ 33 SGB IX),
- Leistungen im Arbeitsbereich einer anerkannten Werkstatt für behinderte Menschen (§ 41 SGB IX),
- Leistungen zur Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft (§ 55 SGB IX).

Darüber hinaus erbringen die Sozialhilfeträger weitere Leistungen im Rahmen der Eingliederungshilfe für behinderte Menschen nach dem Sozialgesetzbuch (SGB) Zwölftes Buch (XII) – Sozialhilfe. Teilhabeleistungen nach dem SGB IX sind Teil der Leistungen der Eingliederungshilfe nach § 54 SGB XII.

Für die Leistungen zur Teilhabe gelten die Vorschriften des SGB IX soweit sich aus dem SGB XII und den auf Grund dieses Buches erlassenen Rechtsverordnungen (z. B. die Eingliederungshilfeverordnung nach § 60 SGB XII) nichts Abweichendes ergibt. Die Zuständigkeit und die Voraussetzungen für diese Leistungen zur Teilhabe richten sich nach dem SGB XII (§ 53 Abs. 4).

## Was ist das Ziel der Leistungen zur Teilhabe/Eingliederungshilfe durch die Sozialhilfe?

Besondere Aufgabe der Eingliederungshilfe ist es, eine drohende Behinderung zu verhüten oder eine Behinderung oder deren Folgen zu beseitigen oder zu mildern und die behinderten Menschen in die Gesellschaft einzugliedern. Hierzu gehört insbesondere, den behinderten Menschen die Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft zu ermöglichen oder zu erleichtern, ihnen die Ausübung eines angemessenen Berufs oder einer sonstigen angemessenen Tätigkeit zu ermöglichen oder sie soweit wie möglich unabhängig von Pflege zu machen (§ 53 Abs. 3 SGB XII).

## Wer kann Leistungen zur Teilhabe/Eingliederungshilfe erhalten?

Personen, die durch eine Behinderung im Sinne von § 2 Abs. 1 Satz 1 SGB IX wesentlich in ihrer Fähigkeit, an der Gesellschaft teilzuhaben, eingeschränkt oder von einer solchen wesentlichen Behinderung bedroht sind, erhalten Leistungen der Eingliederungshilfe, wenn und solange nach der Besonderheit des Einzelfalles, insbesondere nach Art oder Schwere der Behinderung, Aussicht besteht, dass die Aufgabe der Eingliederungshilfe erfüllt werden kann. Personen mit einer anderen körperlichen, geistigen oder seelischen Behinderung können Teilhabeleistungen/Eingliederungshilfe erhalten (§ 53 Abs. 1 SGB XII).

Von einer Behinderung bedroht sind Personen, bei denen der Eintritt der Behinderung nach fachlicher Erkenntnis mit hoher Wahrscheinlichkeit zu erwarten ist. Dies gilt für Personen, für die vorbeugende Gesundheitshilfe und Hilfe bei Krankheit nach den §§ 47 und 48 erforderlich ist, nur, wenn auch bei Durchführung dieser Leistungen eine Behinderung einzutreten droht (§ 53 Abs. 2 SGB XII).

## Sozialhilfeträger als Rehabilitationsträger

### Ziel der Leistungen

### Anspruchsberechtigte

## Teilhabeleistungen der Eingliederungshilfe nach dem SGB IX

### Sonstige Hilfsmittel und Hilfen

### Heilpädagogische Leistungen

### Praktische Kenntnisse und Fähigkeiten

### Verständigung mit der Umwelt

### Anpassung der Wohnung

### Betreute Wohnmöglichkeiten

### Gesellschaftliches/kulturelles Leben

## Welche Leistungen zur Teilhabe/Eingliederungshilfe werden erbracht?

*Teilhabeleistungen der Eingliederungshilfe, die nach § 54 Abs. 1 SGB XII erbracht werden und in das SGB IX aufgenommen sind:*

- Leistungen zur medizinischen Rehabilitation nach § 26 Abs. 2 und 3 SGB IX,
- Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben nach § 33 SGB IX,
- Leistungen in anerkannten Werkstätten für behinderte Menschen nach § 41 SGB IX. Behinderte Menschen, die die Voraussetzungen für eine Beschäftigung in einer Werkstatt nicht erfüllen, sollen in Einrichtungen oder Gruppen betreut und gefördert werden, die der Werkstatt angegliedert sind (§ 136 Abs. 3 SGB IX).

#### ■ **Beachte:**

Die Leistungen zur medizinischen Rehabilitation und zur Teilhabe am Arbeitsleben entsprechen jeweils den Rehabilitationsleistungen der gesetzlichen Krankenversicherung oder der Bundesagentur für Arbeit. Bestehen also Ansprüche auf Leistungen gegen diese vorrangigen Leistungsträger, kommen Leistungen nach dem SGB XII nicht in Betracht.

- Leistungen zur Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft nach § 55 SGB IX i.V.m. § 54 Abs. 1 SGB XII. Hierzu zählen:

- Versorgung mit anderen als den in § 31 SGB IX genannten Hilfsmitteln oder den in § 33 SGB IX genannten Hilfen,
- heilpädagogische Leistungen für Kinder, die noch nicht eingeschult sind. Heilpädagogische Leistungen nach § 55 Abs. 2 Nr. 2 SGB IX werden erbracht, wenn nach fachlicher Erkenntnis zu erwarten ist, dass hierdurch eine drohende Behinderung abgewendet oder der fortschreitende Verlauf einer Behinderung verlangsamt oder die Folgen einer Behinderung beseitigt oder gemildert werden können. Sie werden immer an schwerstbehinderte und schwerstmehrfachbehinderte Kinder, die noch nicht eingeschult sind, erbracht.

In Verbindung mit Leistungen der Früherkennung und Frühförderung (§ 30 SGB IX) und schulvorbereitenden Maßnahmen der Schulträger werden heilpädagogische Leistungen als Komplexleistung erbracht (§ 56 SGB IX).

- Hilfen zum Erwerb praktischer Kenntnisse und Fähigkeiten, die erforderlich und geeignet sind, behinderte Menschen die für sie erreichbare Teilnahme am Leben in der Gemeinschaft zu ermöglichen,
- Hilfen zur Förderung der Verständigung mit der Umwelt.

Bedürfen hörbehinderte Menschen oder behinderte Menschen mit besonders starker Beeinträchtigung der Sprachfähigkeit auf Grund ihrer Behinderung zur Verständigung mit der Umwelt aus besonderem Anlass der Hilfe Anderer, werden ihnen die erforderlichen Hilfen zur Verfügung gestellt oder angemessene Aufwendungen hierfür erstattet (§ 57 SGB IX),

- Hilfen bei der Beschaffung, Ausstattung und Erhaltung einer Wohnung, die den besonderen Bedürfnissen der behinderten Menschen entspricht,
- Hilfen zu selbstbestimmtem Leben in betreuten Wohnmöglichkeiten,
- Hilfen zur Teilhabe am gemeinschaftlichen und kulturellen Leben. Diese umfassen vor allem:
  1. Hilfen zur Förderung der Begegnung und des Umgangs mit nichtbehinderten Menschen,
  2. Hilfen zum Besuch von Veranstaltungen oder Einrichtungen, die der Geselligkeit, der Unterhaltung oder kulturellen Zwecken dienen,

3. die Bereitstellung von Hilfsmitteln, die der Unterrichtung über das Zeitgeschehen oder über kulturelle Ereignisse dienen, wenn wegen Art oder Schwere der Behinderung anders eine Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft nicht oder nur unzureichend möglich ist (§ 58 SGB IX).

*Teilhabeleistungen der Eingliederungshilfe, die nach dem SGB XII erbracht werden und nicht in das SGB IX aufgenommen worden sind:*

- Hilfen zu einer angemessenen Schulbildung, insbesondere im Rahmen der allgemeinen Schulpflicht und zum Besuch weiterführender Schulen einschließlich der Vorbereitung hierzu; die Bestimmungen über die Ermöglichung der Schulbildung im Rahmen der allgemeinen Schulpflicht bleiben unberührt (§ 54 Abs. 1 Nr. 1 SGB XII, § 12 Eingliederungshilfeverordnung).
- Hilfe zur schulischen Ausbildung für einen angemessenen Beruf einschließlich des Besuchs einer Hochschule (§ 54 Abs. 1 Nr. 2 SGB XII). Die Hilfe wird gewährt, wenn
  - zu erwarten ist, dass das Ziel der Ausbildung oder der Vorbereitungsmaßnahmen erreicht wird,
  - der beabsichtigte Ausbildungsweg erforderlich ist,
  - der Beruf oder die Tätigkeit voraussichtlich eine ausreichende Lebensgrundlage bieten oder, falls dies wegen Art oder Schwere der Behinderung nicht möglich ist, zur Lebensgrundlage in angemessenem Umfang beitragen wird (§ 13 Abs. 2 Eingliederungshilfeverordnung).
- Hilfe zur Ausbildung für eine sonstige angemessene Tätigkeit (§ 54 Abs. 1 Nr. 3 SGB XII) wird insbesondere gewährt, wenn die Ausbildung für einen Beruf aus besonderen Gründen, vor allem wegen Art und Schwere der Behinderung, unterbleibt. § 13 Abs. 2 Eingliederungshilfeverordnung gilt entsprechend (§ 13 a Eingliederungshilfeverordnung).
- Hilfe in sonstigen Beschäftigungsstätten nach § 56 SGB XII, die anerkannten Werkstätten für behinderte Menschen nach § 41 SGB IX vergleichbar sind, kann geleistet werden (§ 54 Abs. 1 Nr. 4 SGB XII).
- Nachgehende Hilfe zur Sicherung der Wirksamkeit der ärztlichen und ärztlich verordneten Leistungen und zur Sicherung der Teilhabe der behinderten Menschen am Arbeitsleben (§ 54 Abs. 1 Nr. 5 SGB XII). Hierzu gehören auch die Hilfe zur Beschaffung von Gegenständen sowie andere Leistungen, wenn sie wegen der Behinderung zur Aufnahme oder Fortsetzung einer angemessenen Beschäftigung im Arbeitsleben erforderlich sind. Die Hilfe kann auch als Darlehen gewährt werden (§ 17 Abs. 1 Eingliederungshilfeverordnung).

Erhalten behinderte oder von Behinderung bedrohte Menschen in einer stationären Einrichtung Leistungen der Eingliederungshilfe, können ihnen oder ihren Angehörigen zum gegenseitigen Besuch Beihilfen geleistet werden, soweit es im Einzelfall erforderlich ist (§ 54 Abs. 2 SGB XII).

Die Leistungen der Eingliederungshilfe sind in den §§ 54-57 SGB XII nicht abschließend geregelt, wie sich aus dem Wort "insbesondere" im Leistungskatalog des § 54 Abs. 1 SGB XII ergibt. Nähere Bestimmungen über die Abgrenzung des leistungsberechtigten Personenkreises sowie über Art und Umfang der Leistungen enthält die Verordnung nach § 60 SGB XII (Eingliederungshilfe VO – EHVO).

In der Eingliederungshilfeverordnung werden nachfolgende Leistungen aufgeführt:

- Ärztlich verordneter Rehabilitationssport in Gruppen unter ärztlicher Betreuung und Überwachung (§ 6 Eingliederungshilfeverordnung),
- Hilfe zur Beschaffung eines Kraftfahrzeuges als Leistung zur Teilhabe am Arbeitsleben und zur Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft (§ 8 Eingliederungshilfeverordnung),

**Teilhabeleistungen der Eingliederungshilfe nach dem SGB XII Schulbildung**

**Schulische Ausbildung für einen Beruf**

**Sonstige Ausbildungshilfen**

**Hilfe in sonstigen Beschäftigungsstätten**

**Nachgehende Hilfe**

**Beihilfen**

**Eingliederungshilfe-Verordnung**

## Pflegeleistungen in vollstationären Einrichtungen der Behindertenhilfe

- Andere Hilfsmittel, die dazu bestimmt sind, zum Ausgleich der durch die Behinderung bedingten Mängel beizutragen (§ 9 Eingliederungshilfeverordnung),
- Umfang der Versorgung mit Körperersatzstücken, orthopädischen und anderen Hilfsmitteln (§ 10 Eingliederungshilfeverordnung),
- Schulbildung (§ 12 Eingliederungshilfeverordnung),
- Schulische Ausbildung für einen Beruf (§ 13 Eingliederungshilfeverordnung),
- Ausbildung für eine sonstige angemessene Tätigkeit (§ 13a Eingliederungshilfeverordnung),
- Allgemeine Ausbildung (§ 16 Eingliederungshilfeverordnung),
- Eingliederung in das Arbeitsleben (§ 17 Eingliederungshilfeverordnung),
- Anleitung von Betreuungspersonen (§ 20 Eingliederungshilfeverordnung),
- Kosten der Begleitperson (§ 22 Eingliederungshilfeverordnung),
- Eingliederungsmaßnahmen im Ausland (§ 23 Eingliederungshilfeverordnung).

### ■ **Beachte:**

Sonderregelung für behinderte Menschen in Einrichtungen

Werden Leistungen der Eingliederungshilfe für behinderte Menschen in einer vollstationären Einrichtung der Hilfe für behinderte Menschen im Sinne des § 43 a SGB XI erbracht, umfasst die Leistung auch die Pflegeleistungen in der Einrichtung. Stellt der Träger der Einrichtung fest, dass der behinderte Mensch so pflegebedürftig ist, dass die Pflege in der Einrichtung nicht sichergestellt werden kann, vereinbaren der Träger der Sozialhilfe und die zuständige Pflegekasse mit dem Einrichtungsträger, dass die Leistung in einer anderen Einrichtung erbracht wird; dabei ist angemessenen Wünschen des behinderten Menschen Rechnung zu tragen (§ 55 SGB XII).

## Persönliches Budget

Leistungsberechtigte nach § 53 SGB XII können auf Antrag Leistungen der Eingliederungshilfe auch als Teil eines trägerübergreifenden Persönlichen Budgets erhalten. § 17 Abs. 2 SGB IX in Verbindung mit der Budgetverordnung und § 159 SGB IX sind insofern anzuwenden (§ 57 SGB XII).

### **Unter welchen gesetzlichen Voraussetzungen können Teilhabeleistungen/Eingliederungshilfe der Sozialhilfe erbracht werden?**

## Nachrang der Leistungen

Sozialhilfe erhält nicht, wer sich vor allem durch Einsatz seiner Arbeitskraft, seines Einkommens und seines Vermögens selbst helfen kann oder wer die erforderliche Leistung von anderen, insbesondere von Angehörigen oder von Trägern anderer Sozialleistungen, erhält (§ 2 Abs. 1 SGB XII).

Verpflichtungen anderer, insbesondere Unterhaltspflichtiger oder der Träger anderer Sozialleistungen, bleiben unberührt. Auf Rechtsvorschriften beruhende Leistungen anderer dürfen nicht deshalb versagt werden, weil nach dem Recht der Sozialhilfe entsprechende Leistungen vorgesehen sind (§ 2 Abs. 2 SGB XII).

Die Leistungen zur Teilhabe/Eingliederungshilfe nach dem SGB XII für junge Menschen, die körperlich oder geistig behindert oder von einer solchen Behinderung bedroht sind, gehen jedoch Leistungen zur Teilhabe/Eingliederungshilfe nach dem SGB VIII – Kinder und Jugendhilfe – vor (§ 10 Abs. 2 SGB VIII). Das bedeutet zugleich, dass Leistungen zur Teilhabe/Eingliederungshilfe für seelisch behinderte oder von einer seelischen Behinderung bedrohte Kinder und Jugendliche von den Trägern der öffentlichen Jugendhilfe zu erbringen sind (siehe nächstes Kapitel).

Leistungen der Sozialhilfe werden nur im Rahmen der Vorschriften über den Einsatz von Einkommen und Vermögen des elften Kapitels (§§ 82 – 96 SGB XII) erbracht; jedoch ist dieser Grundsatz durch die Sonderregelung des § 92 Abs. 2 SGB XII für Leistungen der Eingliederungshilfe weitgehend aufgehoben. Eine Bedürftigkeitsprüfung findet in diesen Fällen für die in § 19 Abs. 3 SGB XII genannten Personen nicht statt. Diesen ist danach die Aufbringung der Mittel nur für die Kosten des Lebensunterhalts zuzumuten, und zwar

- in Höhe der ersparten Aufwendungen für den häuslichen Lebensunterhalt: Eingeschränkte Bedürftigkeitsprüfung
  - bei heilpädagogischen Maßnahmen für Kinder, die noch nicht eingeschult sind,
  - bei der Hilfe zu einer angemessenen Schulbildung einschließlich der Vorbereitung hierzu,
  - bei der Hilfe, die dem behinderten noch nicht eingeschulten Menschen die für ihn erreichbare Teilnahme am Leben in der Gemeinschaft ermöglichen soll,
  - bei der Hilfe zur schulischen Ausbildung für einen angemessenen Beruf oder zur Ausbildung für eine sonstige angemessene Tätigkeit, wenn die hierzu erforderlichen Leistungen in besonderen Einrichtungen für behinderte Menschen erbracht werden,
  - bei Leistungen zur medizinischen Rehabilitation (§ 26 SGB IX),
  - bei Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben (§ 33 SGB IX),
- in Höhe des in der Einrichtung gewährten Lebensunterhalts (Mittagessen):
  - bei Leistungen in anerkannten Werkstätten für behinderte Menschen nach § 41 SGB IX oder in vergleichbaren sonstigen Beschäftigungsstätten (§ 56 SGB XII),
  - bei Hilfen zum Erwerb praktischer Kenntnisse und Fähigkeiten, die erforderlich und geeignet sind, behinderten Menschen die für sie erreichbare Teilhabe am Arbeitsleben zu ermöglichen, soweit diese Hilfen in besonderen teilstationären Einrichtungen (i.d.R. Förder und Betreuungsstätten) für behinderte Menschen erbracht werden.

Die Aufbringung der Mittel nach § 92 Abs. 2 Satz 1 Nr. 7 und 8 (also für das Mittagessen) ist aus dem Einkommen nicht zumutbar, wenn das Einkommen des behinderten Menschen insgesamt einen Betrag in Höhe des zweifachen Eckregelsatzes nach § 28 Abs. 1 SGB II nicht übersteigt.

■ **Beachte:**

Der Anspruch einer volljährigen unterhaltsberechtigten Person, die behindert im Sinne von § 53 SGB XII oder pflegebedürftig im Sinne von § 61 SGB XII ist, gegenüber ihren Eltern wegen Leistungen nach dem Sechsten oder Siebten Kapitel (Eingliederungshilfe für behinderte Menschen und Hilfe zur Pflege) geht nur in Höhe von bis zu 26 Euro, wegen Leistungen nach dem Dritten Kapitel (Hilfe zum Lebensunterhalt) nur in Höhe von bis zu 20 Euro monatlich über. Daraus ergibt sich eine maximale Unterhaltsbelastung von 46 Euro für Eltern von volljährigen Kindern. Die genannten Beträge verändern sich zum gleichen Zeitpunkt und um denselben Vomhundertsatz, um den sich das Kindergeld verändert (§ 94 Abs. 2 SGB XII).

Ansprüche gegen Unterhaltspflichtige gehen nicht über, soweit die unterhaltspflichtige Person Leistungsberechtigte nach dem Dritten Kapitel (Leistungen zum Lebensunterhalt) ist oder bei Erfüllung des Anspruchs würde oder der Übergang des Anspruchs eine unbillige Härte bedeuten würde (§ 94 Abs. 3 SGB XII).

## Hilfe zur Pflege

### Weitere Leistungen im Rahmen der Sozialhilfe

#### ■ Hilfe zur Pflege

Personen, die wegen einer körperlichen, geistigen oder seelischen Krankheit oder Behinderung für die gewöhnlichen und regelmäßig wiederkehrenden Verrichtungen im Ablauf des täglichen Lebens (Körperpflege, Ernährung, Mobilität und hauswirtschaftliche Versorgung) auf Dauer, voraussichtlich für mindestens sechs Monate, in erheblichem oder höherem Maße der Hilfe bedürfen, ist Hilfe zur Pflege zu leisten (§ 61 Abs. 1 Satz 1 SGB XII).

Die Hilfe zur Pflege umfasst häusliche Pflege, Hilfsmittel, teilstationäre Pflege, Kurzzeitpflege und vollstationäre Pflege. Der Inhalt der Hilfen bestimmt sich nach den Regelungen der Pflegeversicherung für die in § 28 Abs. 1 Nr. 1, 5 bis 8 des SGB XI aufgeführten Leistungen, § 28 Abs. 4 SGB XI gilt entsprechend. Die Hilfe zur Pflege kann auf Antrag auch als Teil eines trägerübergreifenden Persönlichen Budgets erbracht werden (§ 61 Abs. 2 SGB XII).

Der Wortlaut des § 61 Abs. 1 Satz 1 SGB XII ist hinsichtlich des Personenkreises identisch mit dem des § 14 Abs. 1 SGB XI. Zudem besteht nach § 62 SGB XII eine Bindung des Sozialhilfeträgers an die Entscheidung der Pflegekasse über das Ausmaß der Pflegebedürftigkeit.

Der Sozialhilfeträger hat jedoch Leistungen der Hilfe zur Pflege nach dem SGB XII für die pflegebedürftigen Personen zu erbringen, die keinen Anspruch auf Leistungen nach dem SGB XI haben (z.B. Pflegebedürftigkeit unterhalb Pflegestufe I), bei denen die Leistungen der Pflegeversicherung im Einzelfall den nachgewiesenen Bedarf nicht abdecken oder die der Hilfe für andere Verrichtungen als nach § 61 Abs. 5 SGB XII bedürfen (§ 61 Abs. 1 Satz 2 SGB XII).

## Blindenhilfe

#### ■ Blindenhilfe

Blinden Menschen wird zum Ausgleich der durch die Blindheit bedingten Mehraufwendungen Blindenhilfe nach den Grundsätzen der Nachrangigkeit (Einsatz von Vermögen und Einkommen, Vorrang anderer Sozialleistungsträger) gewährt (§ 72 Abs. 1 SGB XII).

Allerdings ist zu beachten, dass gleichartige Leistungen nach den Landesblindengesetzen der Länder Vorrang haben vor Blindenhilfe nach dem SGB XII. Diese Landesgesetze sehen teilweise höhere Leistungen und höhere Einkommens- und Vermögensgrenzen vor, oder die Leistungen werden ohne Einsatz von Einkommen und Vermögen erbracht.

## Verfahren

### Wie ist das Verfahren geregelt?

Für die Gewährung von Sozialhilfe ist kein Antrag erforderlich. Die Sozialhilfe, mit Ausnahme der Leistungen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung, setzt ein, sobald dem Träger der Sozialhilfe oder den von ihm beauftragten Stellen bekannt wird, dass die Voraussetzungen für die Leistung vorliegen (§ 18 Abs. 1 SGB XII).

In der Regel wird dem Sozialamt die Hilfebedürftigkeit jedoch durch einen schriftlichen oder mündlichen Antrag des Hilfesuchenden oder eines Angehörigen bekannt. Ein solcher Antrag ist an keine Voraussetzungen gebunden.

Ein Antrag kann beim Sozialamt, aber auch bei anderen Sozialleistungsträgern, bei Gemeinden oder bei einer Servicestelle für Rehabilitation gestellt werden.

# Öffentliche Jugendhilfe

Mit Inkrafttreten des SGB IX sind die Träger der öffentlichen Jugendhilfe in den Kreis der Rehabilitationsträger einbezogen (§ 6 Abs.1 SGB IX).

Sie erbringen Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche nach den Bestimmungen des SGB VIII – Kinder und Jugendhilfe (§ 35a SGB VIII).

## Was ist das Ziel der Leistungen zur Teilhabe/Eingliederungshilfe der öffentlichen Jugendhilfe?

Aufgabe der Leistungen zur Teilhabe/Eingliederungshilfe der Träger der öffentlichen Jugendhilfe ist es, entsprechend der Eingliederungshilfe nach dem SGB XII eine drohende seelische Behinderung zu verhüten oder eine seelische Behinderung oder deren Folgen zu beseitigen oder zu mildern und den seelisch behinderten Kindern und Jugendlichen die Teilhabe am Leben in der Gesellschaft zu ermöglichen.

Aufgabe und Ziel der Hilfe, die Bestimmung des Personenkreises sowie die Art der Leistungen richten sich nach § 53 Abs. 3 und 4 Satz 1 und den §§ 54, 56 und 57 SGB XII, soweit diese Bestimmungen auch auf seelisch behinderte oder von einer solchen Behinderung bedrohte Personen Anwendung finden (§ 35 a Abs. 3 SGB VIII).

In Abweichung von § 53 Abs. 1 SGB XII ist nach dem Gesetzeswortlaut des SGB VIII eine „wesentliche“ Beeinträchtigung der Teilhabe nicht erforderlich. Allerdings genügen nicht schon geringfügige Einschränkungen, sondern erforderlich ist vielmehr eine nachhaltige Beeinträchtigung der sozialen Funktionstüchtigkeit, um Leistungen der Eingliederungshilfe zu beanspruchen.

## Wer kann Leistungen zur Teilhabe/Eingliederungshilfe erhalten?

Kinder oder Jugendliche haben einen Anspruch auf Leistungen zur Teilhaber/Eingliederungshilfe, wenn

- ihre seelische Gesundheit mit hoher Wahrscheinlichkeit länger als sechs Monate von dem für ihr Lebensalter typischen Zustand abweicht und
- daher ihre Teilhabe am Leben in der Gesellschaft beeinträchtigt ist oder eine solche Beeinträchtigung zu erwarten ist.

Von einer seelischen Behinderung bedroht im Sinne dieses Buches sind Kinder oder Jugendliche, bei denen eine Beeinträchtigung ihrer Teilhabe am Leben in der Gesellschaft nach fachlicher Erkenntnis mit hoher Wahrscheinlichkeit zu erwarten ist (§ 35 a Abs. 1 SGB VIII).

Hinsichtlich der Abweichung der seelischen Gesundheit hat der Träger der öffentlichen Jugendhilfe die Stellungnahme

1. eines Arztes für Kinder- und Jugendpsychiatrie und –psychotherapie,
2. eines Kinder- und Jugendpsychotherapeuten oder
3. eines Arztes oder eines psychologischen Psychotherapeuten, der über besondere Erfahrungen auf dem Gebiet seelischer Störungen bei Kindern und Jugendlichen verfügt, einzuholen (§ 35a Abs. 1a SGB VIII).

Die Hilfe soll nicht von der Person oder dem Dienst oder der Einrichtung, der die Person angehört, die die Stellungnahme abgibt, erbracht werden. Verpflichtungen anderer, insbesondere der Träger anderer Sozialleistungen und der Schulen, werden

**Träger der öffentlichen Jugendhilfe als Rehabilitationsträger**

**Ziel der Leistungen**

**Anspruchsberechtigte**

## Teilhabeleistungen/ Eingliederungshilfe

durch das SGB VIII nicht berührt. Auf Rechtsvorschriften beruhende Leistungen anderer dürfen nicht deshalb versagt werden, weil nach SGB VIII entsprechende Leistungen vorgesehen sind (§ 10 Abs. 1 SGB VIII).

Die Leistungen zur Teilhabe/Eingliederungshilfe nach dem SGB VIII für seelisch behinderte oder von einer seelischen Behinderung bedrohten Kinder und Jugendliche gehen Leistungen nach dem SGB XII vor. Maßnahmen der Eingliederungshilfe nach dem SGB XII für junge Menschen, die körperlich oder geistig behindert sind oder von einer solchen Behinderung bedroht sind, gehen Leistungen nach dem SGB VIII vor. Landesrecht kann regeln, dass Maßnahmen der Frühförderung für Kinder unabhängig von der Art der Behinderung vorrangig von anderen Leistungsträgern gewährt werden (§ 10 Abs. 4 SGB VIII).

### Welche Leistungen zur Teilhabe/Eingliederungshilfe werden erbracht?

Die Träger der öffentlichen Jugendhilfe erbringen Leistungen der Eingliederungshilfe nach § 54 SGB XII. Sie umfassen Leistungen zur medizinischen Rehabilitation, zur Teilhabe am Arbeitsleben, zur Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft sowie weitere Leistungen der Eingliederungshilfe, soweit sie auf seelisch behinderte oder von einer solchen Behinderung bedrohte Kinder und Jugendliche Anwendung finden (Siehe Seite 54 ff.).

Die Hilfe wird nach dem Bedarf im Einzelfall

- in ambulanter Form,
- in Tageseinrichtungen für Kinder oder in anderen teilstationären Einrichtungen,
- durch geeignete Pflegepersonen und
- in Einrichtungen über Tag und Nacht sowie sonstigen Wohnformen geleistet (§ 35 a Abs. 2 SGB VIII).

## Heranziehung zu den Kosten

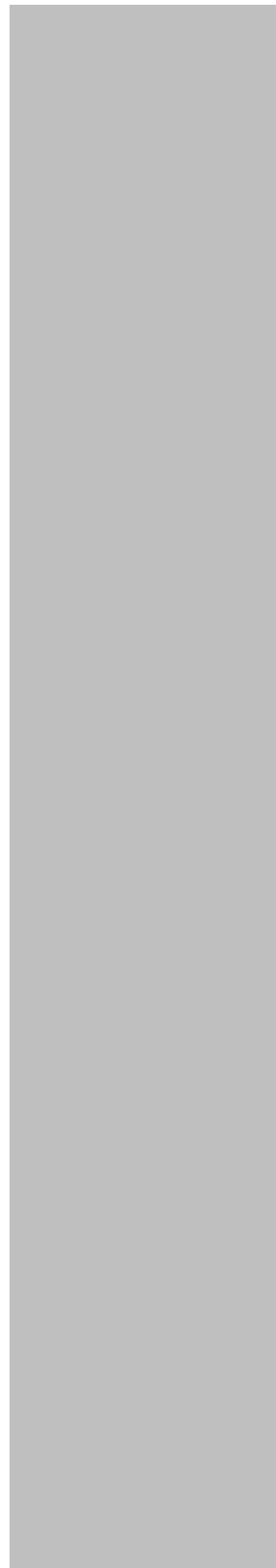
Das Kind oder der Jugendliche und dessen Eltern werden zu den Kosten der Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche in Tageseinrichtungen und anderen teilstationären Einrichtungen, in Einrichtungen über Tag und Nacht, sonstigen Wohnformen und durch geeignete Pflegepersonen herangezogen (§ 91 Abs. 1 Nr. 6 SGB VIII). Im Verhältnis zu der Vorschrift des § 92 Abs. 2 SGB XII, die bei der Eingliederungshilfe die Kostenheranziehung auf die häusliche Ersparnis begrenzt, führt die Kostenregelung des SGB VIII teilweise für die Kostenpflichtigen zu einer stärkeren Belastung.

## Verfahren

### Wie ist das Verfahren geregelt?

Leistungen der öffentlichen Jugendhilfe setzen ein, wenn den zuständigen Trägern der Jugendhilfe die Leistungsvoraussetzungen bekannt werden, der Bedarf von Amts wegen festgestellt worden ist und die eindeutige Willensbekundung des Personensorgeberechtigten vorliegt.

## **6** Anhang



# Abkürzungsverzeichnis

## Abkürzungen

ALG	Gesetz über die Alterssicherung der Landwirte
BKV	Berufskrankheitenverordnung
BSHG	Bundessozialhilfegesetz
BVFG	Bundesvertriebenengesetz
BVG	Bundesversorgungsgesetz
HHG	Häftlingshilfegesetz
IfSG	Infektionsschutzgesetz
KFürsV	Verordnung zur Kriegsofferfürsorge
KfzHV	Kraftfahrzeughilfe-Verordnung
KVLG 1989	Zweites Gesetz über die Krankenversicherung der Landwirte
KSVG	Künstlersozialversicherungsgesetz
OEG	Gesetz über die Entschädigung für Opfer von Gewalttaten
RehaAnglG	Rehabilitations-Angleichungsgesetz
SchwabAV	Schwerbehinderten-Ausgleichsabgabenverordnung
SGB	Sozialgesetzbuch
SGB I	Sozialgesetzbuch – Allgemeiner Teil
SGB II	Grundsicherung für Arbeitsuchende
SGB III	Arbeitsförderung
SGB IV	Gemeinsame Vorschriften für die Sozialversicherung
SGB V	Gesetzliche Krankenversicherung
SGB VI	Gesetzliche Rentenversicherung
SGB VII	Gesetzliche Unfallversicherung
SGB VIII	Kinder- und Jugendhilfe
SGB IX	Rehabilitation und Teilhabe behinderter Menschen
SGB X	Sozialverwaltungsverfahren und Sozialdatenschutz
SGB XI	Soziale Pflegeversicherung
SGB XII	Sozialhilfe
SVG	Soldatenversorgungsgesetz
UBG	Gesetz über die Unterhaltsbeihilfe für Angehörige von Kriegsgefangenen
ZDG	Zivildienstgesetz

# Veröffentlichungen der BAR

- Wegweiser – Rehabilitation und Teilhabe behinderter Menschen
- Wegweiser für Ärzte und weitere Fachkräfte der Rehabilitation, 3. völlig neubearbeitete Aufl. 2005, Bezugsquelle: Deutscher ÄrzteVerlag GmbH, Buchverlag, Postfach 40 02 65, 50832 Köln, sowie in allen medizinischen Fachbuchhandlungen
  
- Rehabilitation of Disabled People – Impairment – Diagnostics – Therapy – Followup Treatment, A Guide for Physicians and other Rehabilitation Professionals, 2nd Completely Revised German Edition, 1st English Edition
  
- Rahmenempfehlungen zur ambulanten kardiologischen Rehabilitation
- Rahmenempfehlungen zur ambulanten neurologischen Rehabilitation
- Rahmenempfehlungen zur ambulanten Rehabilitation bei muskuloskeletalen Erkrankungen
- Rahmenempfehlung zur ambulanten dermatologischen Rehabilitation
- Rahmenempfehlung zur ambulanten onkologischen Rehabilitation
- Rahmenempfehlung zur ambulanten Rehabilitation bei psychischen und psychosomatischen Erkrankungen
- Empfehlungen zur Neurologischen Rehabilitation von Patienten mit schweren und schwersten Hirnschädigungen in den Phasen B und C
- Empfehlungen zur stationären Langzeitpflege und Behandlung von Menschen mit schweren und schwersten Schädigungen des Nervensystems in der Phase F
- Gemeinsames Rahmenkonzept für die Durchführung stationärer medizinischer Maßnahmen der Vorsorge und Rehabilitation für Kinder und Jugendliche
  
- Arbeitshilfe für die Rehabilitation schädelhirnverletzter Kinder und Jugendlicher
- Arbeitshilfe für die Rehabilitation Koronarkrankter
- Arbeitshilfe für die Rehabilitation von an Asthma bronchiale erkrankten Kindern und Jugendlichen
- Arbeitshilfe für die Rehabilitation von Schlaganfallpatienten
- Arbeitshilfe für die Rehabilitation von Rheumakranken
- Arbeitshilfe zur Rehabilitation bei älteren Menschen
- Arbeitshilfe für die Rehabilitation Krebskranker
- Arbeitshilfe für die stufenweise Wiedereingliederung in den Arbeitsprozess
- Arbeitshilfe für die Rehabilitation psychisch Kranker und Behinderter
- Arbeitshilfe für die Rehabilitation von chronisch Nierenkranken, dialysepflichtigen und Nierentransplantierten
- Arbeitshilfe für die Rehabilitation allergischer Atemwegserkrankungen
- Arbeitshilfe für die Rehabilitation von Suchtkranken Alkohol – Drogen – Medikamente
  
- Teamentwicklung in der Rehabilitation – Eine Praxishilfe

## Wegweiser

## Empfehlungen

## Arbeitshilfen

## Praxishilfe

<b>Faltblätter</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>■ Faltblatt Die Bundesarbeitsgemeinschaft für Rehabilitation</li> <li>■ Faltblatt Everybody Has a Right to Rehabilitation - Rehabilitation in the Federal Republic of Germany</li> </ul>
<b>RPK-Bestandsaufnahme</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>■ Rehabilitation psychisch Kranker und Behinderter – RPK Bestandsaufnahme</li> </ul>
<b>Kongressberichte</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>■ Rehabilitation im Wandel, Kongressbericht über den 3. Bundeskongress für Rehabilitation 1999, Bezugsquelle: Congress Centrum Suhl, Projektleitung Reha, Friedrich-König-Straße 7, 98527 Suhl</li> <li>■ Teilhabe ist mehr: Mitgestaltung und Selbstbestimmung in der Rehabilitation – Dokumentation zur Zukunftskonferenz 17./18. November 2004 in Rheinsberg</li> </ul>
<b>Tagungsberichte</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>■ Berufsbezogene Maßnahmen in der medizinischen Rehabilitation – bisherige Entwicklung und aktuelle Perspektiven, Tagungsbericht – Expertentagung am 25./26. Januar 2002</li> <li>■ Schlussfolgerung aus dem Modellprojekt "REGIONALE Netzwerke zur beruflichen Rehabilitation (lern)behinderter Jugendlicher (REGINE)" – Beiträge und Ergebnisse einer Fachtagung am 21. April 2004 in Berlin</li> <li>■ Case Management zur Erhaltung von Beschäftigungsverhältnissen behinderter Menschen (CMB) – Zentrale Ergebnisse und Schlussfolgerungen einer Modellinitiative der BAR</li> <li>■ Frauen in der beruflichen Rehabilitation – Erfahrungen und Perspektiven, Anregungen und Empfehlungen aus den Beiträgen der Arbeitstagung am 14. Juni 2000 in Magdeburg</li> </ul>
<b>REHA-INFO</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>■ Informationsdienst der Bundesarbeitsgemeinschaft für Rehabilitation</li> </ul>
<b>Geschäftsberichte</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>■ Geschäftsberichte</li> </ul>
<b>Sonstige Veröffentlichungen</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>■ Zusammenstellung Forschungsvorhaben auf dem Gebiet der Rehabilitation</li> <li>■ Rehabilitationswissenschaftler in Deutschland, Ansprechpartner, Interessenten, Spezialisten</li> <li>■ Erfassung des Leistungsangebotes von Krebsberatungsstellen</li> <li>■ Behindertenbeauftragte/Behindertenbeiräte – Handbuch</li> <li>■ Anforderungsprofil für einen barrierefreien innovativen Eisenbahnwagen des Personennah und -fernverkehrs</li> <li>■ Aktivitäten und Empfehlungen der BAR-Arbeitsgruppe Behindertengerechte Umweltgestaltung seit 1993</li> </ul>
<b>Internet</b>	<p>Fast alle der aufgeführten Publikationen können auch von den BARInternetseiten heruntergeladen werden (<a href="http://www.bar-frankfurt.de">http://www.bar-frankfurt.de</a>).</p>

## Anschriften der gesetzlichen Krankenversicherung

**AOK-Bundesverband**  
Kortrijker Straße 1  
53177 Bonn  
Telefon (02 28) 8 43 - 0  
Telefax (02 28) 8 43 - 5 02  
E-Mail:  
AOK-Bundesverband@bv.aok.de  
Internet: www.aok-bv.de

**BKK Bundesverband**  
Kronprinzenstraße 6  
45128 Essen  
Telefon (02 01) 1 79 - 01  
Telefax (02 01) 1 79 - 10 00  
E-Mail: reha@bkk-bv.de  
Internet: www.bkk.de

**IKK-Bundesverband**  
Friedrich-Ebert-Straße  
TechnologiePark  
51429 Bergisch Gladbach  
Telefon (0 22 04) 44 - 0  
Telefax (0 22 04) 44 - 1 85  
E-Mail: ikk-bundesverband@bv.ikk.de  
Internet: www.ikk.de

**Bundesverband der landwirtschaftlichen Krankenkassen**  
Weißensteinstraße 72  
34131 Kassel  
Telefon (05 61) 93 59 - 0  
Telefax (05 61) 93 59 - 1 40  
E-Mail: info@bv.lsv.de  
Internet: www.lsv.de

**Verband der Angestellten-Krankenkasse e.V.**  
Frankfurter Straße 84  
53721 Siegburg  
Telefon (0 22 41) 1 08 - 0  
Telefax (0 22 41) 1 08 - 2 48  
E-Mail: kontakt@vdak-aev.de  
Internet: www.vdak-aev.de

**AEV-Arbeiter-Ersatzkassenverband**  
Frankfurter Straße 84  
53721 Siegburg  
Telefon (0 22 41) 1 08 - 0  
Telefax (0 22 41) 1 08 - 2 48  
E-Mail: kontakt@vdak-aev.de  
Internet: www.vdak-aev.de

**Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See**  
44781 Bochum  
Telefon (02 34) 3 04 - 0  
Telefax (02 34) 3 04 - 45 30  
Internet: www.kbs.de

**See-Krankenkasse Reimerstwiete 2**  
20457 Hamburg  
Telefon (0 40) 3 61 37 - 0  
Telefax (0 40) 3 61 37 - 7 70  
E-Mail: support@see-bg.de  
Internet: www.see-bg.de

## Anschriften der gesetzlichen Rentenversicherung

**Deutsche Rentenversicherung Bund,**  
Hallesche Straße 1, 10963 Berlin, Telefon.(030) 865-1; Telefax (030) 865-89400;  
Internet: www.deutsche-rentenversicherung.de

**Deutsche Rentenversicherung Baden-Württemberg**  
Gartenstraße 105  
76135 Karlsruhe  
Telefon (07 21) 8 25 - 0  
Telefax (07 21) 8 25 - 21 22 9  
E-Mail: post@drv-bw.de  
Internet: www.deutsche-rentenversicherung-bw.de

**Deutsche Rentenversicherung Baden-Württemberg**  
Adalbert-Stifter-Straße 105  
70437 Stuttgart  
Telefon (07 11) 8 48 - 0  
Telefax (07 11) 8 44 - 7 02

**Deutsche Rentenversicherung Berlin\***  
Knobelsdorffstraße 92  
14059 Berlin  
Telefon (0 30) 30 02 - 0  
Telefax (0 30) 30 02 - 10 09  
E-Mail: drv@drv-berlin.de  
Internet: www.deutsche-rentenversicherung-berlin.de

**Deutsche Rentenversicherung Brandenburg\***  
Bertha-von-Suttner-Straße 1  
15236 Frankfurt/Oder  
Telefon (03 35) 5 51 - 0  
Telefax (03 35) 5 51 - 12 95  
E-Mail: post@drv-brandenburg.de  
Internet: www.deutsche-rentenversicherung-brandenburg.de  
*\* ab 01.01.2006:*  
*Deutsche Rentenversicherung Berlin-Brandenburg*

**Deutsche Rentenversicherung Braunschweig-Hannover**  
Lange Weihe 2/4  
30880 Laatzen  
Service-Tel.: (05 11) 8 29 - 46 46  
Telefon (05 11) 8 29 - 0  
Telefax (05 11) 8 29 - 26 35  
E-Mail: info@drv-bsh.de  
Internet: www.deutsche-rentenversicherung-braunschweig-hannover.de

**Deutsche Rentenversicherung Braunschweig-Hannover**  
Kurt-Schumacher-Straße 20  
38102 Braunschweig  
Service-Tel.: (05 31) 70 06-278  
Telefon (05 31) 70 06 - 0  
Telefax (05 31) 70 06 - 4 25

**Deutsche Rentenversicherung Hessen**  
Städelstraße 28  
60596 Frankfurt/Main  
Telefon (0 69) 60 52 - 0  
Telefax (0 69) 60 52 - 16 00  
E-Mail: pressestelle@drv-hessen.de  
Internet: www.deutsche-rentenversicherung-hessen.de

**Deutsche Rentenversicherung Mitteldeutschland**  
Georg-Schumann-Straße 146  
04159 Leipzig  
Telefon (03 41) 5 50 - 55  
Telefax (03 41) 5 50 - 59 00  
E-Mail: service@drv-md.de  
Internet: www.deutsche-rentenversicherung-mitteldeutschland.de

**Deutsche Rentenversicherung Mitteldeutschland**  
Paracelsusstraße 21  
06114 Halle  
Telefon (03 45) 2 13 - 0  
Telefax (03 45) 2 02 - 33 14

**Deutsche Rentenversicherung Mitteldeutschland**  
Kranichfelder Straße 3  
99097 Erfurt  
Telefon (03 61) 4 82 - 0  
Telefax (03 61) 4 82 - 22 99

**Deutsche Rentenversicherung Niederbayern-Oberpfalz**  
Am Alten Viehmarkt 2  
84028 Landshut  
Telefon (08 71) 81 - 0  
Telefax (08 71) 81 - 21 40  
E-Mail: presse@drv-landshut.de  
Internet: www.deutsche-rentenversicherung-landshut.de

**Deutsche Rentenversicherung Nord**  
Ziegelstraße 150  
23544 Lübeck  
Service-Tel.: (04 51) 4 85 - 44 44  
Telefon (04 51) 4 85 - 0  
Telefax (04 51) 4 85 - 17 77  
E-Mail: info@drv-nord.de  
Internet: www.deutsche-rentenversicherung-nord.de

**Deutsche Rentenversicherung Nord**  
Friedrich-Ebert-Damm 245  
22159 Hamburg  
Telefon (0 40) 53 00 - 0

**Deutsche Rentenversicherung Nord**  
Platanenstraße 43  
17033 Neubrandenburg  
Telefon (03 95) 3 70 - 0  
Telefax (03 95) 3 70 - 44 44

**Deutsche Rentenversicherung Oberbayern**  
Thomas-Dehler-Straße 3  
81737 München  
Service-Tel.: (0 89) 67 81 - 21 21  
Telefon (0 89) 67 81 - 0  
Telefax (0 89) 67 81 - 23 45  
E-Mail: service@drv-oberbayern.de  
Internet: www.deutsche-rentenversicherung-oberbayern.de

**Deutsche Rentenversicherung Oberfranken und Mittelfranken**  
Wittelsbacherring 11  
95444 Bayreuth  
Service-Tel.: (09 21) 6 07 - 5 88  
Telefon (09 21) 6 07 - 0  
Telefax (09 21) 6 07 - 3 98  
E-Mail: info@drv-bayreuth.de  
Internet: www.deutsche-rentenversicherung-bayreuth.de

## Adressen

## Adressen

**Deutsche Rentenversicherung  
Oldenburg-Bremen**  
Huntestraße 11  
26135 Oldenburg  
Telefon (04 41) 9 27 - 0  
Telefax (04 41) 9 27 - 25 63  
E-Mail:  
presse@drv-oldenburg-bremen.de  
Internet: www.deutsche-  
rentenversicherung-oldenburg-  
bremen.de

**Deutsche Rentenversicherung  
Rheinland**  
Königsallee 71  
40251 Düsseldorf  
Service-Tel.: (02 11) 9 37 - 30 30  
Telefon (02 11) 9 37 - 0  
Telefax (02 11) 9 37 - 30 96  
E-Mail: post@drv-rheinland.de  
Internet: www.deutsche-  
rentenversicherung-rheinland.de

**Deutsche Rentenversicherung  
Rheinland-Pfalz**  
Eichendorffstraße 4 - 6  
67346 Speyer  
Service-Tel.: (0 62 32) 17 - 17 17  
Telefon (0 62 32) 17 - 0  
Telefax (0 62 32) 17 - 25 89  
E-Mail: service@drv-rlp.de  
Internet: www.deutsche-  
rentenversicherung-rlp.de

**Deutsche Rentenversicherung  
für das Saarland**  
Martin-Luther-Straße 2 - 4  
66111 Saarbrücken  
Telefon (06 81) 30 93 - 0  
Telefax (06 81) 30 93 - 1 99  
E-Mail: presse@drv-saarland.de  
Internet: www.deutsche-  
rentenversicherung-saarland.de

**Deutsche Rentenversicherung  
Schwaben**  
Dieselstraße 9  
86154 Augsburg  
Service-Tel.: (0 18 03) 21 21 26  
Telefon (08 21) 5 00 - 0  
Telefax (08 21) 5 00 - 10 00  
E-Mail: info@drv-schwaben.de  
Internet: www.deutsche-  
rentenversicherung-schwaben.de

**Deutsche Rentenversicherung  
Unterfranken**  
Friedenstraße 12/14  
97072 Würzburg  
Service-Tel.: (09 31) 8 02 - 5 55  
Telefon (09 31) 8 02 - 0  
Telefax (09 31) 8 02 - 2 43  
E-Mail: info@drv-ufr.de  
Internet: www.deutsche-  
rentenversicherung-unterfranken.de

**Deutsche Rentenversicherung  
Westfalen**  
Gartenstraße 194  
48147 Münster  
Service-Tel.: (02 51) 2 38 - 30 30  
Telefon (02 51) 2 38 - 0  
Telefax (02 51) 2 38 - 25 70  
Internet: www.deutsche-  
rentenversicherung-westfalen.de

**Deutsche Rentenversicherung  
Knappschaft-Bahn-See**  
Pieperstraße 14 - 28  
44789 Bochum  
Telefon (02 34) 3 04 -  
Telefax (02 34) 304 - 5 30 50  
E-Mail: rentenversicherung@kbs.de  
Internet: www.kbs.de

## Landwirtschaftliche Alterskassen

**Gesamtverband der landwirtschaft-  
lichen Alterskassen**  
Weißensteinstraße 72  
34131 Kassel  
Telefon (05 61) 93 59 - 0  
Telefax (05 61) 93 59 - 149  
E-Mail: info@bv-lsv.de  
Internet: www.lsv.de

**Landwirtschaftliche Alterskassen  
Schleswig-Holstein und Hamburg**  
Schulstraße 29  
24143 Kiel  
Telefon (04 31) 70 24 - 0  
Telefax (04 31) 70 24 - 61 20  
E-Mail: Post@Kiel.lsv.de  
Internet: www.lsv.de

**Landwirtschaftliche Alterskasse  
Niedersachsen-Bremen**  
Hauptsitz Hannover  
Im Haspelfelde 24  
30173 Hannover  
Telefon (05 11) 80 73 - 0  
Telefax (05 11) 80 73 - 750 062  
E-Mail: info@lsvnb.de  
Internet: www.lsv.de

Sitz Oldenburg  
Im Dreieck 12  
26127 Oldenburg  
Telefon (04 41) 34 08 - 0  
Telefax (04 41) 34 08 - 444

Sitz Braunschweig  
Bruchtorwall 13  
38100 Braunschweig  
Telefon (05 31) 4 80 02 - 0  
Telefax (05 31) 4 80 02 - 29

**Landwirtschaftliche Alterskasse  
Nordrhein-Westfalen**  
Hauptverwaltung und  
Regionaldirektion Münster  
Hoher Heckenweg 76 - 80  
48147 Münster  
Telefon (02 51) 23 20 - 0  
Telefax (02 51) 23 20 - 555  
E-Mail: mailbox@nrw.lsv.de  
Internet: www.nrw.lsv.de

Regionaldirektion Düsseldorf  
Merowingerstraße 103  
40225 Düsseldorf  
Telefon (02 11) 33 87 - 0  
Telefax (02 11) 33 87 - 454  
E-Mail:  
mailboxduesseldorf@nrw.lsv.de

Regionaldirektion Detmold  
Felix-Fechenbach-Straße 6  
32756 Detmold  
Telefon (0 52 31) 60 04 - 0  
Telefax (0 52 31) 60 04 - 30  
E-Mail: mailboxdetmold@nrw.lsv.de

**Landwirtschaftliche Alterskasse  
Hessen, Rheinland-Pfalz und  
Saarland**  
Luisenstraße 12  
34119 Kassel  
Telefon (05 61) 10 06 - 0  
Telefax (05 61) 10 06 - 2398  
E-Mail: ks@hrs.lsv.de  
Internet: www.lsv.de

Bartningstraße 57  
64289 Darmstadt  
Telefon (0 61 51) 7 02 - 0  
Telefax (0 61 51) 7 02 - 12 50  
E-Mail: info.da@hrs.lsv.de  
Internet: www.lsv.de

Theodor-Heuss-Straße 1  
67346 Speyer  
Telefon (0 62 32) 9 11 - 0  
Telefax (0 62 32) 9 11 - 187  
E-Mail: info.sp@hrs.lsv.de  
Internet: www.lsv.de

Heinestraße 2 - 4  
66121 Saarbrücken  
Telefon (06 81) 6 65 00 - 0  
Telefax (06 81) 6 65 00 - 58  
E-Mail: info.sb@hrs.lsv.de  
Internet: www.lsv.de

**Land- und forstwirtschaftliche  
Alterskasse  
Franken und Oberbayern**  
Regionaldirektion Bayreuth  
Dammwäldchen 4  
95444 Bayreuth  
Telefon (09 21) 6 03 - 0  
Telefax (09 21) 6 03 - 3 86  
E-Mail: kontakt@fob.lsv.de

Regionaldirektion Würzburg  
Friedrich-Ebert-Ring 32/33  
97072 Würzburg  
Telefon (09 31) 80 04 - 0  
Telefax (09 31) 80 04 - 2 83  
E-Mail: kontakt@fob.lsv.de

Regionaldirektion München  
Neumarkter Straße 35  
81673 München  
Telefon (0 89) 4 54 80 - 0  
Telefax (0 89) 4 54 80 - 3 98  
E-Mail: kontakt@fob.lsv.de

**Land- und forstwirtschaftliche  
Alterskasse  
Niederbayern/Oberpfalz und  
Schwaben**  
Dr.-Georg-Heim-Allee 1  
84034 Landshut  
Telefon (08 71) 6 96 - 0  
E-Mail: LSV@landshut.lsv.de

Tunnelstraße 29  
86156 Augsburg  
Telefon (08 21) 40 81 - 0  
E-Mail: LSV@augsburg.lsv.de

**Landwirtschaftliche Alterskasse  
Baden-Württemberg**  
Steinhäuser Straße 14  
76135 Karlsruhe  
Telefon (07 21) 81 94 - 0  
Telefax (07 21) 81 94 - 14 44  
E-Mail: post@bw.lsv.de

Vogelrainstraße 25  
70199 Stuttgart  
Telefon (07 11) 9 66 - 0  
Telefax (07 11) 9 66 - 21 40  
E-Mail: post@bw.lsv.de

**Alterskasse für den Gartenbau**  
Frankfurter Straße 126  
34121 Kassel  
Telefon (05 61) 9 28 - 0  
Telefax (05 61) 9 28 - 24 86  
E-Mail: info@gartenbau.lsv.de

**Landwirtschaftliche Alterskasse  
Mittel- und Ostdeutschland**  
Sitz Hönow  
Hoppegartener Str. 100  
15366 Hönow  
Telefon (0 33 42) 36 - 0  
Telefax (0 33 42) 36 - 1230  
E-Mail: mail@mod.lsv.de

Regionaldirektion Neukieritzsch  
Bahnhofstraße 16/18  
04575 Neukieritzsch  
Telefon (0 34 34 2) 62 - 0  
Telefax (0 34 34 2) 62 - 2 11  
E-Mail: mail@mod.lsv.de

## Anschriften der gesetzlichen Unfallversicherung

Hauptverband der gewerblichen Berufsgenossenschaften (HVBG)  
Alte Heerstraße 111, 53757 Sankt Augustin  
Telefon (0 22 41) 2 31 - 01  
Telefax (0 22 41) 2 31 - 13 33  
E-Mail: info@hvbg.de  
Internet: www.hvbg.de

Berliner Büro  
Albrechtstraße 10 b, 10117 Berlin  
Telefon (0 30) 28 87 63 - 61  
Telefax: (030) 28 87 63 - 70  
E-Mail: hvbg-berlin@hvbg.de

### Gewerbliche Berufsgenossenschaften

**Bergbau-BG**  
Hunscheidtstraße 18  
44789 Bochum  
Telefon (02 34) 3 16 - 0  
Telefax (02 34) 3 16 - 3 00  
E-Mail: bbg@bergbau-bg.de  
Internet: www.bergbau-bg.de

**Steinbruchs-BG**  
Theodor-Heuss-Straße 160  
30853 Langenhagen  
Telefon (05 11) 72 57 - 0  
Telefax (05 11) 72 57 - 7 90  
E-Mail: info@stgb.de  
Internet: www.stgb.de

**BG der keramischen und  
Glas-Industrie**  
Riemenschneiderstraße 2  
97072 Würzburg  
Telefon (09 31) 79 43 - 0  
Telefax (09 31) 79 43 - 8 00  
E-Mail: post@bgglaskeramik.de  
Internet: www.bgglaskeramik.de

**BG der Gas-, Fernwärme- und  
Wasserwirtschaft**  
Auf'm Hennekamp 74  
40225 Düsseldorf  
Telefon (02 11) 93 35 - 0  
Telefax (02 11) 93 35 - 1 99  
E-Mail: info@bgfw.de  
Internet: www.bgfw.de

**Hütten- und Walzwerks-BG  
Kreuzstraße 45**  
40210 Düsseldorf  
Telefon (02 11) 82 24 - 0  
Telefax (02 11) 82 24 - 4 44  
E-Mail: post@mmbg.de  
Internet: www.hwbg.de

**Maschinenbau- und Metall-BG**  
Kreuzstraße 45  
40210 Düsseldorf  
Telefon (02 11) 82 24 - 0  
Telefax (02 11) 82 24 - 4 44  
E-Mail: info@mmbg.de  
Internet: www.mmbg.de

**Norddeutsche Metall-BG**  
Seligmannallee 4  
30173 Hannover  
Telefon (05 11) 81 18 - 0  
Telefax (05 11) 81 18 - 200  
E-Mail: info@nmbg.de  
Internet: www.nmbg.de

**BG Metall Süd**  
Wilhelm-Theodor-Römheld-Straße 15  
55130 Mainz  
Telefon (0 61 31) 8 02 - 0  
Telefax (0 61 31) 8 02 - 232  
E-Mail: service@bgm-s.de  
Internet: www.bgmetallsued.de

**BG der Feinmechanik und  
Elektrotechnik**  
Gustav-Heinemann-Ufer 130  
50968 Köln  
Telefon (02 21) 37 78 - 0  
Telefax (02 21) 37 78 - 11 99  
E-Mail: info@bgfe.de  
Internet: www.bgfe.de

**BG der chemischen Industrie**  
Kurfürsten-Anlage 62  
69115 Heidelberg  
Telefon (0 62 21) 5 23 - 0  
Telefax (0 62 21) 5 23 - 2 27  
E-Mail: info@bgchemie.de  
Internet: www.bgchemie.de

**Holz-BG**  
Am Knie 8  
81241 München  
Telefon (0 89) 8 20 03 - 0  
Telefax (0 89) 8 20 03 - 1 99  
E-Mail: hbg@holz-bg.de  
Internet: www.holz-bg.de

**Papiermacher-BG**  
Lortzingstraße 2  
55127 Mainz  
Telefon (0 61 31) 7 85 - 1  
Telefax (0 61 31) 7 85 - 2 71  
E-Mail: pmbg@lpz-bg.de  
Internet: www.pmbg.de

**BG Druck- und Papierverarbeitung**  
Rheinstraße 6 - 8  
65185 Wiesbaden  
Telefon (06 11) 1 31 - 0  
Telefax (06 11) 1 31 - 100  
E-Mail: info@bgdp.de  
Internet: www.bgdp.de

**Lederindustrie-BG**  
Lortzingstraße 2  
55127 Mainz  
Telefon (0 61 31) 7 85 - 1  
Telefax (0 61 31) 7 85 - 2 71  
E-Mail: libg@lpz-bg.de  
Internet: www.libg.de

**Textil- und Bekleidungs-BG**  
Oblatterwallstraße 18  
86132 Augsburg  
Telefon (08 21) 31 59 - 0  
Telefax (08 21) 31 59 - 2 01  
E-Mail: direktion@textil-bg.de  
Internet: www.textil-bg.de

**BG Nahrungsmittel und Gaststätten**  
Dynamostraße 7 - 11  
68165 Mannheim  
Telefon (06 21) 44 56 - 0  
Telefax (06 21) 44 56 - 12 17  
E-Mail: info@bgn.de  
Internet: www.bgn.de

**Fleischerei-BG**  
Lortzingstraße 2  
55127 Mainz  
Telefon (0 61 31) 7 85 - 1  
Telefax (0 61 31) 7 85 - 3 40  
E-Mail: info@fleischerei-bg.de  
Internet: www.fleischerei-bg.de

**Zucker-BG**  
Lortzingstraße 2  
55127 Mainz  
Telefon (0 61 31) 7 85 - 0  
Telefax (0 61 31) 7 85 - 2 71  
E-Mail: z-bg.tad.mz@lpz-bg.de  
Internet: www.zuckerbg.de

**BG der Bauwirtschaft**  
Hildegardstraße 28 - 30  
10715 Berlin  
Telefon: (030) 8 57 81 - 0  
Telefax: (030) 8 57 81 - 500  
E-Mail: info@bgbau.de  
Internet: www.bgbau.de

**Großhandels- und Lagerei-BG**  
M 5, 7  
68145 Mannheim  
Telefon (06 21) 1 83 - 0  
Telefax (06 21) 1 83 - 3 00  
E-Mail: info@grolabg.de  
Internet: www.grolabg.de

**BG für den Einzelhandel**  
Niebuhrstraße 5  
53113 Bonn  
Telefon (02 28) 54 06 - 9  
Telefax (02 28) 54 06 - 5199  
E-Mail: hgf.sekr@bge.de  
Internet: www.bge.de

**Verwaltungs-BG**  
**BG der Banken, Versicherungen,  
Verwaltungen, freien Berufen und  
besonderer Unternehmen**  
Deelbögenkamp 4  
22297 Hamburg  
Telefon (0 40) 51 46 - 0  
Telefax (0 40) 51 45 - 21 46  
E-Mail: hv.hamburg@vbg.de  
Internet: www.vbg.de

**BG der Straßen-, U-Bahnen und  
Eisenbahnen**  
Fontenay 1 a  
20354 Hamburg  
Telefon (0 40) 4 41 18 - 0  
Telefax (0 40) 4 41 18 - 140  
E-Mail: info@bg-bahnen.de  
Internet: www.bg-bahnen.de

**BG für Fahrzeughaltungen**  
Ottenser Hauptstraße 54  
22765 Hamburg  
Telefon (0 40) 39 80 - 0  
Telefax (0 40) 39 80 - 16 66  
E-Mail: info@bgf.de  
Internet: www.bgf.de

**See-BG**  
Reimerstwiete 2  
20457 Hamburg  
Telefon (0 40) 3 61 37 - 0  
Telefax (0 40) 3 61 37 - 7 70  
E-Mail: support@see-bg.de  
Internet: www.see-bg.de

## Adressen

## Adressen

**BG für Gesundheitsdienst und Wohlfahrtspflege**  
Pappelallee 35/37  
22089 Hamburg  
Telefon (0 40) 2 02 07 - 0  
Telefax (0 40) 2 02 07 - 5 25  
Internet: www.bgw-online.de

## Landwirtschaftliche Berufsgenossenschaften

**Bundesverband der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften**  
Weißensteinstraße 70 - 72  
34131 Kassel  
Telefon (05 61) 93 59 - 0  
Telefax (05 61) 93 59 - 4 14  
E-Mail: info@bv.lsv.de  
Internet: www.lsv.de

**Landwirtschaftliche BG Schleswig-Holstein und Hamburg**  
Schulstraße 29  
24143 Kiel  
Telefon (04 31) 70 24 - 0  
Telefax (04 31) 70 24 - 6 12  
E-Mail: Post@Kiel.lsv.de  
Internet: www.lsv.de/kiel/

**Landwirtschaftliche BG Niedersachsen-Bremen**  
Hauptsitz Hannover  
Im Haspelfelde 24  
30173 Hannover  
Telefon (05 11) 80 73 - 0  
Telefax (05 11) 80 73 - 4 98  
E-Mail: info@lsvnb.de  
Internet: www.lsvnb.de

Sitz Oldenburg  
Im Dreieck 12  
Telefon (04 41) 34 08 - 1  
Telefax (04 41) 34 08 - 4 44

Sitz Braunschweig  
Bruchtorwall 13  
38100 Braunschweig  
Telefon (05 31) 4 80 02 - 0  
Telefax (05 31) 4 80 02 - 29

**Landwirtschaftliche BG Nordrhein-Westfalen**  
Hauptverwaltung und  
Regionaldirektion Münster  
Hoher Heckenweg 76 - 80  
48147 Münster  
Telefon (02 51) 23 20 - 0  
Telefax (02 51) 23 20 - 5 55  
E-Mail: mailbox@nrw.lsv.de  
Internet: www.nrw.lsv.de

Regionaldirektion Detmold  
Felix-Fechenbach-Straße 6  
32756 Detmold  
Telefon (0 52 31) 60 04 - 0  
Telefax (0 52 31) 60 04 - 30  
E-Mail: mailboxdetmold@nrw.lsv.de

Regionaldirektion Düsseldorf  
Merowingerstraße 103 - 105  
40225 Düsseldorf  
Telefon (02 11) 33 87 - 1  
Telefax (02 11) 33 87 - 4 54  
E-Mail:  
mailboxduesseldorf@nrw.lsv.de

**Land- und forstwirtschaftliche BG Hessen, Rheinland-Pfalz und Saarland**  
Luisenstraße 12  
34119 Kassel  
Telefon (05 61) 10 06 - 0  
Telefax (05 61) 10 06 - 23 98  
E-Mail: ks@hrs.lsv.de  
Internet: www.lsv.de/hrs/

Bartningstraße 57  
64289 Darmstadt  
Telefon (0 61 51) 7 02 - 0  
Telefax (0 61 51) 7 02 - 12 50  
E-Mail: da@hrs.lsv.de

Theodor-Heuss-Straße 1  
67346 Speyer  
Telefon (0 62 32) 9 11 - 0  
Telefax (0 62 32) 9 11 - 1 87  
E-Mail: sp@hrs.lsv.de

Heinestraße 2 - 4  
66121 Saarbrücken  
Telefon (06 81) 6 65 00 - 0  
Telefax (06 81) 6 65 00 - 58  
E-Mail: sb@hrs.lsv.de

**Land- und forstwirtschaftliche BG Franken und Oberbayern**  
Regionaldirektion Bayreuth  
Dammwäldchen 4  
95444 Bayreuth  
Telefon (09 21) 6 03 - 0  
Telefax (09 21) 6 03 - 3 86  
E-Mail: kontakt@fob.lsv.de  
Internet: www.fob.lsv.de

Regionaldirektion München  
Neumarkter Straße 35  
81673 München  
Telefon (0 89) 45 48 0 - 0  
Telefax (0 89) 4 54 80 - 3 98  
E-Mail: kontakt@fob.lsv.de  
Internet: www.fob.lsv.de

Regionaldirektion Würzburg  
Friedrich-Ebert-Ring 33  
97072 Würzburg  
Telefon (09 31) 80 04 - 0  
Telefon (09 31) 80 04 - 1 45  
E-Mail: kontakt@fob.lsv.de  
Internet: www.fob.lsv.de

**Land- und forstwirtschaftliche BG Niederbayern/Oberpfalz und Schwaben**  
Dr.-Georg-Heim-Allee 1  
84036 Landshut  
Telefon (08 71) 69 6 - 0  
Telefax (08 71) 6 15 - 4 88  
E-Mail: LSV@landshut.lsv.de  
Internet: www.nos.lsv.de

Tunnelstraße 29  
86156 Augsburg  
Telefon (08 21) 40 81 - 0  
Telefax (08 21) 40 81 - 2 47  
E-Mail: LSV@augsburg.lsv.de  
Internet: www.nos.lsv.de

**Landwirtschaftliche BG Baden-Württemberg**  
Steinhäuserstraße 14  
76135 Karlsruhe  
Telefon (07 21) 81 94 - 0  
Telefax (07 21) 81 94 - 14 44  
E-Mail: post@bw.lsv.de  
Internet: www.bw.lsv.de

Vogelrainstraße 25  
70199 Stuttgart  
Telefon (07 11) 9 66 - 0  
Telefax (07 11) 9 66 - 21 40  
E-Mail: post@bw.lsv.de  
Internet: www.bw.lsv.de

**Gartenbau BG**  
Frankfurter Straße 126  
34121 Kassel  
Telefon (05 61) 9 28 - 0  
Telefax (05 61) 9 28 - 24 86  
E-Mail: info@gartenbau.lsv.de  
Internet: www.lsv.de/gartenbau/

**Landwirtschaftliche BG Mittel- und Ostdeutschland**  
Sitz Hönow  
Hoppegartener Straße 100  
15366 Hönow  
Telefon (0 33 42) 36 - 0  
Telefax (0 33 42) 36 - 12 30  
E-Mail: mail@mod.lsv.de  
Internet: www.lsv.de/mod/

Regionaldirektion Neukieritzsch  
Bahnhofstr. 16/18  
04575 Neukieritzsch  
Telefon (0 34 34 2) 62 - 0  
Telefax (0 34 34 2) 62 - 2 11  
E-Mail: mail@mod.lsv.de

## Unfallversicherungsträger der öffentlichen Hand

**Bundesverband der Unfallkassen**  
Fockensteinststraße 1  
81539 München  
Telefon (0 89) 6 22 72 - 0  
Telefax (0 89) 6 22 72 - 111  
E-Mail: buk@unfallkassen.de  
Internet: www.unfallkassen.de

## Für das gesamte Bundesgebiet zuständige Unfallversicherungsträger

### Bundesweit

**Unfallkasse des Bundes**  
Weserstraße 47  
26382 Wilhelmshaven  
Telefon (0 44 21) 4 07 - 0  
Telefax (0 44 21) 4 07 - 400  
E-Mail: info@uk-bund.de  
Internet: www.uk-bund.de

**Unfallkasse Post und Telekom**  
Europaplatz 2  
72072 Tübingen  
Telefon (0 70 71) 9 33 - 0  
Telefax (0 70 71) 9 33 - 43 99  
E-Mail: info@ukpt.de  
Internet: www.ukpt.de

**Eisenbahn-Unfallkasse**  
Rödelheimer Straße 49  
60487 Frankfurt a.M.  
Telefon (0 69) 4 78 63 - 0  
Telefax (0 69) 4 78 63 - 1 51  
E-Mail: service@euk-info.de  
Internet:  
www.eisenbahn-unfallkasse.de

### Regional

#### Baden-Württemberg

**Unfallkasse Baden-Württemberg**  
Augsburger Straße 700  
70329 Stuttgart  
Telefon (07 11) 93 21 - 0  
Telefax (07 11) 93 21 - 5 00  
E-Mail: info@uk-bw.de  
Internet: www.uk-bw.de

**Unfallkasse Baden-Württemberg**  
Waldhornplatz 1  
76131 Karlsruhe  
Telefon (07 21) 60 98 - 1  
Telefax (07 21) 60 98 - 52 00  
E-Mail: info@uk-bw.de  
Internet: www.uk-bw.de

## Bayern

**Bayerischer Gemeindeunfallversicherungsverband und Landesunfallkasse**  
Ungererstraße 71  
80805 München  
Telefon (0 89) 3 60 93 - 0  
Telefax (0 89) 3 60 93 - 135  
E-Mail: post@bayerguvv.de und post@bayerluk.de  
Internet: www.guvv-bayern.de

**Unfallkasse München**  
Müllerstraße 3  
80469 München  
Telefon (0 89) 2 33 - 2 63 36  
Telefax (0 89) 2 33 - 2 75 78  
E-Mail: info@unfallkasse-muenchen.de  
Internet: www.unfallkasse-muenchen.de

## Berlin

**Unfallkasse Berlin**  
Culemeyerstr. 2  
12277 Berlin  
Telefon (0 30) 76 24 - 0  
Telefax (0 30) 76 24 - 109  
E-Mail: info@unfallkasse-berlin.de  
Internet: www.unfallkasse-berlin

## Brandenburg

**Unfallkasse Brandenburg und Feuerwehr-Unfallkasse Brandenburg**  
Müllroser Chaussee 75  
15236 Frankfurt/Oder  
Telefon (03 35) 5 21 6-0  
Telefax (03 35) 54 73 39  
E-Mail: info@ukbb.de  
Internet: www.ukbb.de

## Bremen

**Unfallkasse Freie Hansestadt Bremen**  
Walsroder Straße 12 - 14  
28215 Bremen  
Telefon (04 21) 3 50 12 - 0  
Telefax (04 21) 3 50 12 - 14  
E-Mail: office@unfallkasse.bremen.de  
Internet: www.unfallkasse.bremen.de

## Hamburg

**Landesunfallkasse Freie und Hansestadt Hamburg**  
Spohrstraße 2  
22083 Hamburg  
Telefon (0 40) 2 71 53 - 0  
Telefax (0 40) 2 71 53 - 10 00  
E-Mail: info@luk-hamburg.de  
Internet: www.luk-hamburg.de

**Feuerwehr-Unfallkasse Hamburg**  
Berliner Tor 49  
20099 Hamburg  
Telefon (0 40) 30 90 4 - 2 89  
Telefax (0 40) 30 90 4 - 1 81  
E-Mail: info@fuk-hamburg.de  
Internet: www.fuk-hamburg.de

## Hessen

Unfallkasse Hessen  
Opernplatz 14  
60313 Frankfurt/Main  
Telefon (0 69) 2 99 72 - 0  
Telefax (0 69) 2 99 72 - 905  
E-Mail: ukh@ukh.de  
Internet: www.ukh.de

## Mecklenburg-Vorpommern

**Unfallkasse Mecklenburg-Vorpommern**  
Wismarsche Straße 199  
19053 Schwerin  
Telefon (03 85) 51 81 - 0  
Telefax (03 85) 51 81 - 111  
E-Mail: postfach@uk-mv.de  
Internet: www.uk-mv.de

**Feuerwehr-Unfallkasse Nord-Landesgeschäftsstelle Mecklenburg-Vorpommern**  
Bertha-von-Suttner-Straße 5  
19061 Schwerin  
Telefon (03 85) 30 71 - 7 00  
Telefax (03 85) 30 31 7 06  
E-Mail: info@fuk-nord.de  
Internet: www.fuk.de

## Niedersachsen

**Braunschweigischer Gemeinde-Unfallversicherungsverband**  
Berliner Platz 1 C  
38102 Braunschweig  
Telefon (05 31) 2 73 74 - 0  
Telefax (05 31) 2 73 74 - 30  
E-Mail: info@guv.braunschweig.de  
Internet: www.guv-braunschweig.de

**Gemeinde-Unfallversicherungsverband Hannover und Landesunfallkasse Niedersachsen**  
Am Mittelfelde 169  
30519 Hannover  
Telefon (05 11) 87 07 - 0  
Telefax (05 11) 87 07 - 1 88  
E-Mail: info@guvh.de und info@lukn.de  
Internet: www.guvh.de

**Feuerwehr-Unfallkasse Niedersachsen**  
Aegidientorplatz 2A  
30159 Hannover  
Telefon (05 11) 98 95 - 4 30  
Telefax (05 11) 98 95 - 4 33  
E-Mail: Info@fuk.de  
Internet: www.fuk.de

**Gemeinde-Unfallversicherungsverband Oldenburg**  
Gartenstraße 9  
26122 Oldenburg  
Telefon (04 41) 77 90 9 - 0  
Telefax (04 41) 77 90 9 - 50  
E-Mail: info@guv-oldenburg.de  
Internet: www.guv-oldenburg.de

## Nordrhein-Westfalen

**Rheinischer Gemeindeunfallversicherungsverband**  
Heyestraße 99  
40625 Düsseldorf  
Telefon (02 11) 28 08 - 0  
Telefax (02 11) 29 08 - 1 19  
E-Mail: zentrale@rguvv.de  
Internet: www.rguvv.de

## Landesunfallkasse Nordrhein-Westfalen

Ulenbergstraße 1  
40223 Düsseldorf  
Telefon (02 11) 90 24 - 0  
Telefax (02 11) 90 24 - 180  
E-Mail: poststelle@luk-nrw.de  
Internet: www.luk-nrw.de

**Feuerwehr-Unfallkasse Nordrhein-Westfalen**  
Provinzialplatz 1  
40591 Düsseldorf  
Telefon (02 11) 9 77 98 9 - 0  
Telefax (02 11) 9 77 98 9 - 29  
E-Mail: info@fuk-nrw.de  
Internet: www.fuk-nrw.de

**Gemeindeunfallversicherungsverband Westfalen-Lippe**  
Salzmannstraße 156  
48159 Münster  
Telefon (02 51) 21 02 - 0  
Telefax (02 51) 21 85 69  
E-Mail: info@guvv-wl.de  
Internet: www.guvv-wl.de

## Rheinland-Pfalz

**Unfallkasse Rheinland-Pfalz**  
Orensteinstraße 10  
56626 Andernach  
Telefon (0 26 32) 9 60 - 0  
Telefax (0 26 32) 9 60 - 100  
E-Mail: info@ukrlp.de  
Internet: www.ukrlp.de

## Saarland

**Unfallkasse Saarland**  
Beethovenstraße 41  
66125 Saarbrücken  
Telefon (0 68 97) 97 33 - 0  
Telefax (0 68 97) 97 33 - 37  
E-Mail: psoststelle@uks.de  
Internet: www.uks.de

## Sachsen

**Unfallkasse Sachsen**  
Rosa-Luxemburg-Straße 17 a  
01662 Meißen  
Telefon (0 35 21) 7 24 - 0  
Telefax (0 35 21) 7 24 - 111  
E-Mail: poststelle@unfallkassesachsen.de  
Internet: www.unfallkassesachsen.de

## Sachsen-Anhalt

**Unfallkasse Sachsen-Anhalt**  
Käspersstraße 31  
39261 Zerbst  
Telefon (0 39 23) 7 51 - 0  
Telefax (0 39 23) 7 51 - 3 33  
E-Mail: mitteilungen@uksa.de  
Internet: www.uksa.de

**Feuerwehr-Unfallkasse Sachsen-Anhalt**  
Carl-Miller-Straße 7  
39112 Magdeburg  
Telefon (03 91) 6 22 48 - 73  
Telefax (03 91) 6 22 48 - 13  
E-Mail: FUK\_Sachsen-Anhalt@t-online.de  
Internet: www.fuk-s-anh.de

## Adressen

## Adressen

### Schleswig-Holstein

**Unfallkasse Schleswig-Holstein**  
Seekoppelweg 5a  
24113 Kiel  
Telefon (04 31) 64 07 - 0  
Telefax (04 31) 64 07 - 2 50  
E-Mail: info@uksh.de  
Internet: www.uksh.de

**Feuerwehr-Unfallkasse Nord  
Landesgeschäftsstelle Schleswig-  
Holstein**  
Sophienblatt 33  
24114 Kiel  
Telefon (04 31) 6 03 - 21 13  
Telefax (04 31) 603 - 13 95  
E-Mail: info@fuk-nord.de  
Internet: www.fuk-nord.de

### Thüringen

**Unfallkasse Thüringen**  
Humboldtstraße 111  
99867 Gotha  
Telefon (0 36 21) 7 77 - 0  
Telefax (0 36 21) 7 77 - 111  
E-Mail: info@ukt.de  
Internet: www.ukt.de

**Feuerwehr-Unfallkasse Thüringen**  
Magdeburger Allee 4  
99086 Erfurt  
Telefon (03 61) 55 18 - 2 00  
Telefax (03 61) 55 18 - 2 21  
E-Mail: info@fuk-thueringen.de  
Internet: www.fuk-thueringen.de

## Anschriften der für die soziale Entschädigung bei Gesundheitsschäden zuständigen Verwaltungsbehörden

### Baden-Württemberg

Regierungspräsidium Stuttgart  
Landesversorgungsamt  
Rosenbergstr. 122  
70193 Stuttgart  
Telefon (07 11) 63 76 - 0  
Telefax (07 11) 63 76 - 4 00  
E-Mail: abteilung10@rps.bwl.de  
Internet:  
www.rp.baden-wuerttemberg.de

*Versorgungsämter:*  
Hinweis: Die Versorgungsämter in  
Baden-Württemberg wurden ab  
1.1.2005 in die Landratsämter einge-  
gliedert

### Bayern

**Zentrum Bayern Familie und Soziales  
Region Ostbayern**  
Hegelstraße 2  
95447 Bayreuth  
Telefon (09 21) 6 05 - 03  
Telefax (09 21) 6 05 39 03  
E-Mail: poststelle@zbfbs.bayern.de  
Internet: www.zbfbs.bayern.de

**Zentrum Bayern Familie und Soziales  
Region Oberbayern I**  
Richelstraße 17  
80634 München  
Telefon (0 89) 1 30 62 - 0  
Telefax (0 89) 1 30 62 - 4 89  
E-Mail:  
poststelle.obb1@zbfbs.bayern.de

**Zentrum Bayern Familie und Soziales  
Region Oberbayern II**  
Bayerstraße 32  
80335 München  
Telefon (0 89) 51 43 - 1  
Telefax (0 89) 51 43 - 4 99  
E-Mail:  
poststelle.obb2@zbfbs.bayern.de

**Zentrum Bayern Familie und Soziales  
Region Niederbayern**  
Friedhofstraße 7  
84028 Landshut  
Telefon (08 71) 8 29 - 0  
Telefax (08 71) 8 29 - 3 15  
E-Mail:  
poststelle.ndb@zbfbs.bayern.de

**Zentrum Bayern Familie und Soziales  
Region Mittelfranken**  
Bärenschanzstraße 8 a  
90429 Nürnberg  
Telefon (09 11) 9 28 - 0  
Telefax (09 11) 9 28 - 24 00  
E-Mail:  
poststelle.mfr@zbfbs.bayern.de

**Zentrum Bayern Familie und Soziales  
Region Unterfranken**  
Georg-Eydel-Str. 13  
97082 Würzburg  
Telefon (09 31) 41 07 - 01  
Telefax (09 31) 41 07 - 2 22  
E-Mail:  
poststelle.ufr@zbfbs.bayern.de

**Zentrum Bayern Familie und Soziales  
Region Schwaben**  
Morellstraße 30  
86159 Augsburg  
Telefon (08 21) 57 09 - 01  
Telefax (08 21) 57 09 - 5 00  
E-Mail:  
poststelle.schw@zbfbs.bayern.de

### Berlin

**Landesamt für Gesundheit und  
Soziales Berlin**  
Sächsische Straße 28  
10707 Berlin  
Telefon (0 30) 90 12 - 89 89  
Telefax (0 30) 90 12 - 89 87  
E-Mail:  
poststelle@lageso.verwalt-berlin.de  
Internet: www.lageso.berlin.de

**Landesamt für Gesundheit und  
Soziales Berlin  
– Versorgungsamt**  
Albrecht-Achilles-Straße 62 - 65  
10709 Berlin  
Telefon (0 30) 90 12 - 71 44  
Telefax (0 30) 90 12 - 32 35  
E-Mail: versorgungsamt@  
lageso.verwalt-berlin.de

### Brandenburg

**Landesamt für Soziales und  
Versorgung des Landes  
Brandenburg**  
Lipezker Straße 45, Haus 5  
03048 Cottbus  
Telefon (03 55) 28 93 - 0  
Telefax (03 55) 28 93 - 2 21  
Internet: www.lasv.brandenburg.de

**Landesamt für Soziales und  
Versorgung  
– Versorgungsamt  
– Außenstelle Cottbus**  
Weinbergstraße 10  
03050 Cottbus  
Telefon (03 55) 28 93 - 0  
Telefax (03 55) 28 93 - 2 11  
E-Mail:  
epost@lasv-c.brandenburg.de

**Landesamt für Soziales und  
Versorgung  
– Versorgungsamt  
– Außenstelle Frankfurt/Oder**  
Robert-Havemann-Straße 4  
15236 Frankfurt/Oder  
Telefon (03 35) 55 82 - 0  
Telefax (03 35) 55 82 - 2 84  
Internet:  
http://www.lasv.brandenburg.de

**Landesamt für Soziales und  
Versorgung  
– Versorgungsamt  
– Außenstelle Potsdam**  
„Ruinenberg-Kaserne“, Einsiedelei 6  
14469 Potsdam  
Telefon (03 31) 27 61 - 0  
Telefax (03 31) 27 61 - 4 99  
E-Mail:  
epost@asv-p.brandenburg.de

### Bremen

**Der Senator für Arbeit und Frauen,  
Gesundheit, Jugend und Soziales  
der Freien Hansestadt Bremen**  
Contrescarpe 72  
28195 Bremen  
Telefon (04 21) 3 61 - 0  
Telefax (04 21) 3 61 - 25 67  
E-Mail: office@soziales.bremen.de  
Internet:  
www.bremen.de/sozialsenator

**Versorgungsamt Bremen**  
Friedrich Rauers Straße 26  
28195 Bremen  
Telefon (04 21) 36 1 - 51 38  
Telefax (04 21) 36 1 - 55 02  
E-Mail:  
office@versorgungsamt.bremen.de

### Hamburg

**Behörde für Soziales und Familie**  
Paul-Neumann-Platz 5  
22765 Hamburg  
Telefon (0 40) 4 28 11 - 23 25  
Telefax (0 40) 4 28 11 - 32 95  
E-Mail: SozialeEntschaedigung@  
bsf.hamburg.de  
Internet: www.bsf.hamburg.de

**Abteilung Soziale Entschädigung  
(Versorgungsamt Hamburg)**  
Paul-Neumann-Platz 5  
22765 Hamburg  
Telefon (0 40) 4 28 11 - 0  
Telefax (0 40) 4 28 11 - 32 95  
(nur für Kriegsgeschädigte)

**Abteilung Soziale Entschädigung  
(Versorgungsamt Hamburg)**  
Beltgens Garten 2  
20537 Hamburg  
Telefon (0 40) 4 28 54 - 0  
Telefax (0 40) 4 27 69 - 10 96  
(für Zivilgeschädigte,  
Schwerbehindertenausweis)

## Hessen

**Regierungspräsidium Gießen  
Hessisches Landesamt für  
Versorgung und Soziales**  
*Hausanschrift*  
Ludwigsplatz 13  
35390 Gießen  
*Postanschrift*  
Landgraf-Philipp-Platz 1-7  
35390 Giessen  
Telefon (06 41) 3 03 - 0  
Telefax (06 41) 3 03 - 27 03 u. 22 64  
E-Mail: rp-giessen@rpgi.hessen.de  
Internet: www.rp-giessen.de

## Hessische Ämter für Versorgung und Soziales:

**Darmstadt**  
Bartningstraße 53  
64289 Darmstadt  
Telefon (0 61 51) 7 38 - 0  
Telefax (0 61 51) 7 38 - 1 33  
E-Mail: havs-dar@havs-dar.hessen.de

**Frankfurt**  
Eckenheimer Landstraße 303  
60320 Frankfurt  
Telefon (0 69) 15 67 - 1  
Telefax (0 69) 15 67 - 2 34  
E-Mail: havs-fra@havs-fr.hessen.de

**Fulda**  
Washingtonallee 29  
36041 Fulda  
Telefon (06 61) 62 07 - 0  
Telefax (06 61) 62 07 - 3 25 u. 2 42  
E-Mail:  
postmaster@havs-ful.hessen.de

**Gießen**  
Südanlage 14 A  
35390 Gießen  
Telefon (06 41) 79 36 - 0  
Telefax (06 41) 79 36 - 1 17  
E-Mail:  
postmaster@havs-gie.hessen.de

**Kassel**  
Frankfurter Straße 84 A  
34121 Kassel  
Telefon (05 61) 20 99 - 0  
Telefax (05 61) 20 99 - 240  
E-Mail: info@havs-kas.hessen.de

**Wiesbaden**  
John-F.-Kennedy-Straße 4  
65189 Wiesbaden  
Telefon (06 11) 71 57 - 0  
Telefax (06 11) 71 57 - 1 77  
E-Mail:  
poststelle@havs-wie.hessen.de

## Mecklenburg-Vorpommern

**Landesversorgungsamt  
Mecklenburg-Vorpommern**  
Erich-Schlesinger-Straße 35  
18059 Rostock  
Telefon (03 81) 12 2-2 89  
Telefax (03 81) 12 2 - 29 10  
E-Mail: lversa\_mv@t-online.de  
Internet: www.versorgungsverwaltung-mv.de

## Versorgungsämter:

**Schwerin**  
Friedrich-Engels-Straße 47  
19061 Schwerin  
Telefon (03 85) 39 91 - 0  
Telefax (03 85) 39 91 - 1 05  
E-Mail: va-sn@t-online.de

**Rostock**  
Erich-Schlesinger-Straße 35  
18059 Rostock  
Telefon (03 81) 122-15 00  
Telefax (03 81) 122-19 95  
E-Mail: poststelle.varo@versa.mv-regierung.de

**Neubrandenburg**  
Neustrelitzer Straße 120  
17033 Neubrandenburg  
Telefon (03 95) 3 80 - 0  
Telefax (03 95) 3 80 - 20 01  
E-Mail: va-nb@t-online.de

**Stralsund**  
Frankendamm 17  
18439 Stralsund  
Telefon (0 38 31) 26 97 - 0  
Telefax (0 38 31) 26 97 - 222  
E-Mail: poststelle.vahst@lversa.mv-regierung.de

**Landesversorgungsamt  
Mecklenburg-Vorpommern  
– Integrationsamt und  
Hauptfürsorgestelle**  
Erich-Schlesinger-Straße 35  
18059 Rostock  
Telefon (03 81) 12 2-2 89  
Telefax (03 81) 12 2 - 28 59  
E-Mail: poststelle.inahro@lversa.mv-regierung.de

**Landesversorgungsamt  
Mecklenburg-Vorpommern  
– Integrationsamt und  
Hauptfürsorgestelle  
Außenstelle Schwerin**  
Friedrich-Engels-Straße 47  
19061 Schwerin  
Telefon (03 85) 39 9 - 13 01  
Telefax (03 85) 39 9 - 13 05  
E-Mail: poststelle.inanb@lversa.mv-regierung.de

**Landesversorgungsamt  
Mecklenburg-Vorpommern  
– Integrationsamt und  
Hauptfürsorgestelle  
Außenstelle Neubrandenburg**  
Neustrelitzer Straße 120  
17033 Neubrandenburg  
Telefon (03 95) 3 80 - 28 01  
Telefax (03 95) 3 80 - 28 00  
E-Mail: poststelle.inasn@lversa.mv-regierung.de

## Niedersachsen

**Niedersächsisches Landesamt für  
Soziales, Jugend und Familie  
Landesversorgungsamt**  
Domhof 1  
31134 Hildesheim  
Telefon (0 51 21) 3 04 - 0  
Telefax (0 51 21) 3 04 - 6 11  
(0 51 21) 3 04 - 5 95  
E-Mail:  
pressestelle@nlza.niedersachsen.de  
Internet:  
www.soziales.niedersachsen.de

## Versorgungsämter

**Hildesheim**  
Goslarsche Str. 3  
31134 Hildesheim  
Telefon (0 51 21) 1 63 - 0  
Telefax (0 51 21) 1 63 - 2 00  
E-Mail: poststelleshildesheim@ls.niedersachsen.de

**Osnabrück**  
Iburger Str. 30  
49032 Osnabrück  
Telefon (05 41) 58 45 - 1  
Telefax (05 41) 58 45 - 2 52  
E-Mail: poststellelosnabrueck@ls.niedersachsen.de

**Braunschweig**  
Schillstraße 1  
38102 Braunschweig  
Telefon (05 31) 70 19 - 0  
Telefax (05 31) 70 19 - 1 99  
E-Mail: poststellelsbraunschweig@ls.niedersachsen.de

**Hannover**  
Am Waterloopplatz 11  
30169 Hannover  
Telefon (05 11) 1 06 - 0  
Telefax (05 11) 1 06 - 26 67  
E-Mail: poststellelhannover@ls.niedersachsen.de

**Lüneburg**  
Auf der Hude 2  
21339 Lüneburg  
Telefon (04 31) 15 - 0  
Telefax (03 31) 15 - 29 02  
E-Mail: poststellelslueneburg@ls.niedersachsen.de

**Oldenburg**  
Moslestraße 1  
26122 Oldenburg  
Telefon (04 41) 22 29 - 0  
Telefax (04 41) 22 29 - 32 72  
E-Mail: poststellelsoldenburg@ls.niedersachsen.de

**Verden**  
Marienstraße 8  
27283 Verden  
Telefon (0 42 31) 14 - 0  
Telefax (0 42 31) 14 - 1 61  
E-Mail: poststellelsverden@ls.niedersachsen.de

## Nordrhein-Westfalen

**Bezirksregierung Münster  
– Abteilung Soziales und Arbeit,  
Landesversorgungsamt–  
Albrecht-Thaer-Straße 9  
48147 Münster**  
Telefon (02 51) 4 11 - 0  
Telefax (02 51) 4 11 - 33 23  
E-Mail:  
poststelle@bezreg-muenster.nrw.de  
Internet:  
www.versorgungsverwaltung.nrw.de

## Versorgungsämter:

**Aachen**  
Schenkendorfstraße 2 - 6  
52066 Aachen  
Telefon (02 41) 51 07 - 0  
Telefax (02 41) 51 07 - 5 00  
E-Mail: poststelle@vamt-ac.nrw.de

**Bielefeld**  
Stapenhorststraße 62  
33615 Bielefeld  
Telefon (05 21) 5 99 - 0  
Telefax (05 21) 5 99 - 200  
E-Mail: poststelle@vamt-bi.nrw.de

## Adressen

## Adressen

**Dortmund**  
Rheinische Straße 173  
44147 Dortmund  
Telefon (02 31) 90 64 - 0  
Telefax (02 31) 90 64 - 520  
E-Mail: poststelle@vamt-do.nrw.de

**Düsseldorf**  
Erkrather Straße 339  
40231 Düsseldorf  
Telefon (02 11) 45 84 - 0  
Telefax (02 11) 45 84 - 7 45/7 46  
E-Mail: poststelle@vamt-d.nrw.de

**Duisburg**  
Ludgeristraße 12  
47057 Duisburg  
Telefon (02 03) 30 05 - 0  
Telefax (02 03) 30 05 - 6 90  
E-Mail: poststelle@vamt-du.nrw.de

**Essen**  
Kurfürstenstraße 33  
45138 Essen  
Telefon (02 01) 89 88 - 0  
Telefax (02 01) 89 88 - 1 99  
E-Mail: poststelle@vamt-e.nrw.de

**Gelsenkirchen**  
Vattmannstraße 2 - 8  
45879 Gelsenkirchen  
Telefon (02 09) 1 63 - 0  
Telefax (02 09) 1 63 - 2 58  
E-Mail: poststelle@vamt-ge.nrw.de

**Köln**  
Boltensternstraße 10  
50735 Köln  
Telefon (02 21) 77 83 - 0  
Telefax (02 21) 77 83 - 2 01  
E-Mail: poststelle@vamt-k.nrw.de

**Münster**  
Von-Steuben-Straße 10  
48143 Münster  
Telefon (02 51) 4 91 - 1  
Telefax (02 51) 4 91 - 3 98  
E-Mail: poststelle@vamt-ms.nrw.de

**Soest**  
Heinsbergplatz 13  
59494 Soest  
Telefon (0 29 21) 1 07 - 0  
Telefax (0 29 21) 1 07 - 3 00  
E-Mail: poststelle@vamt-so.nrw.de

**Wuppertal**  
Friedrich-Engels-Allee 76  
42285 Wuppertal  
Telefon (02 02) 89 81 - 0  
Telefax (02 02) 89 81 - 1 44  
E-Mail: poststelle@vamt-w.nrw.de

### Rheinland-Pfalz

**Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung**  
Rheinallee 97 - 101  
55118 Mainz  
Telefon (06 13 1) 9 76 - 0  
Telefax (06 13 1) 9 67 - 3 10  
E-Mail: Poststelle-mz@lsjv.rlp.de  
Internet: www.lsjv.de

**Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung Rheinland-Pfalz – Hauptfürsorgestelle –**  
Referat 22 KOF  
Baedekerstraße 2 - 10  
56073 Koblenz  
Telefon (02 61) 40 41 - 2 38  
Telefax (02 61) 40 71 - 3 45  
E-Mail: Rippel.Robert@lsjv.rlp.de

### Versorgungsämtter

**Koblenz**  
Amt für soziale Angelegenheiten  
Baedekerstraße 12 - 20  
56073 Koblenz  
Telefon (02 61) 40 41 - 0  
Telefax (02 61) 40 41 - 4 07  
E-Mail: poststelle-asako@lsjv.rlp.de

**Landau i.d.Pf.**  
Amt für soziale Angelegenheiten  
Reiterstraße 16  
76829 Landau i.d.Pf.  
Telefon (0 63 41) 26 - 1  
Telefax (0 63 41) 26 - 287  
E-Mail: poststelle@AsA-Landau.lsjv.rlp.de

**Mainz**  
Amt für soziale Angelegenheiten  
Schießgartenstraße 6  
55116 Mainz  
Telefon (0 61 31) 2 64 - 0  
Telefax (0 61 31) 2 64 - 6 66  
E-Mail: poststelle@AsA-Mainz.lsjv.rlp.de

**Trier**  
Amt für soziale Angelegenheiten  
Moltkestraße 19  
54292 Trier  
Telefon (06 51) 14 47 - 0  
Telefax (06 51) 14 47 - 2 92  
E-Mail: poststelle@AsA-Trier.lsjv.rlp.de

### Saarland

**Landesamt für Soziales, Gesundheit und Verbraucherschutz**  
Hochstraße 67  
66115 Saarbrücken  
Telefon (06 81) 99 78 - 0  
Telefax (06 81) 99 78 - 1 45  
E-Mail: poststelle@lsgv.saarland.de  
Internet: www.lsgv.saarland.de

### Sachsen

**Sächsisches Landesamt für Familie und Soziales**  
Reichsstraße 3  
09112 Chemnitz  
Telefon (03 71) 5 77 - 0  
Telefax (03 71) 5 77 - 2 82  
E-Mail: Poststelle@slfs.sachsen.de  
Internet: www.slfs.sachsen.de

**Amt für Familie und Soziales  
Zweigstelle des Integrationsamtes  
und der Hauptfürsorgestelle**  
Brückenstraße 10  
09111 Chemnitz  
Telefon (03 71) 4 57 - 0  
Telefax (03 71) 4 57 - 24 99  
E-Mail: AFSC.Poststelle@slfs.sachsen.de

**Amt für Familie und Soziales  
Zweigstelle des Integrationsamtes  
und der Hauptfürsorgestelle**  
Gutzkowstraße 10  
01069 Dresden  
Telefon (03 51) 46 55 - 0  
Telefax (03 51) 46 55 - 2 00  
E-Mail: AFSD.Poststelle@slfs.sachsen.de

**Amt für Familie und Soziales  
Zweigstelle des Integrationsamtes  
und der Hauptfürsorgestelle**  
Berliner Straße 13  
04105 Leipzig  
Telefon (03 41) 5 95 - 50  
Telefax (03 41) 5 95 - 53 54  
E-Mail: ASFL.Poststelle@slfs.sachsen.de

### Versorgungsämtter:

**Chemnitz**  
Amt für Familie und Soziales  
Versorgungsamt  
Brückenstraße 10  
09111 Chemnitz  
Telefon (03 71) 4 57 - 0  
Telefax (03 71) 4 57 - 24 99  
E-Mail: AFSC.Poststelle@slfs.sachsen.de

**Dresden**  
Amt für Familie und Soziales  
Versorgungsamt  
Gutzkowstraße 10  
01069 Dresden  
Telefon (03 51) 46 55 - 0  
Telefax (03 51) 46 55 - 6 55  
E-Mail: AFSD.Poststelle@slfs.sachsen.de

**Leipzig**  
Amt für Familie und Soziales  
Versorgungsamt  
Berliner Straße 13  
04105 Leipzig  
Telefon (03 41) 5 95 - 50  
Telefax (03 41) 5 95 - 53 54  
E-Mail: ASFL.Poststelle@slfs.sachsen.de

### Sachsen-Anhalt

**Landesverwaltungsamt  
Referat Landesversorgungsamt**  
Maxim-Gorki-Straße 7  
06114 Halle  
Telefon (03 45) 52 76 - 0  
Telefax (03 45) 5 23 05 32  
E-Mail: post.gs@lvwa.sachsen-anhalt.de  
Internet: www.landesverwaltungsamt.sachsen-anhalt.de

### Versorgungsämtter, Hauptfürsorgestellen

**Halle**  
Landesverwaltungsamt  
Referat Versorgungsamt,  
Hauptfürsorgestelle, Soziales  
Entschädigungsrecht  
Maxim-Gorki-Straße 7  
06114 Halle  
Telefon (03 45) 52 76 - 0  
Telefax (03 45) 5 23 05 32  
E-Mail: post.gs@lvwa.sachsen-anhalt.de

**Magdeburg**  
Landesverwaltungsamt  
Referat Versorgungsamt,  
Hauptfürsorgestelle, Soziales  
Entschädigungsrecht  
Halberstädter Straße 39a  
39112 Magdeburg  
Telefon (03 91) 6 27 - 30 00  
Telefax (03 91) 6 27 - 37 01  
E-Mail: post.hs@lvwa.sachsen-anhalt.de

### Schleswig-Holstein

**Landesamt für soziale Dienste  
Schleswig-Holstein**  
Steinmetzstraße 1 - 11  
24534 Neumünster  
Telefon (04 32 1) 9 13 - 5  
Telefax (04 32 1) 1 33 38  
E-Mail: post.nms@lasd-sh.de  
Internet: www.lasd-sh.de

## Außenstellen

### Heide

Neue Anlage 9  
25746 Heide  
Telefon (04 81) 6 96 - 0  
Telefax (04 81) 6 35 - 18  
E-Mail: post.hei@lasd-sh.de

### Kiel

Gartenstraße 7  
24103 Kiel  
Telefon (04 31) 98 27 - 0  
Telefax (04 31) 55 44 89  
E-Mail: post.ki@lasd-sh.de

### Lübeck

Große Burgstraße 4  
23552 Lübeck  
Telefon (04 51) 14 06 - 0  
Telefax (04 51) 14 06 4 99  
E-Mail: post.hl@lasd-sh.de

### Schleswig

Seminarweg 6  
24837 Schleswig  
Telefon (04 62 1) 8 06 - 0  
Telefax (04 62 1) 2 95 83  
E-Mail: post.sl@lasd-sh.de

## Thüringen

**Thüringer Landesamt für Soziales  
und Familie  
Landesversorgungsamt mit  
Hauptfürsorgestelle**  
Karl-Liebnecht-Straße 4  
98527 Suhl  
Telefon (0 36 81) 73 22 26  
Telefax (0 36 81) 73 33 66  
E-Mail: VASPoststelle@  
lasf.thueringen.de  
Internet: www.thueringen.de/lasf

### Versorgungsämter:

#### Erfurt

Lindenbacher Weg 30  
99099 Erfurt  
Telefon (03 61) 37 80 - 0  
Telefax (03 61) 37 88 - 1 95  
E-Mail:  
VAEPoststelle@lasfef.thueringen.de

## Gera

Puschkinplatz 7  
07545 Gera  
Telefon (03 65) 82 23 - 0  
Telefax (03 65) 82 23 - 5 93  
e-Mail: VAGPoststelle@  
lasfgera.thueringen.de

## Suhl

Karl-Liebnecht-Straße 4  
98527 Suhl  
Telefon (0 36 81) 73 - 0  
Telefax (0 36 81) 73 - 24 01  
E-Mail: VASPoststelle@  
lasf.thueringen.de

## Adressen

## Anschriften von Dienststellen der Bundesagentur für Arbeit

### Bundesagentur für Arbeit

Regensburger Straße 104, 90478 Nürnberg, Telefon (09 11) 1 79 - 0, Telefax (09 11) 1 79 - 21 23  
Internet: www.arbeitsagentur.de

### Regionaldirektion Nord

Projensdorfer Str. 82  
24106 Kiel  
Telefon (04 31) 33 95 - 0  
Telefax (04 31) 33 95 - 2 62

### Agenturen für Arbeit

#### Bad Oldesloe

Berliner Ring 8 - 10  
23843 Bad Oldesloe  
Telefon (0 45 31) 1 67 - 0  
Telefax (0 45 31) 1 67 - 4 99  
e-Mail:  
BadOldesloe@arbeitsagentur.de

#### Elmshorn

Bauerweg 23  
25335 Elmshorn  
Telefon (0 41 21) 4 80 - 0  
Telefax (0 41 21) 4 80 - 5 00  
E-Mail: Elmshorn@arbeitsagentur.de

#### Flensburg

Waldstraße 2  
24939 Flensburg  
Telefon (04 61) 8 19 - 0  
Telefax (04 61) 8 19 - 3 45  
E-Mail:  
Flensburg@arbeitsagentur.de

#### Hamburg

Kurt-Schumacher-Allee 16  
20097 Hamburg  
Telefon (0 40) 24 85 - 0  
Telefax (0 40) 24 85 - 25 03  
E-Mail: Hamburg@arbeitsagentur.de

#### Heide

Rungholtstraße 1  
25746 Heide  
Telefon (04 81) 98 - 0  
Telefax (04 81) 98 - 2 75  
E-Mail: Heide@arbeitsagentur.de

### Kiel

Adolf-Westphal-Str. 2  
24143 Kiel  
Telefon (04 31) 7 09 - 0  
Telefax (04 31) 7 09 - 15 61  
E-Mail: Kiel@arbeitsagentur.de

### Lübeck

Hans-Böckler-Straße 1  
23560 Lübeck  
Telefon (04 51) 5 88 - 0  
Telefax (04 51) 5 88 - 5 00  
E-Mail: Luebeck@arbeitsagentur.de

### Neubrandenburg

Passage 2  
17034 Neubrandenburg  
Telefon (03 95) 7 66 - 0  
Telefax (03 95) 7 66 - 29 50  
E-Mail: Neubrandenburg@  
arbeitsagentur.de

### Neumünster

Wittorfer Str. 22 - 26  
24534 Neumünster  
Telefon (0 43 21) 9 43 - 0  
Telefax (0 43 21) 9 43 - 4 76  
E-Mail:  
Neumuenster@arbeitsagentur.de

### Rostock

Kopernikusstraße 1 a  
18057 Rostock  
Telefon (03 81) 8 04 - 0  
Telefax (03 81) 8 04 - 40 09  
E-Mail: Rostock@arbeitsagentur.de

### Schwerin

Am Margaretenhof 14/16  
19057 Schwerin  
Telefon (03 85) 4 50 - 0  
Telefax (03 85) 4 50 - 60 00  
E-Mail: Schwerin@arbeitsagentur.de

### Stralsund

C.-Heydemann-Ring 98  
18437 Stralsund  
Telefon (0 38 31) 2 59 - 0  
Telefax (0 38 31) 2 59 - 2 03  
E-Mail: Stralsund@arbeitsagentur.de

### Regionaldirektion

#### Niedersachsen-Bremen

Altenbekener Damm 82  
30173 Hannover  
Telefon (05 11) 98 85 - 0  
Telefax (05 11) 98 85 - 3 60  
E-Mail: Niedersachsen-Bremen@  
arbeitsagentur.de

### Agenturen für Arbeit:

#### Braunschweig

Cyriaksring 10  
38118 Braunschweig  
Telefon (05 31) 2 07 - 0  
Telefax (05 31) 2 07 - 18 50  
E-Mail:  
Braunschweig@arbeitsagentur.de

#### Bremen

Doventorsteinweg 48 - 52  
28195 Bremen  
Telefon (04 21) 1 78 - 0  
Telefax (04 21) 1 78 - 24 50  
E-Mail: Bremen@arbeitsagentur.de

#### Bremerhaven

Grimsbystraße 1  
27570 Bremerhaven  
Telefon (04 71) 94 49 - 0  
Telefax (04 71) 94 49 - 4 49  
E-Mail:  
Bremerhaven@arbeitsagentur.de

#### Celle

Georg-Wilhelm-Str. 14  
29223 Celle  
Telefon (0 51 41) 9 61 - 0  
Telefax (0 51 41) 9 61 - 7 13  
E-Mail: Celle@arbeitsagentur.de

#### Emden

Schlesierstraße 10/12  
26723 Emden  
Telefon (0 49 21) 8 08 - 0  
Telefax (0 49 21) 8 08 - 2 00  
E-Mail: Emden@arbeitsagentur.de

## Adressen

### Goslar

Robert-Koch-Str. 11  
38642 Goslar  
Telefon (0 53 21) 5 57 - 0  
Telefax (0 53 21) 5 57 - 4 50  
E-Mail: Goslar@arbeitsagentur.de

### Göttingen

Bahnhofsallee 5  
37081 Göttingen  
Telefon (05 51) 5 20 - 0  
Telefax (05 51) 5 20 - 5 50  
E-Mail:  
Goettingen@arbeitsagentur.de

### Hameln

Süntelstraße 6  
31785 Hameln  
Telefon (0 51 51) 9 09 - 0  
Telefax (0 51 51) 9 09 - 2 54  
E-Mail: Hameln@arbeitsagentur.de

### Hannover

Brühlstraße 4  
30169 Hannover  
Telefon (05 11) 9 19 - 0  
Telefax (05 11) 9 19 - 17 02  
E-Mail:  
Hannover@arbeitsagentur.de

### Helmstedt

Magdeburger Tor 18  
38350 Helmstedt  
Telefon (0 53 51) 5 22 - 0  
Telefax (0 53 51) 5 22 - 1 76  
E-Mail:  
Helmstedt@arbeitsagentur.de

### Hildesheim

Am Marienfriedhof 3  
31134 Hildesheim  
Telefon (0 51 21) 9 69 - 0  
Telefax (0 51 21) 9 69 - 3 60  
E-Mail:  
Hildesheim@arbeitsagentur.de

### Leer

Jahnstraße 6  
26789 Leer  
Telefon (04 91) 92 70 - 0  
Telefax (04 91) 92 70 - 8 00  
E-Mail: Leer@arbeitsagentur.de

### Lüneburg

An den Reeperbahnen 2  
21335 Lüneburg  
Telefon (0 41 31) 7 45 - 0  
Telefax (0 41 31) 7 45 - 3 42  
E-Mail:  
Lueneburg@arbeitsagentur.de

### Nienburg

Verdener Straße 21  
31582 Nienburg  
Telefon (0 50 21) 9 07 - 0  
Telefax (0 50 21) 9 07 - 4 70  
E-Mail: Nienburg@arbeitsagentur.de

### Nordhorn

Stadtring 9 - 15  
48527 Nordhorn  
Telefon (0 59 21) 8 70 - 0  
Telefax (0 59 21) 8 70 - 3 50  
E-Mail:  
Nordhorn@arbeitsagentur.de

### Oldenburg

Stau 70  
26122 Oldenburg  
Telefon (04 41) 2 28 - 0  
Telefax (04 41) 2 29 - 11 09  
E-Mail:  
Oldenburg@arbeitsagentur.de

### Osnabrück

Johannistorwall 56  
49080 Osnabrück  
Telefon (05 41) 9 80 - 0  
Telefax (05 41) 9 80 - 7 65  
E-Mail:  
Osnabrueck@arbeitsagentur.de

### Stade

Wiesenstraße 10  
21680 Stade  
Telefon (0 41 41) 9 26 - 0  
Telefax (0 41 41) 9 26 - 3 91  
E-Mail: Stade@arbeitsagentur.de

### Uelzen

Lüneburger Straße 72  
29525 Uelzen  
Telefon (05 81) 9 39 - 0  
Telefax (05 81) 9 39 - 7 55  
E-Mail: Uelzen@arbeitsagentur.de

### Vechta

Rombergstraße 51  
49377 Vechta  
Telefon (0 44 41) 9 46 - 0  
Telefax (0 44 41) 9 46 - 1 20  
E-Mail: Vechta@arbeitsagentur.de

### Verden

Lindhooper Straße 9  
27283 Verden  
Telefon (0 42 31) 8 09 - 0  
Telefax (0 42 31) 8 09 - 2 32  
E-Mail: Verden@arbeitsagentur.de

### Wilhelmshaven

Schillerstraße 43 - 49  
Telefon (0 44 21) 2 98 - 0  
Telefax (0 44 21) 2 98 - 38 99  
26382 Wilhelmshaven  
E-Mail: Wilhelmshaven@arbeitsagentur.de

### Regionaldirektion Nordrhein-Westfalen

Josef-Gockeln-Str. 7  
40474 Düsseldorf  
Telefon (02 11) 43 06 - 0  
Telefax (02 11) 43 06 - 3 77  
E-Mail: Nordrhein-Westfalen@arbeitsagentur.de

### Agenturen für Arbeit

#### Aachen

Roermonder Straße 51  
52072 Aachen  
Telefon (02 41) 8 97 - 0  
Telefax (02 41) 8 97 - 15 89  
E-Mail: Aachen@arbeitsagentur.de

#### Ahlen

Bismarckstraße 10  
59229 Ahlen  
Telefon (0 23 82) 9 59 - 0  
Telefax (0 23 82) 9 59 - 4 70  
E-Mail: Ahlen@arbeitsagentur.de

#### Bergisch Gladbach

Bensberger Straße 85  
51465 Bergisch Gladbach  
Telefon (0 22 02) 93 33 - 0  
Telefax (0 22 02) 93 33 - 6 35  
E-Mail: Bergisch-Gladbach@arbeitsagentur.de

#### Bielefeld

Werner-Bock-Straße. 8  
33602 Bielefeld  
Telefon (05 21) 5 87 - 0  
Telefax (05 21) 5 87 - 19 99  
E-Mail: Bielefeld@arbeitsagentur.de

#### Bochum

Universitätsstraße 66  
44789 Bochum  
Telefon (02 34) 3 05 - 0  
Telefax (02 34) 3 05 - 13 49  
E-Mail: Bochum@arbeitsagentur.de

#### Bonn

Villemombler Straße 101  
53123 Bonn  
Telefon (02 28) 9 24 - 0  
Telefax (02 28) 9 24 - 14 37  
E-Mail: Bonn@arbeitsagentur.de

### Brühl

Wilhelm-Kamm-Straße 1  
50321 Brühl  
Telefon (0 22 32) 94 61 - 0  
Telefax (0 22 32) 94 61 - 2 40  
E-Mail: Bruehl@arbeitsagentur.de

### Coesfeld

Holtwicker Straße 1  
48653 Coesfeld  
Telefon (0 25 41) 9 19 - 0  
Telefax (0 25 41) 9 19 - 2 54  
E-Mail: Coesfeld@arbeitsagentur.de

### Detmold

Wittekindstraße 2  
32758 Detmold  
Telefon (0 52 31) 6 10 - 0  
Telefax (0 52 31) 6 10 - 9 99  
E-Mail: Detmold@arbeitsagentur.de

### Dortmund

Steinstraße 39  
44147 Dortmund  
Telefon (02 31) 8 42 - 0  
Telefax (02 31) 8 42 - 16 20  
E-Mail:  
Dortmund@arbeitsagentur.de

### Düren

Moltkestraße 49  
52351 Düren  
Telefon (0 24 21) 1 24 - 0  
Telefax (0 24 21) 1 24 - 2 88  
E-Mail: Dueren@arbeitsagentur.de

### Düsseldorf

Grafenberger Allee 300  
40237 Düsseldorf  
Telefon (02 11) 6 92 - 0  
Telefax (02 11) 6 92 - 16 10  
E-Mail:  
Duesseldorf@arbeitsagentur.de

### Duisburg

Wintgenstraße 29 - 33  
47058 Duisburg  
Telefon (02 03) 3 02 - 0  
Telefax (02 03) 3 02 - 3 51  
E-Mail: Duisburg@arbeitsagentur.de

### Essen

Berliner Platz 10  
45127 Essen  
Telefon (02 01) 1 81 - 0  
Telefax (02 01) 1 81 - 44 44  
E-Mail: Essen@arbeitsagentur.de

### Gelsenkirchen

Vattmannstraße 12  
45879 Gelsenkirchen  
Telefon (02 09) 1 64 - 0  
Telefax (02 09) 1 64 - 4 63  
E-Mail: Gelsenkirchen@arbeitsagentur.de

### Hagen

Körnerstraße 98 - 100  
58095 Hagen  
Telefon (0 23 31) 2 02 - 0  
Telefax (0 23 31) 2 02 - 5 45  
E-Mail: Hagen@arbeitsagentur.de

### Hamm

Bismarckstraße 2  
59065 Hamm  
Telefon (0 23 81) 9 10 - 0  
Telefax (0 23 81) 9 10 - 26 26  
E-Mail: Hamm@arbeitsagentur.de

### Herford

Hansastraße 33  
32049 Herford  
Telefon (0 52 21) 9 85 - 0  
Telefax (0 52 21) 9 85 - 5 91  
E-Mail: Herford@arbeitsagentur.de

## Iserlohn

Friedrichstraße 59 - 61  
58636 Iserlohn  
Telefon (0 23 71) 9 05 - 0  
Telefax (0 23 71) 9 05 - 3 97  
E-Mail: Iserlohn@arbeitsagentur.de

## Köln

Luxemburger Straße 121  
50939 Köln  
Telefon (0 21 21) 94 29 - 0  
Telefax (0 21 21) 94 29 - 41 23  
E-Mail: Koeln@arbeitsagentur.de

## Krefeld

Philadelpiastraße 2  
47799 Krefeld  
Telefon (0 21 51) 92 - 0  
Telefax (0 21 51) 92 - 24 00  
E-Mail: Krefeld@arbeitsagentur.de

## Meschede

Brückenstraße 10  
59872 Meschede  
Telefon (02 91) 2 04 - 0  
Telefax (02 91) 2 04 - 6 69  
E-Mail:  
Meschede@arbeitsagentur.de

## Mönchengladbach

Lürriper Straße 78 - 80  
41065 Mönchengladbach  
Telefon (0 21 61) 4 04 - 0  
Telefax (0 21 61) 4 04 - 10 15  
E-Mail: Moenchengladbach@arbeitsagentur.de

## Münster

Wolbecker Straße 45 - 47  
48155 Münster  
Telefon (02 51) 6 98 - 0  
Telefax (02 51) 6 98 - 3 00  
E-Mail: Muenster@arbeitsagentur.de

## Oberhausen

Mülheimer Straße 36  
46045 Oberhausen  
Telefon (02 08) 85 06 - 0  
Telefax (02 08) 85 06 - 8 70  
E-Mail:  
Oberhausen@arbeitsagentur.de

## Paderborn

Bahnhofstraße 26  
33102 Paderborn  
Telefon (0 52 51) 1 20 - 0  
Telefax (0 52 51) 1 20 - 6 66  
E-Mail:  
Paderborn@arbeitsagentur.de

## Recklinghausen

Görresstraße 15  
45657 Recklinghausen  
Telefon (0 23 61) 40 - 0  
Telefax (0 23 61) 40 - 29 00  
E-Mail: Recklinghausen@arbeitsagentur.de

## Rheine

Dutumer Straße 5  
48431 Rheine  
Telefon (0 59 71) 9 30 - 0  
Telefax (0 59 71) 9 30 - 9 00  
E-Mail: Rheine@arbeitsagentur.de

## Siegen

Emilienstraße 45  
57072 Siegen  
Telefon (02 71) 23 01 - 0  
Telefax (02 71) 23 01 - 4 48  
E-Mail: Siegen@arbeitsagentur.de

## Soest

Heinsbergplatz 6  
59494 Soest  
Telefon (0 29 21) 1 06 - 0  
Telefax (0 29 21) 1 06 - 6 66  
E-Mail: Soest@arbeitsagentur.de

## Solingen

Kamper Straße 35  
42699 Solingen  
Telefon (02 12) 23 55 - 0  
Telefax (02 12) 23 55 - 4 81  
E-Mail: Solingen@arbeitsagentur.de

## Wesel

Reeser Landstraße 61  
46483 Wesel  
Telefon (02 81) 96 20 - 0  
Telefax (02 81) 96 20 - 4 44  
E-Mail: Wesel@arbeitsagentur.de

## Wuppertal

Hünefeldstraße 3 - 17  
42285 Wuppertal  
Telefon (02 02) 28 28 - 0  
Telefax (02 02) 28 28 - 4 46  
E-Mail:  
Wuppertal@arbeitsagentur.de

## Regionaldirektion Hessen

Saonestraße 2 - 4  
60528 Frankfurt a.M.  
Telefon (0 69) 66 70 - 0  
Telefax (0 69) 66 70 - 4 59  
E-Mail: Hessen@arbeitsagentur.de

## Agenturen für Arbeit

### Bad Hersfeld

Vitalisstraße 1  
36251 Bad Hersfeld  
Telefon (0 66 21) 2 09 - 0  
Telefax (0 66 21) 2 09 - 2 73  
E-Mail:  
BadHersfeld@arbeitsagentur.de

### Darmstadt

Groß-Gerauer-Weg 7  
64295 Darmstadt  
Telefon (0 61 51) 3 04 - 0  
Telefax (0 61 51) 3 04 - 6 66  
E-Mail:  
Darmstadt@arbeitsagentur.de

### Frankfurt a.M.

Fischerfeldstraße 10 - 12 und 13  
60311 Frankfurt a.M.  
Telefon (0 69) 21 71 - 0  
Telefax (0 69) 21 71 - 24 30  
E-Mail: Frankfurt@arbeitsagentur.de

### Fulda

Rangstraße 4  
36037 Fulda  
Telefon (06 61) 17 - 0  
Telefax (06 61) 17 - 3 03  
E-Mail: Fulda@arbeitsagentur.de

### Giessen

Nordanlage 60  
35390 Giessen  
Telefon (06 41) 93 93 - 0  
Telefax (06 41) 93 93 - 4 48  
E-Mail: Giessen@arbeitsagentur.de

### Hanau

Am Hauptbahnhof 1  
63450 Hanau  
Telefon (0 61 81) 6 72 - 0  
Telefax (0 61 81) 6 72 - 6 53  
E-Mail: Hanau@arbeitsagentur.de

### Kassel

Grüner Weg 46  
34117 Kassel  
Telefon (05 61) 7 01 - 0  
Telefax (05 61) 7 01 - 29 10  
E-Mail: Kassel@arbeitsagentur.de

### Korbach

Louis-Peter-Straße 49 - 51  
34497 Korbach  
Telefon (0 56 31) 9 57 - 0  
Telefax (0 56 31) 9 57 - 5 00  
E-Mail: Korbach@arbeitsagentur.de

## Limburg

Ste-Foy-Straße 23  
65549 Limburg  
Telefon (0 64 31) 2 09 - 0  
Telefax (0 64 31) 2 09 - 4 44  
E-Mail: Limburg@arbeitsagentur.de

## Marburg

Aföllerstraße 25  
35039 Marburg  
Telefon (0 64 21) 6 05 - 0  
Telefax (0 64 21) 6 05 - 3 99  
E-Mail: Marburg@arbeitsagentur.de

## Offenbach

Domstraße 68 - 72  
63067 Offenbach  
Telefon (0 69) 8 29 97 - 0  
Telefax (0 69) 8 29 97 - 2 91  
E-Mail:  
Offenbach@arbeitsagentur.de

## Wetzlar

Sophienstraße 19  
35576 Wetzlar  
Telefon (0 64 41) 9 09 - 0  
Telefax (0 64 41) 9 09 - 1 06  
E-Mail: Wetzlar@arbeitsagentur.de

## Wiesbaden

Klarenthaler Straße 34  
65197 Wiesbaden  
Telefon (06 11) 94 94 - 0  
Telefax (06 11) 94 94 - 4 81  
E-Mail:  
Wiesbaden@arbeitsagentur.de

## Regionaldirektion Rheinland-Pfalz – Saarland

Eschberger Weg 68  
66121 Saarbrücken  
Telefon (06 81) 8 49 - 0  
Telefax (06 81) 8 49 - 1 80  
E-Mail: Rheinland-Pfalz-Saarland@arbeitsagentur.de

## Agenturen für Arbeit

### Bad Kreuznach

Bosenheimer Straße 16  
55543 Bad Kreuznach  
Telefon (06 71) 8 50 - 0  
Telefax (06 71) 8 50 - 4 85  
E-Mail:  
BadKreuznach@arbeitsagentur.de

### Kaiserslautern

Augustastrasse 6  
67655 Kaiserslautern  
Telefon (06 31) 36 41 - 0  
Telefax (06 31) 36 41 - 5 35  
E-Mail:  
Kaiserslautern@arbeitsagentur.de

### Koblenz

Rudolf-Virchow-Straße 5  
56073 Koblenz  
Telefon (02 61) 4 05 - 0  
Telefax (02 61) 4 05 - 8 73  
E-Mail: Koblenz@arbeitsagentur.de

### Landau

Johannes-Kopp-Straße 2  
76829 Landau  
Telefon (0 63 41) 9 58 - 0  
Telefax (0 63 41) 9 58 - 4 66  
E-Mail: Landau@arbeitsagentur.de

### Ludwigshafen

Berliner Straße 23 a  
67059 Ludwigshafen  
Telefon (06 21) 59 93 - 0  
Telefax (06 21) 59 93 - 4 44  
E-Mail:  
Ludwigshafen@arbeitsagentur.de

## Adressen

## Adressen

### Mainz

Untere Zahlbacher Straße 27  
55131 Mainz  
Telefon (0 61 31) 2 48 - 0  
Telefax (0 61 31) 2 48 - 2 48  
E-Mail: Mainz@arbeitsagentur.de

### Mayen

Katzenberger Weg 31 - 33  
56727 Mayen  
Telefon (0 26 51) 9 50 - 0  
Telefax (0 26 51) 9 50 - 5 97  
E-Mail: Mayen@arbeitsagentur.de

### Montabaur

Tonnerrestraße 1  
56410 Montabaur  
Telefon (0 26 02) 1 23 - 0  
Telefax (0 26 02) 1 23 - 2 01  
E-Mail:  
Montabaur@arbeitsagentur.de

### Neunkirchen

Ringstraße 1  
66538 Neunkirchen  
Telefon (0 68 21) 2 04 - 0  
Telefax (0 68 21) 2 04 - 3 43  
E-Mail:  
Neunkirchen@arbeitsagentur.de

### Neuwied

Julius-Remy-Straße 4  
56564 Neuwied  
Telefon (0 26 31) 8 91 - 0  
Telefax (0 26 31) 8 91 - 3 65  
E-Mail: Nuewied@arbeitsagentur.de

### Pirmasens

Schachenstraße 70  
66954 Pirmasens  
Telefon (0 63 31) 1 47 - 0  
Telefax (0 63 31) 1 47 - 1 00  
E-Mail:  
Pirmasens@arbeitsagentur.de

### Saarbrücken

Hafenstraße 18  
66111 Saarbrücken  
Telefon (06 81) 9 44 - 0  
Telefax (06 81) 9 44 - 50 00  
E-Mail:  
Saarbruecken@arbeitsagentur.de

### Saarlouis

Ludwigstraße 10  
66740 Saarlouis  
Telefon (0 68 31) 4 48 - 0  
Telefax (0 68 31) 4 48 - 3 99  
E-Mail: Saarlouis@arbeitsagentur.de

### Trier

Dasbachstraße 9  
54295 Trier  
Telefon (06 51) 2 05 - 0  
Telefax (06 51) 2 05 - 30 40  
E-Mail: Trier@arbeitsagentur.de

### Regionaldirektion Baden-Württemberg

Hölderlinstraße 36  
70174 Stuttgart  
Telefon (07 11) 9 41 - 0  
Telefax (07 11) 9 41 - 16 40  
E-Mail: Baden-Wuerttemberg@  
arbeitsagentur.de

### Agenturen für Arbeit

#### Aalen

Julius-Bausch-Straße 12  
73430 Aalen  
Telefon (0 73 61) 5 75 - 0  
Telefax (0 73 61) 5 75 - 5 45  
E-Mail: Aalen@arbeitsagentur.de

### Balingen

Stingstraße 17  
72336 Balingen  
Telefon (0 74 33) 9 51 - 0  
Telefax (0 74 33) 9 51 - 2 52  
E-Mail: Balingen@arbeitsagentur.de

### Freiburg

Lehener Straße 77  
79106 Freiburg  
Telefon (07 61) 27 10 - 0  
Telefax (07 61) 27 10 - 4 99  
E-Mail: Freiburg@arbeitsagentur.de

### Göppingen

Mörikestraße 15  
73033 Göppingen  
Telefon (0 71 61) 97 70 - 0  
Telefax (0 71 61) 97 70 - 6 06  
E-Mail:  
Goeppingen@arbeitsagentur.de

### Heidelberg

Kaiserstraße 69 - 71  
69115 Heidelberg  
Telefon (0 62 21) 5 24 - 0  
Telefax (0 62 21) 5 24 - 7 39  
E-Mail:  
Heidelberg@arbeitsagentur.de

### Heilbronn

Rosenbergstraße 50  
74074 Heilbronn  
Telefon (0 71 31) 9 69 - 0  
Telefax (0 71 31) 9 69 - 4 48  
E-Mail:  
Heilbronn@arbeitsagentur.de

### Karlsruhe

Brauerstraße 10  
76135 Karlsruhe  
Telefon (07 21) 8 23 - 0  
Telefax (07 21) 8 23 - 20 00  
E-Mail: Karlsruhe@arbeitsagentur.de

### Konstanz

Stromeyersdorfstraße 1  
78467 Konstanz  
Telefon (0 75 31) 5 85 - 0  
Telefax (0 75 31) 5 85 - 5 29  
E-Mail: Konstanz@arbeitsagentur.de

### Lörrach

Brombacher Straße 2  
79539 Lörrach  
Telefon (0 76 21) 1 78 - 0  
Telefax (0 76 21) 1 78 - 3 24  
E-Mail: Loerrach@arbeitsagentur.de

### Ludwigsburg

Stuttgarter Straße 53/55  
71638 Ludwigsburg  
Telefon (0 71 41) 1 37 - 0  
Telefax (0 71 41) 1 37 - 5 50  
E-Mail:  
Ludwigsburg@arbeitsagentur.de

### Mannheim

M 3 a  
68161 Mannheim  
Telefon (06 21) 1 65 - 0  
Telefax (06 21) 1 65 - 5 30  
E-Mail:  
Mannheim@arbeitsagentur.de

### Nagold

Bahnhofstraße 37  
72202 Nagold  
Telefon (0 74 52) 8 29 - 0  
Telefax (0 74 52) 8 29 - 6 99  
E-Mail: Nagold@arbeitsagentur.de

### Offenburg

Weingartenstraße 3  
77654 Offenburg  
Telefon (07 81) 93 93 - 0  
Telefax (07 81) 93 93 - 2 23  
E-Mail:  
Offenburg@arbeitsagentur.de

### Pforzheim

Luisenstraße 32  
75172 Pforzheim  
Telefon (0 72 31) 3 04 - 0  
Telefax (0 72 31) 3 04 - 3 39  
E-Mail:  
Pforzheim@arbeitsagentur.de

### Rastatt

Karlstraße 18  
76437 Rastatt  
Telefon (0 72 22) 9 30 - 0  
Telefax (0 72 22) 9 30 - 2 95  
E-Mail Rastatt@arbeitsagentur.de

### Ravensburg

Schützenstraße 69  
88212 Ravensburg  
Telefon (07 51) 8 05 - 0  
Telefax (07 51) 8 05 - 3 70  
E-Mail:  
Ravensburg@arbeitsagentur.de

### Reutlingen

Albstraße 83  
72764 Reutlingen  
Telefon (0 71 21) 3 09 - 0  
Telefax (0 71 21) 3 09 - 3 06  
E-Mail:  
Reutlingen@arbeitsagentur.de

### Rottweil

Neckarstraße 100  
78628 Rottweil  
Telefon (07 41) 4 91 - 0  
Telefax (07 41) 4 91 - 1 79  
E-Mail: Rottweil@arbeitsagentur.de

### Schwäbisch Hall

Bahnhofstraße 18  
74523 Schwäbisch Hall  
Telefon (07 91) 97 58 - 0  
Telefax (07 91) 97 58 - 2 09  
E-Mail:  
SchwaebischHall@arbeitsagentur.de

### Stuttgart

Heilmannstraße 3 - 7  
70190 Stuttgart  
Telefon (07 11) 9 20 - 0  
Telefax (07 11) 9 20 - 23 44  
E-Mail: Stuttgart@arbeitsagentur.de

### Tauberbischofsheim

Pestalozziallee 17  
97941 Tauberbischofsheim  
Telefon (0 93 41) 87 - 0  
Telefax (0 93 41) 87 - 3 30  
E-Mail: Tauberbischofsheim@  
arbeitsagentur.de

### Ulm

Wichernstraße 5  
89073 Ulm  
Telefon (07 31) 1 60 - 0  
Telefax (07 31) 1 60 - 4 99  
E-Mail: Ulm@arbeitsagentur.de

### Villingen-Schwenningen

Lantwattenstraße 2  
78050 Villingen-Schwenningen  
Telefon (0 77 21) 2 09 - 0  
Telefax (0 77 21) 2 09 - 2 00  
E-Mail: VillingenSchwenningen@  
arbeitsagentur.de

### Waiblingen

Mayenner Str. 60  
71332 Waiblingen  
Telefon (0 71 51) 95 19 - 0  
Telefax (0 71 51) 95 19 - 2 66  
E-Mail:  
Waiblingen@arbeitsagentur.de

### Regionaldirektion Bayern

Regensburger Straße 100  
90478 Nürnberg  
Telefon (09 11) 1 79 - 0  
Telefax (09 11) 1 79 - 42 02  
E-Mail: Bayern@arbeitsagentur.de

## Agenturen für Arbeit

### Ansbach

Schalkhäuser Straße 40  
91522 Ansbach  
Telefon (09 81) 1 82 - 0  
Telefax (09 81) 1 82 - 4 56  
E-Mail: Ansbach@arbeitsagentur.de

### Aschaffenburg

Memeler Straße 15  
63739 Aschaffenburg  
Telefon (0 60 21) 3 90 - 0  
Telefax (0 60 21) 3 90 - 2 63  
E-Mail:  
Aschaffenburg@arbeitsagentur.de

### Augsburg

Wertachstraße 28  
86153 Augsburg  
Telefon (08 21) 31 51 - 0  
Telefax (08 21) 31 51 - 4 99  
E-Mail:  
Augsburg@arbeitsagentur.de

### Bamberg

Mannlehenweg 27  
96050 Bamberg  
Telefon (09 51) 91 28 - 0  
Telefax (09 51) 91 28 - 2 61  
E-Mail: Bamberg@arbeitsagentur.de

### Bayreuth

Casselmannstraße 6  
95444 Bayreuth  
Telefon (09 21) 8 87 - 0  
Telefax (09 21) 8 87 - 4 14  
E-Mail: Bayreuth@arbeitsagentur.de

### Coburg

Kanonenweg 25  
96450 Coburg  
Telefon (0 95 61) 93 - 0  
Telefax (0 95 61) 93 - 2 83  
E-Mail: Coburg@arbeitsagentur.de

### Deggendorf

Hindenburgstraße 32  
94469 Deggendorf  
Telefon (09 91) 31 01 - 0  
Telefax (09 91) 31 01 - 2 06  
E-Mail:  
Deggendorf@arbeitsagentur.de

### Donauwörth

Zirgesheimer Straße 9  
86609 Donauwörth  
Telefon (09 06) 7 88 - 0  
Telefax (09 06) 7 88 - 2 30  
E-Mail:  
Donauwoerth@arbeitsagentur.de

### Freising

Parkstraße 11  
85356 Freising  
Telefon (0 81 61) 1 71 - 0  
Telefax (0 81 61) 1 71 - 2 08  
E-Mail: Freising@arbeitsagentur.de

### Hof

Äußere Bayreuther Straße 2  
95032 Hof  
Telefon (0 92 81) 7 85 - 0  
Telefax (0 92 81) 7 85 - 3 80  
E-Mail: Hof@arbeitsagentur.de

### Ingolstadt

Heydeckplatz 1  
85049 Ingolstadt  
Telefon (08 41) 93 38 - 0  
Telefax (08 41) 93 38 - 9 99  
E-Mail:  
Ingolstadt@arbeitsagentur.de

### Kempten

Rottachstraße 26  
87439 Kempten  
Telefon (08 31) 20 56 - 0  
Telefax (08 31) 20 56 - 3 56  
E-Mail: Kempten@arbeitsagentur.de

### Landshut

Leinfelder Straße 6  
84034 Landshut  
Telefon (08 71) 6 97 - 0  
Telefax (08 71) 6 97 - 3 60  
E-Mail: Landshut@arbeitsagentur.de

### Memmingen

Dr.-Berndl-Platz 2  
87700 Memmingen  
Telefon (0 83 31) 9 71 - 0  
Telefax (0 83 31) 9 71 - 4 95  
E-Mail:  
Memmingen@arbeitsagentur.de

### München

Kapuzinerstraße 26  
80337 München  
Telefon (0 89) 51 54 - 0  
Telefax (0 89) 51 54 - 66 69  
E-Mail:  
Muenchen@arbeitsagentur.de

### Nürnberg

Rich.-Wagner-Platz 5  
90443 Nürnberg  
Telefon (09 11) 2 42 - 0  
Telefax (09 11) 2 42 - 29 99  
E-Mail:  
Nuernberg@arbeitsagentur.de

### Passau

Innstraße 30  
94032 Passau  
Telefon (08 51) 5 08 - 0  
Telefax (08 51) 5 08 - 4 40  
E-Mail: Passau@arbeitsagentur.de

### Pfarrkirchen

Max-Breiherr-Straße 3  
84347 Pfarrkirchen  
Telefon (0 85 61) 9 82 - 0  
Telefax (0 85 61) 9 82 - 4 83  
E-Mail:  
Pfarrkirchen@arbeitsagentur.de

### Regensburg

Galgenbergstraße 24  
93053 Regensburg  
Telefon (09 41) 78 08 - 0  
Telefax (09 41) 78 08 - 2 22  
E-Mail:  
Regensburg@arbeitsagentur.de

### Rosenheim

Wittelsbacher Straße 57  
83022 Rosenheim  
Telefon (0 80 31) 2 02 - 0  
Telefax (0 80 31) 2 02 - 4 00  
E-Mail:  
Rosenheim@arbeitsagentur.de

### Schwandorf

Wackersdorfer Straße 4  
92421 Schwandorf  
Telefon (0 94 31) 2 00 - 0  
Telefax (0 94 31) 2 00 - 2 99  
E-Mail:  
Schwandorf@arbeitsagentur.de

### Schweinfurt

Kornacherstraße 6  
97421 Schweinfurt  
Telefon (0 97 21) 5 47 - 0  
Telefax (0 97 21) 5 47 - 4 98  
E-Mail:  
Schweinfurt@arbeitsagentur.de

### Traunstein

Chiemseestraße 35  
83278 Traunstein  
Telefon (08 61) 7 03 - 0  
Telefax (08 61) 7 03 - 5 50  
E-Mail:  
Traunstein@arbeitsagentur.de

### Weiden

Weigelstraße 24  
92637 Weiden  
Telefon (09 61) 4 09 - 0  
Telefax (09 61) 4 09 - 5 78  
E-Mail: Weiden@arbeitsagentur.de

### Weilheim

Karwendelstraße 1  
82362 Weilheim  
Telefon (08 81) 9 91 - 0  
Telefax (08 81) 9 91 - 1 46  
E-Mail: Weilheim@arbeitsagentur.de

### Weissenburg i.Bay.

Schwärzgassee 1  
91781 Weissenburg  
Telefon (0 91 41) 8 71 - 0  
Telefax (0 91 41) 8 71 - 4 44  
E-Mail:  
Weissenburg@arbeitsagentur.de

### Würzburg

Schießhausstraße 9  
97072 Würzburg  
Telefon (09 31) 79 49 - 0  
Telefax (09 31) 79 49 - 7 00  
E-Mail:  
Wuerzburg@arbeitsagentur.de

## Regionaldirektion Berlin-Brandenburg

Friedrichstraße 34  
10969 Berlin  
Telefon (0 30) 5 55 55  
Telefax (0 30) 55 55 99 - 49 99  
E-Mail: Berlin-Brandenburg@  
arbeitsagentur.de

## Agenturen für Arbeit

### Berlin Süd

Sonnenallee 262  
12057 Berlin  
Telefon (0 30) 5 55 55  
Telefax (0 30) 55 55 77 - 44 44  
E-Mail:  
BerlinSued@arbeitsagentur.de

### Berlin Nord

Königin-Elisabeth-Straße 49  
13353 Berlin  
Telefon (0 30) 5 55 55  
Telefax (0 30) 55 55 70 - 44 44  
E-Mail:  
BerlinNord@arbeitsagentur.de

### Berlin Mitte

Charlottenstraße 87 - 90  
10365 Berlin  
Telefon (0 30) 55 55 - 0  
Telefax (0 30) 55 55 99 - 40 60  
E-Mail:  
BerlinMitte@arbeitsagentur.de

### Cottbus

Bahnhofstraße 10  
03046 Cottbus  
Telefon (03 55) 6 19 - 0  
Telefax (03 55) 6 19 - 19 99  
E-Mail: Cottbus@arbeitsagentur.de

### Eberswalde

Bergerstraße 30  
16225 Eberswalde  
Telefon (0 33 34) 37 - 0  
Telefax (0 33 34) 37 - 47 01  
E-Mail:  
Eberswalde@arbeitsagentur.de

### Frankfurt (Oder)

Robert-Havemann-Straße 6  
15236 Frankfurt(Oder)  
Telefon (03 35) 5 70 - 0  
Telefax (03 35) 5 70 - 49 99  
E-Mail: Frankfurt-Oder@  
arbeitsagentur.de

### Neuruppin

Trenckmannstraße 15  
16816 Neuruppin  
Telefon (0 33 91) 69 - 0  
Telefax (0 33 91) 69 - 10 05  
E-Mail:  
Neuruppin@arbeitsagentur.de

## Adressen

## Adressen

**Potsdam**  
Horstweg 96  
14482 Potsdam  
Telefon (03 31) 8 80 - 0  
Telefax (03 31) 8 80 - 44 44  
E-Mail: Potsdam@arbeitsagentur.de

### Regionaldirektion Sachsen-Anhalt-Thüringen

Frau-von-Selmnitz-Straße 6  
06610 Halle  
Telefon (03 45) 13 32 - 0  
Telefon (03 45) 13 32 - 5 55  
E-Mail: Sachsen-Anhalt-Thueringen@arbeitsagentur.de

### Agenturen für Arbeit

**Altenburg**  
Fabrikstraße 30  
04600 Altenburg  
Telefon (0 34 47) 5 80 - 0  
Telefax (0 34 47) 5 80 - 5 97  
E-Mail: Altenburg@arbeitsagentur.de

**Dessau**  
Seminarplatz 1  
06846 Dessau  
Telefon (03 40) 5 02 - 0  
Telefax (03 40) 5 02 - 29 99  
E-Mail: Dessau@arbeitsagentur.de

**Erfurt**  
Max-Reger-Straße 1  
99096 Erfurt  
Telefon (03 61) 3 02 - 0  
Telefax (03 61) 3 02 - 27 00  
E-Mail: Erfurt@arbeitsagentur.de

**Gera**  
Reichsstraße 15  
07545 Gera  
Telefon (03 65) 8 57 - 0  
Telefax (03 65) 8 57 - 4 44  
E-Mail: Gera@arbeitsagentur.de

**Gotha**  
Schöne Aussicht 5  
99867 Gotha  
Telefon (0 36 21) 42 - 0  
Telefax (0 36 21) 42 - 22 55  
E-Mail: Gotha@arbeitsagentur.de

**Halberstadt**  
Schwanebecker Straße 14  
38820 Halberstadt  
Telefon (0 39 41) 40 - 0  
Telefax (0 39 41) 40 - 2 22  
E-Mail: Halberstadt@arbeitsagentur.de

**Halle**  
Schopenhauerstr. 2  
06114 Halle  
Telefon (03 45) 52 49 - 0  
Telefax (03 45) 52 49 - 71 00  
E-Mail: Halle@arbeitsagentur.de

**Jena**  
Stadtrodaer Str. 1  
07747 Jena  
Telefon (0 36 41) 3 79 - 0  
Telefax (0 36 41) 3 79 - 8 88  
E-Mail: Jena@arbeitsagentur.de

**Magdeburg**  
Hohepfortestraße 37  
39104 Magdeburg  
Telefon (03 91) 2 57 - 0  
Telefax (03 91) 2 57 - 14 32  
E-Mail: Magdeburg@arbeitsagentur.de

**Merseburg**  
Geusaer Straße 81 e  
06217 Merseburg  
Telefon (0 34 61) 5 79 - 0  
Telefax (0 34 61) 5 79 - 5 65  
E-Mail: Merseburg@arbeitsagentur.de

**Nordhausen**  
Uferstraße 02  
99734 Nordhausen  
Telefon (0 36 31) 6 50 - 0  
Telefax (0 36 31) 6 50 - 3 88  
E-Mail: Nordhausen@arbeitsagentur.de

**Sangerhausen**  
Baumschulenweg 1  
06526 Sangerhausen  
Telefon (0 34 64) 5 54 - 0  
Telefax (0 34 64) 5 54 - 4 90  
E-Mail: Sangerhausen@arbeitsagentur.de

**Stendal**  
Stadtseeallee 71  
39576 Stendal  
Telefon ( 0 39 31) 6 40 - 0  
Telefax (0 39 31) 6 40 - 6 66  
E-Mail: Stendal@arbeitsagentur.de

**Suhl**  
Werner-Seelenbinder-Straße 8  
98529 Suhl  
Telefon (0 36 81) 8 2 - 00  
Telefax (0 36 81) 82 - 04 36  
E-Mail: Suhl@arbeitsagentur.de

**Lutherstadt-Wittenberg**  
Melanchthonstraße 3 a  
06886 Lutherstadt-Wittenberg  
Telefon (0 34 91) 4 38 - 0  
Telefax (0 34 91) 4 38 - 5 67  
E-Mail: LutherstadtWittenberg@arbeitsagentur.de

### Regionaldirektion Sachsen

Paracelsusstraße 12  
09114 Chemnitz  
Telefon (03 71) 91 18 - 0  
Telefax (03 71) 91 18 - 6 97  
E-Mail: Sachsen@arbeitsagentur.de

### Agenturen für Arbeit:

**Annaberg-Buchholz**  
Paulus-Jenisius-Straße 43  
09456 Annaberg-Buchholz  
Telefon (0 37 33) 1 33 - 0  
Telefax (0 37 33) 1 33 - 61 33  
E-Mail: AnnabergBuchholz@arbeitsagentur.de

**Bautzen**  
Neusalzaer Straße 2  
02625 Bautzen  
Telefon (0 35 91) 66 - 0  
Telefax (0 35 91) 66 - 24 90  
E-Mail: Bautzen@arbeitsagentur.de

**Chemnitz**  
Heinrich-Lorenz-Straße 20  
09120 Chemnitz  
Telefon (03 71) 5 67 - 0  
Telefax (03 71) 5 67 - 21 11  
E-Mail: Chemnitz@arbeitsagentur.de

**Dresden**  
Budapester Straße 30  
01069 Dresden  
Telefon (03 51) 4 75 - 0  
Telefax (03 51) 4 75 - 14 04  
E-Mail: Dresden@arbeitsagentur.de

**Leipzig**  
Georg-Schumann-Straße 150  
04159 Leipzig  
Telefon (03 41) 9 13 - 0  
Telefax (03 41) 9 13 - 44 44  
E-Mail: Leipzig@arbeitsagentur.de

**Oschatz**  
Oststraße 3  
04758 Oschatz  
Telefon (0 34 35) 9 80 - 0  
Telefax (0 34 35) 9 80 - 193  
E-Mail: Oschatz@arbeitsagentur.de

**Pirna**  
Seminarstraße 7  
01796 Pirna  
Telefon (0 35 01) 7 91 - 0  
Telefax (0 35 01) 7 91 - 3 33  
E-Mail: Pirna@arbeitsagentur.de

**Plauen**  
Engelstraße 9  
08523 Plauen  
Telefon (0 37 41) 23 - 0  
Telefax (0 37 41) 23 - 12 22  
E-Mail: Plauen@arbeitsagentur.de

**Riesa**  
Rudolf-Breitscheid-Straße 35  
01587 Riesa  
Telefon (0 35 25) 7 11 - 0  
Telefax (0 35 25) 7 11 - 6 32  
E-Mail: Riesa@arbeitsagentur.de

**Zwickau**  
Leipziger Straße 160  
08058 Zwickau  
Telefon (03 75) 3 14 - 0  
Telefax (03 75) 3 14 - 14 44  
E-Mail: Zwickau@arbeitsagentur.de

## Anschriften der Integrationsämter und Hauptfürsorgestellen

### Bundesarbeitsgemeinschaft der Integrationsämter und Hauptfürsorgestellen

Ernst-Frey-Straße 9, 76135 Karlsruhe, Telefon (07 21) 81 07 - 247, Telefax (07 21) 81 07 - 288,  
E-Mail: bih@integrationsaemter.de, Internet: www.integrationsaemter.de

#### Baden-Württemberg

Kommunalverband für Jugend und  
Soziales Baden-Württemberg  
Integrationsamt  
Ernst-Frey-Straße 9  
76135 Karlsruhe  
Telefon (07 21) 81 07 - 0  
Telefax (07 21) 81 07 - 4 61  
E-Mail: info@kvjs.de  
Internet: www.kvjs.de

Kommunalverband für Jugend und  
Soziales Baden-Württemberg  
Nebenstelle Stuttgart  
Integrationsamt und  
Hauptfürsorgestelle  
Lindenspürstraße 39  
70176 Stuttgart  
Telefon (07 11) 63 75 - 0  
Telefax (07 11) 63 75 - 1 08  
E-Mail: info@kvjs.de  
Internet: www.kvjs.de

Kommunalverband für Jugend und  
Soziales Baden-Württemberg  
Regionalbüro Freiburg  
Kaiser-Joseph-Straße 170  
79098 Freiburg i.Br.  
Telefon (07 61) 27 19 - 0  
Telefax (07 61) 27 19 - 60  
E-Mail: info@kvjs.de  
Internet: www.kvjs.de

#### Bayern

Zentrum Bayern Familie und Soziales  
Regionalstelle Oberfranken  
- Integrationsamt  
- Hauptfürsorgestelle  
Hegelstraße 2  
95447 Bayreuth  
Telefon (09 21) 6 05 - 1  
Telefax (09 21) 6 05 - 29 00  
E-Mail: poststelle.ofr@zbfbs.bayern.de

Zentrum Bayern Familie und Soziales  
Regionalstelle Schwaben  
- Integrationsamt  
- Hauptfürsorgestelle  
Morellstraße 30  
86159 Augsburg  
Telefon (08 21) 57 09 - 01  
Telefax (08 21) 57 09 - 50 00  
E-Mail: poststelle.schw@zbfbs.bayern.de

Zentrum Bayern Familie und Soziales  
Regionalstelle Niederbayern  
- Integrationsamt  
- Hauptfürsorgestelle  
Friedhofstraße 7  
84028 Landshut  
Telefon (08 71) 8 28 - 0  
Telefax (08 71) 8 28 - 3 15  
E-Mail: poststelle.ndb@zbfbs.bayern.de

Zentrum Bayern Familie und Soziales  
Regionalstelle Oberbayern  
- Integrationsamt  
- Hauptfürsorgestelle  
Elsenheimerstraße 41 - 43  
80687 München  
Telefon (0 89) 21 76 - 0  
Telefax (0 89) 21 76 - 31 23  
E-Mail: poststelle.obb@zbfbs.bayern.de

Zentrum Bayern Familie und Soziales  
Regionalstelle Mittelfranken  
- Integrationsamt -  
Bärenschanzstraße 8 a  
90429 Nürnberg  
Telefon (09 11) 9 28 - 0  
Telefax (09 11) 9 28 - 23 98  
E-Mail: poststelle.mfr@zbfbs.bayern.de

Zentrum Bayern Familie und Soziales  
Regionalstelle Oberpfalz  
- Integrationsamt  
- Hauptfürsorgestelle  
Landshuter Straße 55  
93047 Regensburg  
Telefon (09 41) 56 80 - 0  
Telefax (09 41) 56 80 - 6 99 o. 9615  
E-Mail: poststelle.opf@zbfbs.bayern.de

Zentrum Bayern Familie und Soziales  
Regionalstelle Unterfranken  
- Integrationsamt  
- Hauptfürsorgestelle  
Peterplatz 9  
97070 Würzburg  
Telefon (09 31) 3 80 - 0  
Telefax (09 31) 3 80 - 20 71  
E-Mail: poststelle.ufr@zbfbs.bayern.de

#### Berlin

Landesamt für Gesundheit und  
Soziales Berlin  
- Integrationsamt und  
Hauptfürsorgestelle -  
Sächsische Straße 28  
10707 Berlin  
Telefon (0 30) 90 12 - 0  
Telefax (0 30) 90 12 - 37 03  
E-Mail: integrationsamt@lageso.verwalt-berlin.de  
Internet: www.lageso.berlin.de

#### Brandenburg

Landesamt für Soziales und  
Versorgung  
des Landes Brandenburg  
- Integrationsamt -  
Lipezker Straße 45 Haus 5  
03048 Cottbus  
Telefon (03 55) 28 93 - 0  
Telefax (03 55) 28 93 - 2 21  
E-Mail: integrationsamt@LASV.brandenburg.de  
Internet: www.lasv.brandenburg.de

Amt für Soziales und Versorgung des  
Landes Brandenburg  
- Integrationsamt -  
Außenstelle Cottbus  
Weinbergstraße 10  
03050 Cottbus  
Telefon (03 55) 47 65 - 0  
Telefax (03 55) 47 65 - 395  
E-Mail: epost@lasv-c.brandenburg.de

Amt für Soziales und Versorgung des  
Landes Brandenburg  
- Integrationsamt -  
Außenstelle Frankfurt(Oder)  
Robert-Havemann-Straße 4  
15236 Frankfurt/Oder  
Telefon (03 35) 55 82 - 0  
Telefax (03 35) 55 82 - 2 84  
E-Mail: epost@asv-c.brandenburg.de

Amt für Soziales und Versorgung des  
Landes Brandenburg  
- Integrationsamt -  
Außenstelle Potsdam  
„Ruinenberg-Kaserne“  
Einsiedelei 6  
14469 Potsdam  
Telefon (03 31) 27 61 - 0  
Telefax (03 31) 27 61 - 4 97  
E-Mail: epost@asv-c.brandenburg.de

#### Bremen

Der Senator für Arbeit, Frauen,  
Gesundheit, Jugend und Soziales  
Integrationsamt und  
Hauptfürsorgestelle  
Doventorcontrescarpe 172 / Block D  
28195 Bremen  
Telefon (04 21) 3 61 - 0  
Telefax (04 21) 3 61 - 55 02 und  
Telefax (04 21) 3 61 - 59995  
(Schreibtel.)  
E-Mail: office@soziales.bremen.de  
Internet: www.bremen.de/sozialsenator

#### Hamburg

Behörde für Soziales und Familie  
Integrationsamt - FS 63  
Hamburger Straße 47  
22083 Hamburg  
Telefon (0 40) 4 28 63 - 0  
Telefax (0 40) 29 88 - 28 47  
E-Mail: infointegrationsamt@bsf.hamburg.de

Behörde für Soziales und Familie  
Abteilung Soziale Entschädigung  
Paul-Neumann-Platz 5  
22765 Hamburg  
Telefon (0 40) 4 28 11 - 01  
Telefax (0 40) 4 28 11 - 28 12  
E-Mail: FS531@bsf.hamburg.de

#### Hessen

Landeswohlfahrtsverband Hessen  
- Integrationsamt -  
Kölnische Straße 30  
34117 Kassel  
Telefon (0561) 10 04 - 0  
Telefax (0561) 10 04 - 19 90 und  
25 34 (Schreibtelefon)  
E-Mail: kontakt-integrationsamt@lwv-hessen.de

Landeswohlfahrtsverband Hessen  
- Hauptfürsorgestelle -  
Kölnische Straße 30  
34117 Kassel  
Telefon (05 61) 10 04 - 0  
Telefax (05 61) 10 04 - 28 36 und  
25 34 (Schreibtelefon)  
E-Mail: karlheinz.hesse@lwv-hessen.de

Landeswohlfahrtsverband Hessen  
- Integrationsamt -  
Regionalverwaltung Darmstadt  
Staubenplatz 16  
64293 Darmstadt  
Telefon (0 61 51) 8 01 - 0  
Telefax (0 61 51) 8 01 - 2 34  
E-Mail: kontakt-integrationsamt@lwv-hessen.de

## Adressen

## Adressen

Landeswohlfahrtsverband Hessen  
Hauptfürsorgestelle  
Regionalverwaltung Darmstadt  
Steubenplatz 16  
64293 Darmstadt  
Telefon (0 61 51) 8 01 - 0  
Telefax (0 61 51) 8 01 - 1 83 und  
2 49 (Schreibtelefon)  
E-Mail:  
hansjosef-becker@lww-hessen.de

Landeswohlfahrtsverband Hessen  
- Integrationsamt-  
Regionalverwaltung Wiesbaden  
Frankfurter Straße 44  
65189 Wiesbaden  
Telefon (0611) 1 56 - 0  
Telefax (0611) 1 56 - 2 09 und  
336 (Schreibtelefon)  
E-Mail: kontakt-integrationsamt@  
lww-hessen.de

Landeswohlfahrtsverband Hessen  
Hauptfürsorgestelle  
Regionalverwaltung Wiesbaden  
Frankfurter Straße 44  
65189 Wiesbaden  
Telefon (06 11) 1 56 - 0  
Telefax (06 11) 1 56 - 2 31 und  
3 36 (Schreibtelefon)  
E-Mail:  
joachim.hulbert@lww-hessen.de

### Mecklenburg-Vorpommern

Landesversorgungsamt  
Mecklenburg-Vorpommern  
Integrationsamt und  
Hauptfürsorgestelle -  
Erich-Schlesinger-Straße 35  
18059 Rostock  
Telefon (03 81) 1 22 - 0  
Telefax (03 81) 1 22 - 2859  
E-Mail: poststelle.inahro@  
lversa.mv-regierung.de

Landesversorgungsamt  
Mecklenburg-Vorpommern  
Integrationsamt und  
Hauptfürsorgestelle  
Außenstelle Schwerin  
Friedrich-Engels-Straße 47  
19061 Schwerin  
Telefon (03 85) 39 91 - 0  
Telefax (03 85) 39 91 - 3 05  
E-Mail: poststelle.inasn@  
lversa.mv-regierung.de

Landesversorgungsamt  
Mecklenburg-Vorpommern  
Integrationsamt und  
Hauptfürsorgestelle  
Außenstelle Neubrandenburg  
Neustrelitzer Straße 120  
17033 Neubrandenburg  
Telefon (03 95) 3 80 - 0  
Telefax (03 95) 3 80 - 28 00  
E-Mail: poststelle.inasn@  
lversa.mv-regierung.de

### Niedersachsen

Niedersächsisches Landesamt für  
Soziales, Jugend und Familie  
- Integrationsamt -  
- Hauptfürsorgestelle -  
Domhof 1  
31134 Hildesheim  
Telefon (0 51 21) 3 04 - 0  
Telefax (0 51 21) 3 04 - 6 11  
E-Mail: SMTP.Poststelle@  
nlzsa.niedersachsen.de

Niedersächsisches Landesamt für  
Soziales, Jugend und Familie  
- Integrationsamt -  
Moslestraße 1  
26122 Oldenburg  
Telefon (0441) 22 29 32 - 0

### Nordrhein-Westfalen

Landschaftsverband Rheinland  
Amt 61 „Integrationsamt“  
Kennedy-Ufer 2  
50679 Köln  
Telefon (02 21) 8 09 - 0  
Telefax (02 21) 8 09 - 4402  
E-Mail: h.seel@mal.lvr.de

Landschaftsverband Westfalen-  
Lippe  
Integrationsamt  
Warendorfer Straße 26  
48145 Münster  
Telefon (02 51) 5 91 - 01  
Telefax (02 51) 5 91 - 58 06  
E-Mail: adlhoch@lwl.org

### Rheinland-Pfalz

Landesamt für Soziales, Jugend und  
Versorgung  
- Integrationsamt -  
Rheinallee 97 - 101  
55118 Mainz  
Telefon (0 61 31) 9 67 - 0  
Telefax (0 61 31) 9 67 - 5 16  
E-Mail: poststelle@lsjv.rlp.de  
Internet: www.lsjv.de

Landesamt für Soziales, Jugend und  
Versorgung  
Zweigstelle beim Amt für soziale  
Angelegenheiten  
Integrationsamt  
Schießgartenstraße 6  
55118 Mainz  
Telefon (0 61 31) 2 64 - 2 59  
Telefax (0 61 31) 2 64 - 6 68  
E-Mail: IntegrationsamtAsA-Mainz@  
lsjv.de

Landesamt für Soziales, Jugend und  
Versorgung  
Zweigstelle beim Amt für soziale  
Angelegenheiten  
Integrationsamt  
Baedekerstraße 2 - 10  
56073 Koblenz  
Telefon (02 61) 40 41 - 0  
Telefax (02 61) 40 41 - 3 06  
E-Mail: IntegrationsamtAsAKoblenz@  
lsjv.rlp.de

Landesamt für Soziales, Jugend und  
Versorgung  
Zweigstelle beim Amt für soziale  
Angelegenheiten  
Integrationsamt  
Reiterstraße 16  
76829 Landau  
Telefon (0 63 41) 26 - 1  
Telefax (0 63 41) 26 - 4 63  
E-Mail: IntegrationsamtAsALandau@  
lsjv.rlp.de

Landesamt für Soziales, Jugend und  
Versorgung  
Zweigstelle beim Amt für soziale  
Angelegenheiten - Integrationsamt -  
Moltkestraße 19  
54292 Trier  
Telefon (06 51) 14 47 - 2 09  
Telefax (06 51) 14.47 - 2 92  
E-Mail: IntegrationsamtAsATrier@  
lsjv.rlp.de

### Saarland

Landesamt für Soziales, Gesundheit  
und Verbraucherschutz  
- Integrationsamt -  
Hochstraße 67  
66115 Saarbrücken  
Telefon (06 81) 99 78 - 0  
Telefax (06 81) 99 78 - 2 77  
E-Mail: integrationsamt@  
lsgv.saarland.de

### Sachsen

Sächsisches Landesamt für Familie  
und Soziales  
- Integrationsamt -  
- Hauptfürsorgestelle -  
Reichsstraße 3  
09112 Chemnitz  
Telefon (03 71) 5 77 - 0  
Telefax (03 71) 5 77 - 2 82  
Telefax (03 71) 5 77 - 14 06 (PC-Fax)  
E-Mail:  
Integrationsamt@slfs.sms.sachsen.de

Amt für Familie und Soziales  
Chemnitz  
Zweigstelle des Integrationsamtes  
und der Hauptfürsorgestelle -  
Brückenstraße 10  
09111 Chemnitz  
Telefon (03 71) 4 57 - 0  
Telefax (03 71) 4 57 - 23 69  
E-Mail:  
Michael.Welsch@slfs.sms.sachsen.de  
Ulrike.Huebler@slfs.sms.sachsen.de

Amt für Familie und Soziales  
Dresden  
Zweigstelle des Integrationsamtes  
und der Hauptfürsorgestelle -  
Gutzkowstraße 10  
01069 Dresden  
Telefon (03 51) 46 55 - 0  
Telefax (03 51) 46 55 - 2 00  
E-Mail:  
Brita.Zumpe@slfs.sms.sachsen.de

Amt für Familie und Soziales  
Zweigstelle des Integrationsamtes  
und der Hauptfürsorgestelle -  
Berliner Straße 13  
04105 Leipzig  
Telefon (03 41) 59 55 - 0  
Telefax (03 41) 59 55 - 5 02  
E-Mail:  
ASFL.Poststelle@slfs.sms.sachsen.de

### Sachsen-Anhalt

Landesverwaltungsamt  
- Integrationsamtamt -  
Neustädter Passage 15  
06122 Halle/Saale  
Telefon (03 45) 69 12 - 0  
Telefax (03 45) 69 12 - 5 02  
E-Mail: Lutz.Baumeister@  
lwwa.sachsen-anhalt.de

Landesverwaltungsamt  
- Integrationsamt -  
Nebenstelle Magdeburg  
Halberstädter Straße 39 a  
39112 Magdeburg  
Telefon (03 91) 6 27 - 32 33  
Telefax (03 91) 6 27 - 3 60  
E-Mail: Martina.Heitmueller@  
lwwa.sachsen-anhalt.de

### Schleswig-Holstein

Landesamt für soziale Dienste  
Schleswig-Holstein  
Integrationsamt  
Steinmetzstraße 1 - 11  
24534 Neumünster  
Telefon (0 43 21) 9 13 - 5  
Telefax (0 43 21) 9 13 - 7 50  
E-Mail: anke.fimm@lasd-sh.de

## Thüringen

Thüringer Landesamt für Soziales und Familie  
Abteilung 3 - Versorgung und Integrationsamt  
Karl-Liebnecht-Straße 4  
98527 Suhl  
Telefon (0 36 81) - 73 32 22  
Telefax (0 36 81) 73 32 27  
E-Mail: Integrationsamt@lasf.thueringen.de  
Internet: www.thueringen.de/lasf

Versorgungsamt Suhl  
Zweigstelle Integrationsamt und Hauptfürsorgestelle  
Karl-Liebnecht-Straße 4  
98527 Suhl  
Telefon (0 36 81) - 7 30  
Telefax (0 36 81) - 73 24 01  
E-Mail:  
VASPoststelle@lasf.thueringen.de

Versorgungsamt Erfurt  
Zweigstelle Integrationsamt  
Linderbacher Weg 30  
99099 Erfurt  
Telefon (03 61) 37 - 8 00  
Telefax (03 61) 3 78- 81 59  
E-Mail:  
VAEPoststelle@lasf.thueringen.de

Versorgungsamt Gera  
Zweigstelle Integrationsamt  
Puschkinplatz 7  
07545 Gera  
Telefon (03 65) 82 23 - 0  
Telefax (03 65) 82 23 - 5 93 und  
Telefax (03 65) 8223 - 3 08  
(Schreibtelefon)  
E-Mail: VAGPoststelle@lasfgera.thueringen.de

## Adressen

## Anschriften der überörtlichen Träger der Sozialhilfe

### Bundesarbeitsgemeinschaft der überörtlichen Träger der Sozialhilfe

Warendorfer Straße 26 - 28, 48133 Münster/Westfalen, Telefon (02 51) 5 91 - 65 30, Telefax (02 51) 5 9, E-Mail: bag@lwl.org; Internet: www.bagues.de

### Baden-Württemberg

Kommunalverband für Jugend und Soziales Baden-Württemberg  
Lindenspürstraße 39  
70176 Stuttgart  
Telefon (07 11) 63 75 - 0  
Telefax (07 11) 63 75 - 3 09  
E-Mail: info@kvjs.de

### Bayern

Bezirk Mittelfranken  
- Sozialverwaltung -  
Danziger Str. 5  
91522 Ansbach  
Telefon (09 81) 46 64 - 0  
Telefax (09 81) 46 64 - 20 99  
E-Mail: Sozialhilfereferat@bezirk-mittelfranken.de

Bezirk Schwaben  
- Sozialverwaltung -  
Hafnerberg 10  
86152 Augsburg  
Telefon (08 21) 31 01 - 0  
Telefax (08 21) 31 01 - 2 78  
E-Mail: vorzimmer.shv@bezirk-schwaben.de

Bezirk Oberfranken  
- Sozialverwaltung -  
Cottenbacher Straße 23  
95445 Bayreuth  
Telefon (09 21) 78 46 - 0  
Telefax (09 21) 78 46 - 1 11  
E-Mail: sozialverwaltung@bezirk-oberfranken.de

Bezirk Niederbayern  
- Sozialverwaltung -  
Gestütstraße 10  
84028 Landshut  
Telefon (08 71) 8 08 - 01  
Telefax (08 71) 8 08 - 19 39  
E-Mail: sozialverwaltung@bezirk-niederbayern.de

Bezirk Oberbayern  
Bezirksverwaltung  
Prinzregentenstraße 14  
80538 München  
Telefon (0 89) 21 98 - 01  
Telefax (0 89) 21 98 - 11 90  
E-Mail: poststelle-bv@bezirk-oberbayern.de

Bezirk Oberpfalz  
Sozialverwaltung  
Ludwig-Thoma-Straße 14  
93051 Regensburg  
Telefon (09 41) 91 00 - 0  
Telefax (09 41) 91 00 - 1 99  
E-Mail: sozialverwaltung@bezirk-oberpfalz.de

Bezirk Unterfranken  
Sozialverwaltung  
Silberstraße 5  
97074 Würzburg  
Telefon (09 31) 79 591 - 0  
Telefax (09 31) 79 591 - 9 48  
E-Mail: sozialverwaltung@bezirk-unterfranken.de

### Berlin

Senatsverwaltung für Gesundheit, Soziales und Verbraucherschutz  
- Abt. I -  
Oranienstraße 106  
10969 Berlin  
Telefon (0 30) 90 28 - 0  
Telefax (0 30) 90 28 - 20 70  
E-Mail:  
poststelle@sengsv.verw-berlin.de

### Brandenburg

Landesamt für Soziales und Versorgung  
des Landes Brandenburg  
Weinbergstraße 10  
03050 Cottbus  
Telefon (03 55) 28 93 - 0  
Telefax (03 55) 28 93 - 3 79  
E-Mail: landessozialamt@lasv.brandenburg.de

### Bremen

Der Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales  
Ref. 55  
Bahnhofspatz 29  
28195 Bremen  
Telefon (04 21) 3 61 - 0  
Telefax (04 21) 3 61 - 22 75

### Hamburg

Freie und Hansestadt Hamburg,  
Behörde für Soziales und Familie  
- Amt für Soziales und Integration -  
Hamburger Str. 47  
22083 Hamburg  
Telefon (0 40) 4 28 63 - 0  
Telefax (0 40) 4 28 63 - 40 72  
E-Mail: poststelle@bsf.hamburg.de

### Hessen

Landeswohlfahrtsverband Hessen  
überörtlicher Sozialhilfeträger  
- Fachlicher Service-  
Ständeplatz 6 - 10  
34117 Kassel  
Telefon (05 61) 10 04 - 0  
Telefax (05 61) 10 04 - 26 50  
E-Mail: luK@lww-hessen.de

### Mecklenburg-Vorpommern

Kommunaler Sozialverband  
Mecklenburg-Vorpommern  
Bertha-von-Suttner-Straße 5  
19061 Schwerin  
Telefon (03 85) 3 03 13 80  
Telefax (03 85) 3031383  
E-Mail: glueck@ksv-mv.de

### Niedersachsen

Niedersächsisches Landesamt für Soziales, Jugend und Familie  
(Landessozialamt - LS)  
Domhof 1  
31134 Hildesheim  
Telefon (0 51 21) 3 04 - 2 49  
Telefax (0 51 21) 3 04 - 6 84  
E-Mail:  
irene.weiss@nlzsa.niedersachsen.de

### Nordrhein-Westfalen

Landschaftsverband Rheinland  
Dezernat Soziales, Integration  
Kennedy-Ufer 2  
50679 Köln  
Telefon (02 21) 8 09 - 0  
Telefax (02 21) 8 09 - 65 50  
E-Mail: soziales@lvr.de

## Adressen

Landschaftsverband Westfalen-Lippe  
Abteilung Soziales, Pflege und Rehabilitation  
Warendorfer Straße 26 - 28  
48133 Münster  
Telefon (02 51) 5 91 - 01  
Telefax (02 51) 5 91 - 2 65

### Rheinland-Pfalz

Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung  
Rheinallee 97 - 101  
55118 Mainz  
Telefon (0 61 31) 9 67 - 0  
Telefax (0 61 31) 9 67 - 5 16  
E-Mail: Poststelle-Mz@lsjv.rlp.de

### Saarland

Landesamt für Soziales, Gesundheit und Verbraucherschutz  
Hochstraße 67  
66115 Saarbrücken  
Telefon (06 81) 99 78 - 0  
Telefax (06 81) 99 78 - 2 44  
E-Mail:  
sozialhilfestelle@lsgv.saarland.de

### Sachsen

Landeswohlfahrtsverband Sachsen  
Thomasiusstraße 1  
04109 Leipzig  
Telefon (03 41) 12 66 - 0  
Telefax (03 41) 12 66 - 7 00  
E-Mail:  
post.lwvsachsen@kin-sachsen.de

### Sachsen-Anhalt

Sozialagentur Sachsen-Anhalt  
Neustädter Passage 15  
06122 Halle/Saale  
Telefon (03 45) 6 81 58 90  
Telefax (03 45) 6 81 58 03  
E-Mail:  
sozialagentur@lvwa.lsa-net.de

### Schleswig-Holstein

Ministerium für Soziales, Gesundheit und Verbraucherschutz des Landes Schleswig-Holstein  
Adolph-Westphal-Straße 4  
24143 Kiel  
Telefon (04 31) 9 88 - 0  
Telefax (04 31) 9 88 - 54 16  
E-Mail: Poststelle@SozMi.LandSH.de

### Thüringen

Landesamt für Soziales und Familie Thüringen  
Abt. 4 - Soziales, Betreuung und Rehabilitation -  
Am Drachenberg 4  
98617 Meiningen  
Telefon (0 36 93) 4 60 - 0  
Telefax (0 36 93) 4 60 - 2 00  
E-Mail: Abt4Poststelle@lasfmgn.thueringen.de

## Kommunale Spitzenverbände

**Bundesvereinigung der Kommunalen Spitzenverbände**  
Postfach 12 03 15  
10593 Berlin  
Telefon (0 30) 3 77 11 - 0  
Telefax (0 30) 3 77 11 - 9 99  
E-Mail: post@kommunale-spitzen-verbaende.de  
Internet: www.kommunale-spitzen-verbaende.de

**Deutscher Städtetag**  
Straße des 17. Juni 112  
10623 Berlin  
Telefon (0 30) 3 77 11 - 0  
Telefax (0 30) 3 77 11 - 9 99  
E-Mail: post@staedtetag.de  
Internet: www.staedtetag.de

**Deutscher Landkreistag**  
Ulrich-von-Hassell-Haus  
LennÉstraße 11  
10785 Berlin  
Telefon (0 30) 59 00 97 - 0  
Telefax (0 30) 59 00 97 - 4 50  
E-Mail: info@landkreistag.de  
Internet: www.landkreistag.de

**Deutscher Städte- und Gemeindebund**  
Marienstraße 6  
12207 Berlin  
Telefon (0 30) 77 30 72 - 0  
Telefax (0 30) 77 30 72 - 00  
E-Mail: dstgb@dstgb.de  
Internet: www.dstgb.de

## Anschriften der Landesjugendämter

### Bundesarbeitsgemeinschaft der Landesjugendämter

ff. Stelle Bayerisches Landesjugendamt, Winzererstraße 9, 80787 München, Telefon (0 89) 12 61 - 25 38, Telefax (0 89) 12 61 - 22 80, E-Mail: renete.hofmeister@blja.bayern.de, Internet: www.bagljae.de

### Baden-Württemberg

Kommunalverband für Jugend und Soziales Baden-Württemberg  
- Landesjugendamt -  
Lindenspürstraße 39  
70176 Stuttgart  
Telefon (07 11) 63 75 - 0  
Telefax (07 11) 63 75 - 1 33  
E-Mail: gudrun.mertens@kvjs.de  
Internet: www.kvjs.de

### Bayern

Zentrum Bayern Familie und Soziales  
Bayerisches Landesjugendamt  
Winzererstraße 9  
80797 München  
Telefon (0 89) 12 61 - 04  
Telefax (0 89) 12 61 - 22 80  
E-Mail:  
poststelle@zbfs-blja.bayern.de

### Berlin

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Sport  
Abt. III Jugend und Familie,  
Landesjugendamt  
Beuthstraße 6 - 8  
10117 Berlin  
Telefon (0 30) 90 26 - 7  
Telefax (0 30) 90 26 - 53 15  
E-Mail: anke.hollmann@senbjs.verwalt-berlin.de

### Brandenburg

Landesjugendamt des Landes Brandenburg  
Hans-Wittwer-Straße 6  
16321 Bernau  
Telefon: (0 33 38) 7 01 - 8 01  
Telefax: (0 33 38) 7 01 - 8 02  
E-Mail:  
Poststelle@lja.brandenburg.de  
Internet: www.brandenburg.de/  
landesjugendamt

### Bremen

Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales  
- Landesjugendamt -  
Contrescarpe 72  
28195 Bremen  
Telefon (04 21) 3 61-0  
Telefax (04 21) 3 61 - 21 55  
E-Mail:  
michael.schwarz@soziales.bremen.de  
Internet: www.jugendinfo.de/  
landesjugendamt

### Hamburg

Amt für Familie, Jugend und Sozialordnung - FS 4 -  
Hamburger Straße 37  
22083 Hamburg  
Telefon (0 40) 4 28 63 - 0  
Telefax (0 40) 4 28 63 - 34 46  
E-Mail: uwe.riez@bsf.hamburg.de  
Internet: www.hamburg.de

## Hessen

Hessisches Sozialministerium  
Abt. II - Landesjugendamt -  
Dostojewskistraße 4  
65187 Wiesbaden  
Telefon (06 11) 8 17 - 0  
Telefax (06 11) 8 17 - 32 660  
E-Mail:  
jugendgremienarbeit@hsm.hessen.de  
Internet:  
www.sozialministerium.hessen.de/  
Ministerium/abt\_II

## Mecklenburg-Vorpommern

Landesjugendamt Mecklenburg-  
Vorpommern  
Behördenzentrum  
Neustrelitzer Straße 120, Block E  
17033 Neubrandenburg  
Telefon (03 95) 3 80 - 0  
Telefax (03 95) 3 80 - 33 02  
E-Mail: stanislaus.lodzki@  
lja.mv-regierung.de  
Internet:  
www.landjesugendamt-mv.de

## Niedersachsen

Niedersächsisches Landesamt für  
Soziales, Jugend und Familie  
Fachbereich I  
(Kinder, Jugend und Familie)  
Außenstelle Hannover  
Landesjugendamt  
Am Waterlooplatz 11  
30169 Hannover  
Telefon (05 11) 1 06 - 0  
Telefax (05 11) 1 06 - 26 29  
E-Mail: poststellehannover@  
ls-niedersachsen.de  
Internet:  
www.soziales.niedersachsen.de

## Nordrhein-Westfalen

Rheinland:  
Landschaftsverband Rheinland  
Dezernat Schulen und Jugend  
- Landesjugendamt -  
Hermann-Pünder-Straße 1  
50679 Köln  
Telefon (02 21) 8 09 - 0  
Telefax (02 21) 8 09 - 62 52  
E-Mail: michael.mertens@lvr.de  
Internet: www.lvr.de

Westfalen-Lippe:  
Landschaftsverband Westfalen-  
Lippe  
- Landesjugendamt -  
Warendorfer Straße 25  
48145 Münster  
Telefon (02 51) 5 91 - 01  
Telefax (02 51) 5 91 - 2 75  
E-Mail: andrea.meugge@lwl.org  
Internet: www.lja-wl.de

## Rheinland-Pfalz

Landesamt für Soziales, Jugend und  
Versorgung Rheinland-Pfalz  
Landesjugendamt  
Rheinallee 97 - 101  
55118 Mainz  
Telefon (0 61 31) 9 67 - 0  
Telefax (0 61 31) 9 67 - 3 65  
E-Mail: Simon.Manfred@lsjv.rlp.de  
Internet: www.landjesugendamt.de

## Saarland

Landesamt für Jugend, Soziales und  
Versorgung - Landesjugendamt -  
Malstatter Markt 11  
66115 Saarbrücken  
Telefon (06 81) 99 78 - 0  
Telefax (06 81) 99 78 - 3 40  
E-Mail:  
landesjugendamt@lsjv.saarland.de  
Internet: www.soziales.saarland.de

## Sachsen

Sächsisches Landesamt für Familie  
und Soziales  
Abt. 4 - Landesjugendamt -  
Reichsstraße 3  
09112 Chemnitz  
Telefon (03 71) 5 77 - 0  
Telefax (03 71) 5 77 - 282  
E-Mail:  
ursula.specht@slfs.sms.sachsen.de  
Internet: landesjugendamt@  
slfs.sms.sachsen.de

## Sachsen-Anhalt

Landesverwaltungsamt  
Ref. 6 A - Jugend, Familie und  
Frauen, Landesjugendamt  
Neustädter Passage 15  
06122 Halle  
Telefon (03 45) 69 12 - 0  
Telefax (03 45) 69 12 - 4 03  
E-Mail:  
dieter.topf@lvwa.sachsen-anhalt.de  
Internet: www.sachsen-anhalt.de/  
rcs/LSA/LVwA

## Schleswig-Holstein

Ministerium für Justiz, Frauen,  
Jugend und Familie des Landes  
Schleswig-Holstein  
Abt. II 5 - Frauenpolitik, Kinder,  
Jugend und Familie,  
Landesjugendamt  
Theodor-Heuss-Ring 49  
24113 Kiel  
Telefon (04 31) 9 88 - 0  
Telefax (04 31) 9 88 - 74 87  
E-Mail:  
gisela.dalldorf@jumi.landsh.de  
Internet:  
www.mjf.schleswig-holstein.de

## Thüringen

Thüringer Ministerium für Soziales,  
Familie und Gesundheit  
Ref. 36 - Landesjugendamt -  
Steinweg 23  
98617 Meiningen  
Telefon (0 36 93) 44 23 - 0  
Telefax (0 36 93) 44 23 - 34  
E-Mail:  
vghehrhardt@tmsfg.thueringen.de  
Internet:  
www.thueringen.de/de/tmsfg

## Adressen

## Anschriften der Verbände der Freien Wohlfahrtspflege

Außer den gesetzlichen Trägern der Rehabilitation werden von der Freien Wohlfahrtspflege umfangreiche Hilfen für behinderte Menschen gewährt. Auskünfte sind auf Bundesebene bei folgenden Adressen zu erhalten:\*)

### Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege e.V.

Oranienburger Straße 13-14, 10178 Berlin  
Telefon (030) 2 40 89-0, Telefax (030) 2 40 89-1 33/1 34,  
info@bag-wohlfahrt.de, www.bagfw.de

### Arbeiterwohlfahrt

- Bundesverband e.V. -  
Oppelner Straße 130  
53119 Bonn  
Telefon (02 28) 66 85 - 0  
Telefax (02 28) 66 85 - 2 09  
E-Mail: info@awobu.awo.org  
Internet: www.awo.org

### Deutscher Caritasverband e.V.

Karlstraße 40  
79104 Freiburg  
Telefon (07 61) 2 00 - 0  
Telefax (07 61) 2 00 - 5 72  
E-Mail: presse@caritas.de  
Internet: www.caritas.de

### Deutsches Rotes Kreuz e.V.

Carstennstraße 58  
12205 Berlin  
Telefon (0 30) 85 40 40  
Telefax (0 30) 85 40 44 50  
E-Mail: drk@drk.de  
Internet: www.drk.de

### Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland

Hebelstraße 6  
60318 Frankfurt a.M.  
Telefon (0 69) 94 43 71-0  
Telefax (0 69) 49 48 17  
E-Mail: zentrale@zwst.org  
Internet: www.zwst.org

### Diakonisches Werk der Evange- lischen Kirche in Deutschland e.V.

Staffenbergstraße 76  
70184 Stuttgart  
Telefon (07 11) 21 59 - 0  
Telefax (07 11) 21 59 - 2 88  
E-Mail: diakonie@diakonie.de  
Internet: www.diakonie.de

### Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband e.V.

- Gesamtverband e.V. -  
Oranienburger Straße 13-14  
10178 Berlin  
Telefon (030) 2 46 36-0  
Telefax (030) 2 46 36-110  
E-Mail: info@paritaet.org  
Internet: www.paritaet.org

\*) Die Anschriften der örtlichen Hilfen können den jeweiligen Telefonbüchern entnommen werden.

## Anschriften der Einrichtungen der Berufsbildung, Berufsförderung und der Werkstätten für behinderte Menschen

**Bundesarbeitsgemeinschaft der Berufsbildungswerke**  
Freiburger Straße 6  
77652 Offenburg  
Telefon (07 81) 9 70 70 - 43  
Telefax (07 81) 9 70 70 - 44  
E-Mail: info@bagbbw.de  
Internet: www.bagbbw.de

**Arbeitsgemeinschaft Deutscher Berufsförderungswerke**  
Huizener Straße 60  
61118 Bad Vilbel  
Telefon (0 61 01) 4 00 - 2 95  
Telefax (0 61 01) 4 00 - 1 70  
E-Mail: geschaeftsfuehrung@bfw-frankfurt.de  
Internet: www.arge-bfw.de

**Bundesarbeitsgemeinschaft Werkstätten für behinderte Menschen e.V.**  
Sonnemannstraße 5  
60314 Frankfurt a.M.  
Telefon (0 69) 94 33 94 - 0  
Telefax (0 69) 94 33 94 - 25  
E-Mail: info@bagwfbm.de  
Internet: www.bagwfbm.de

**Bundesarbeitsgemeinschaft Integrationsfirmen**  
Hedemannstraße 14  
10969 Berlin  
Telefon (0 30) 2 51 20 82  
Telefax (0 30) 2 51 93 82  
E-Mail: sekretariat@bag-if.de  
Internet: www.bag-if.de

**Bundesarbeitsgemeinschaft für unterstützte Beschäftigung e.V.**  
Schulterblatt 36  
20357 Hamburg  
Telefon (0 40) 43 25 31 23  
Telefax (0 40) 43 25 31 25  
E-Mail: info@bag-ub.de  
Internet: www.bag-ub.de

**Bundesarbeitsgemeinschaft medizinisch-beruflicher Rehabilitationszentren (Phase II)**  
Gustav-Ricker-Ring 4  
39120 Magdeburg  
Telefon (03 91) 6 10 - 11 02  
Telefax (03 91) 6 10 - 11 66  
E-Mail: info@mbreha.de  
Internet: www.mbreha.de

**Bundesarbeitsgemeinschaft Rehabilitation psychisch kranker Menschen (BAG RPK)**  
ERPEKA Nürnberg gGmbH  
Schleswiger Straße 111  
90427 Nürnberg  
Telefon (09 11) 9 36 00 - 0  
Telefax (09 11) 9 36 00 - 70  
Internet: www.bag-rpk.de

**Arbeitsgemeinschaft Beruflicher Trainingszentren (BTZ)**  
BTZ Hamburg GmbH  
Weidestraße 118 c  
22083 Hamburg  
Telefon (0 40) 27 07 09 - 0  
Telefax (0 40) 27 07 09 - 19  
E-Mail: btz@btz-hamburg.de  
Internet: www.btz-hamburg.de

## Anschriften von Verbänden behinderter Menschen, Selbsthilfegruppen, Interessenvertretungen behinderter Frauen

**Deutscher Behinderten-Sportverband e.V.**  
Friedrich-Alfred-Straße 10  
47055 Duisburg  
Telefon (02 03) 71 74 - 1 70  
Telefax (02 03) 71 74 - 1 78  
E-Mail: dbs@dbs-npc.de  
Internet: www.dbs-npc.de

**Bund der Kriegsblinden Deutschlands e.V.**  
Schumannstraße 35  
53113 Bonn  
Telefon (02 28) 21 31 34  
Berlin (0 30) 21 01 48 81  
Telefax (02 28) 21 73 98  
E-Mail: bkd.geschaeftsstelle@t-online.de  
Internet: www.kriegsblindenbund.de

**Bundesarbeitsgemeinschaft der Clubs Behinderter und ihrer Freunde e.V.**  
Langemarckweg 21  
51465 Bergisch Gladbach  
Telefon (0 22 02) 9 89 98 11  
Telefax (0 22 02) 4 24 31  
E-Mail: info@bagcbf.de  
Internet: www.bagcbf.de

**Sozialverband Deutschland e.V.**  
Stralauer Straße 63  
10179 Berlin  
Telefon (0 30) 76 62 22 - 0  
Telefax (0 30) 76 62 22 - 3 11  
E-Mail: contact@sozialverband.de  
Internet: www.sozialverband.de

**Sozialverband VdK Deutschland e.V.**  
Wurzerstraße 4 a  
53175 Bonn  
Telefon (02 28) 8 20 93 - 0  
Telefax (02 28) 8 20 93 - 43  
E-Mail: kontakt@vdk.de  
Internet: www.vdk.de

**Presse- und Öffentlichkeitsarbeit**  
In den Ministergärten 4  
10117 Berlin  
Telefon (0 30) 7 26 29 04 00  
Telefax (0 30) 7 26 29 04 99  
E-Mail: kontakt-berlin@vdk.de

**Bund Deutscher Kriegsoffer, Körperbehinderter und Sozialrentner e.V.**  
Bonner Talweg 88  
53111 Bonn  
Telefon (02 28) 21 61 16  
Telefax (0 21 04) 5 45 44

**BDH-Bundesverband für Rehabilitation und Interessenvertretung Behinderter e.V.**  
Eifelstraße 7  
53119 Bonn  
Telefon (02 28) 9 69 84 - 0  
Telefax (02 28) 9 69 84 - 99  
E-Mail: info@bdh-reha.de  
Internet: www.bdh-reha.de

**Deutsches Katholisches Blindenwerk e.V.**  
Eschstraße 12  
52351 Düren  
Telefon (0 24 21) 5 11 55  
Telefax (0 24 21) 5 11 84  
E-Mail: dkbw-dueren@t-online.de  
Internet: www.blindenwerk.de

**BAG SELBSTHILFE e.V.**  
**Bundesarbeitsgemeinschaft SELBSTHILFE von Menschen mit Behinderung und chronischer Erkrankung und ihren Angehörigen e.V.**  
Kirchfeldstraße 149  
40215 Düsseldorf  
Telefon (02 11) 3 10 06 - 0  
Telefax (02 11) 3 10 06 - 48  
E-Mail: info@bagh.de  
Internet: www.bagh.de

**Interessenvertretung „Selbstbestimmt Leben“ Deutschland e.V. - ISL**  
- Geschäftsstelle -  
Hermann-Pistor-Straße 1  
07745 Jena  
Telefon (0 36 41) 23 47 95  
Telefax (0 36 41) 39 62 52  
E-Mail: info@isl-ev.org  
Internet: www.isl-ev.org

Büro Kassel:  
Kölnische Straße 99  
34119 Kassel  
Telefon (05 61) 7 28 85 - 47  
Telefax (05 61) 7 28 85 - 65  
E-Mail: info@isl-ev.org

**Allgemeiner Behindertenverband in Deutschland e.V.**  
im IHZ  
Friedrichstraße 95  
10117 Berlin  
Telefon (0 30) 27 59 34 29  
Telefax (0 30) 27 59 34 30  
E-Mail: abid.bv@t-online.de  
Internet: www.abid.ev.de

**NAKOS**  
Nationale Kontakt- und Informationsstelle zur Anregung und Unterstützung von Selbsthilfegruppen  
Wilmsdorfer Straße 39  
10627 Berlin  
Telefon (0 30) 31 01 89 - 60  
Telefax (0 30) 31 01 89 - 70  
E-Mail: selbsthilfe@nakos.de  
Internet: www.nakos.de

**bundes organisationsstelle behinderte frauen\***  
Kölnische Straße 99  
34119 Kassel  
Telefon (05 61) 7 28 85 - 42  
Telefax (05 61) 7 28 85 - 44  
E-Mail: service@bifos.de  
Internet: www.bifos.de

\*) Anschriften regionaler Frauennetzwerke können über die vorgenannte Adresse abgefragt werden

## Mitgliedsverbände der Bundesarbeitsgemeinschaft Selbsthilfe e.V.

### **BAG SELBSTHILFE -Bundesarbeitsgemeinschaft SELBSTHILFE von Menschen mit Behinderung und chronischer Erkrankung und ihren Angehörigen e.V.**

Kirchfeldstraße 149, 40215 Düsseldorf, Telefon (02 11) 3 10 06-0, Telefax (02 11) 3 10 06-48,  
E-Mail: info@bagh.de; Internet: www.bagh.de

**Arbeitsgemeinschaft Spina bifida  
und Hydrocephalus e.V.**  
Münsterstraße 13  
44145 Dortmund  
Telefon (02 31) 86 10 50 - 0  
Telefax (02 31) 86 10 50 - 50  
E-Mail: asbh@asbh.de  
Internet: www.asbh.de

**Arbeitskreis Down-Syndrom e.V.**  
Gadderbaumer Straße 28  
33602 Bielefeld  
Telefon (05 21) 44 29 98  
Telefax (05 21) 94 29 04  
E-Mail: ak@down-syndrom.org  
Internet: www.down-syndrom.org

**Arbeitskreis Kunstfehler  
in der Geburtshilfe e.V.**  
Münsterstraße 261  
44145 Dortmund  
Telefon (02 31) 52 58 72  
Telefax (02 31) 52 60 48  
E-Mail: AKGeV@web.de  
Internet: www.arbeitskreis-  
kunstfehler-geburtshilfe.de

**Bundesarbeitsgemeinschaft  
Hörbehinderter Studenten und  
Absolventen (BHSA) e.V.**  
Hinter der Hochstätte 2 a  
65239 Hochheim/Main  
Telefon/Schreibtelefon/BTX  
(0 61 46) 83 55 37  
Telefax (0 61 46) 83 55 38  
E-Mail: info@bhsa.de  
Internet: www.bhsa.de

**Bundeselternvereinigung für  
anthroposophische Heilpädagogik  
und Sozialtherapie e.V.**  
Argentiner Allee 25  
14163 Berlin  
Telefon (0 30) 80 10 85 18  
Telefax (0 30) 80 10 85 21  
E-Mail: info@bev-ev.de  
Internet: www.bev-ev.de

**Bundesinteressengemeinschaft  
Geburtshilfeschädigter e.V. (BIG)**  
Nordseher Straße 30  
31655 Stadthagen  
Telefon (0 57 21) 7 23 72  
Telefax (0 57 21) 8 17 83  
E-Mail: BIgeVau@aol.com  
Internet:  
www.members.aol.com/geburt/

**Bundesselbsthilfeverband  
für Osteoporose e.V.**  
Kirchfeldstraße 149  
40215 Düsseldorf  
Telefon (02 11) 30 13 14 - 0  
Telefax (02 11) 30 13 14 - 10  
E-Mail: info@bfo-aktuell.de  
Internet: www.bfo-aktuell.de

**Bundesselbsthilfeverband  
Kleinwüchsiger Menschen e.V.**  
Flamingoweg 66  
70378 Stuttgart  
Telefon und Telefax (07 11) 53 75 65  
E-Mail: info@kleinwuchs.de  
Internet: www.net-cm.de

**Bundesverband Arbeitskreis  
überaktives Kind e.V.**  
Postfach 41 07 24  
12117 Berlin  
Telefon (0 30) 85 60 59 - 02  
Telefax (0 30) 85 60 59 - 70  
E-Mail: bv-auek@t-online.de  
Internet: www.bv-auek.de

**Bundesverband Contergan-  
geschädigter e.V., Hilfswerk  
vorgeburtlich Geschädigter**  
Schwimmbadweg 33  
89604 Allmendingen  
Telefon und Telefax (0 73 91) 47 19  
E-Mail: info@contergan.de  
Internet: www.contergan.de

**Bundesverband der Angehörigen  
psychisch Kranker e.V. (BAPK)  
Familienselbsthilfe Psychiatrie**  
Am Michaelshof 4 b  
53177 Bonn  
Telefon (02 28) 63 26 46  
Telefax (02 28) 65 80 63  
E-Mail: bapk@psychiatrie.de  
Internet: www.bapk.de

**Bundesverband der  
Kehlkopfflosen e.V.**  
Annaberger Straße 231  
09120 Chemnitz  
Telefon (03 71) 22 11 18  
Telefax (03 71) 22 11 25  
E-Mail: info@kehlkopfflosenbundes-  
verband.de  
Internet: www.kehlkopfflosen-  
bundesverband.de

**Bundesverband der  
Organtransplantierten e.V. (BDO)**  
Paul-Rücker-Straße 20 - 22  
47059 Duisburg  
Telefon (02 03) 44 20 10  
Telefax (02 03) 44 21 27  
E-Mail: geschaeftsstelle@bdo-ev.de  
Internet: www.bdo-ev.de

**Bundesverband für die  
Rehabilitation der Aphasiker e.V.**  
Wenzelstraße 19  
97084 Würzburg  
Telefon (09 31) 25 01 30 - 0  
Telefax (09 31) 25 01 30 39  
E-Mail: info@aphasiker.de  
Internet: www.aphasiker.de

**Bundesverband für Körper-  
und Mehrfachbehinderte e.V.**  
Brehmstraße 5 - 7  
40239 Düsseldorf  
Telefon (02 11) 64 00 40  
Telefax (02 11) 64 00 420  
E-Mail: info@bvkm.de  
Internet: www.bvkm.de

**Bundesverband Herzkranker Kinder**  
Kasinostraße 84  
52066 Aachen  
Telefon (02 41) 91 23 32  
Telefax (02 41) 91 23 33  
E-Mail: bvhk-aachen@t-online.de  
Internet: www.bvhk.de

**Bundesverband Hilfe für das  
autistische Kind - Vereinigung zur  
Förderung autistischer Menschen e.V.**  
Bebelallee 141  
22297 Hamburg  
Telefon (0 40) 5 11 56 04  
Telefax (0 40) 5 11 08 13  
E-Mail: autismus-bv-hak@t-online.de  
Internet: www.autismus.de

**Bundesverband Kleinwüchsige  
Menschen und ihre Familien e.V.**  
Hillmannplatz 6  
28195 Bremen  
Telefon (04 21) 50 - 21 22  
Telefax (04 21) 50 57 52  
E-Mail: info@bkmf.de  
Internet: www.bkmf.de

**Bundesverband Legasthenie  
und Dyskalkulie e.V.**  
Königstraße 32  
30175 Hannover  
Telefon (05 11) 31 87 38  
Telefax (05 11) 31 87 39  
E-Mail: info@bvl-hannover.de  
Internet: www.legasthenie.net

**Bundesverband Poliomyelitis e.V.  
Rehaklinik Miriquidi**  
Freiberger Straße 33  
09488 Thermalbad Wiesenbad  
Telefon (0 37 33) 5 04 - 11 87  
Telefax (0 37 33) 5 04 - 11 88  
E-Mail: bundesverband@polio.sh  
Internet: www.polio.sh

**Bundesverband Psychiatrie-  
Erfahrener Deutschland e.V.**  
Wittener Straße 87  
44789 Bochum  
Telefon (02 34) 68 70 55 52  
Telefax (02 34) 6 40 51 03  
E-Mail: kontakt-info@bpe-online.de  
Internet: www.bpe-online.de

**Bundesverband Selbsthilfe  
Körperbehinderter e.V.**  
Altkrauthheimer Straße 20  
74238 Krautheim/Jagst  
Telefon (0 62 94) 42 81 - 0  
Telefax (0 62 94) 42 81 - 79  
E-Mail: zentrale@bsk-ev.org  
Internet: www.bsk-ev.org

**Bundesverband  
Skoliose-Selbsthilfe e.V.**  
Mühlweg 12  
74838 Limbach  
Telefon und Telefax (0 62 87) 47 92  
E-Mail:  
admin@bundesverband-skoliose.de  
Internet:  
www.bundesverband-skoliose.de

**Bundesvereinigung  
Lebenshilfe für Menschen mit  
geistiger Behinderung e.V.**  
Postfach 70 11 63  
35020 Marburg  
Telefon (0 64 21) 49 10  
Telefax (0 64 21) 49 11 67  
E-Mail:  
bundesvereinigung@lebenshilfe.de  
Internet: www.lebenshilfe.de

## Adressen

## Adressen

**Bundesvereinigung Stotterer-Selbsthilfe e.V.**  
Zülpicher Straße 58  
50674 Köln  
Telefon (02 21) 1 39 11 - 06 / - 07  
Telfax (02 21) 1 39 13 70  
E-Mail: info@bvss.de  
Internet: www.bvss.de

**Bund zur Förderung Sehbehinderter e.V.**  
Hüttenstraße 81  
40215 Düsseldorf  
Telefon (02 11) 17 13 81  
Telefax (02 11) 17 13 82  
E-Mail: bfsev.mreinhardt@gmx.de  
Internet: www.medizin-forum.de/bfs/

**Dachverband Gemeindepsychiatrie e.V.**  
Am Michaelshof 4 b  
53177 Bonn  
Telefon (02 28) 69 17 59  
Telefax (02 28) 65 80 63  
E-Mail: dachverband@psychiatrie.de  
Internet:  
www.psychiatrie.de/dachverband/

**Deutsche Aids-Hilfe e.V.**  
Dieffenbachstraße 33  
10967 Berlin  
Telefon (0 30) 69 00 87 - 0  
Telefax (0 30) 69 00 87 - 42  
E-Mail: dah@aidshilfe.de  
Internet: www.aidshilfe.de

**Deutsche Alzheimer Gesellschaft e.V.**  
Friedrichstraße 236  
10969 Berlin  
Telefon (0 30) 2593795-0  
Telefax (0 30) 2593795-29  
E-Mail: info@deutsche-alzheimer.de  
Internet:  
www.deutsche-alzheimer.de

**Deutsche Cochlear Implant Gesellschaft**  
Rosenstraße 6  
89257 Illertissen  
Telefon (0 73 03) 39 55  
Telefax (0 73 03) 4 39 98  
E-Mail: dcig@dcig.de  
Internet: www.dcig.de

**Deutsche Dystonie Gesellschaft e.V.**  
Rissener Landstraße 85  
22587 Hamburg  
Telefon (0 40) 87 56 02  
Telefax (0 40) 87 08 28 04  
E-Mail: info@dystonie.de  
Internet: www.dystonie.de

**Deutsche Ehlers-Danlos-Initiative e.V.**  
Falkenstraße 74  
33758 Schloß-Holte-Stukenbrock  
Telefon (0 52 07) 995677  
Telefax (0 52 07) 995678  
E-Mail:  
buero@ehlers-danlos-initiative.de  
Internet:  
www.ehlers-danlos-initiative.de

**Deutsche Epilepsievereinigung e.V.**  
Zillestraße 102  
10585 Berlin  
Telefon (0 30) 3 42 44 14  
Telefax (0 30) 3 42 44 66  
E-Mail: info@epilepsie.sh  
Internet: www.epilepsie.sh

**Deutsche Fibromyalgie Vereinigung**  
Waidachshofer Straße 25  
74743 Seckach  
Telefon (0 62 92) 92 87 58  
Telefax (0 62 92) 92 87 61  
E-Mail:  
fibromyalgie-fms@t-online.de  
Internet: www.fibromyalgie-fms.de

**Deutsche Gesellschaft für Muskelkranke e.V.**  
Im Moos 4  
79112 Freiburg  
Telefon (0 76 65) 94 47 - 0  
Telefax (0 76 65) 94 47 - 20  
E-Mail: info@dgm.org  
Internet: www.dgm.org

**Deutsche Gesellschaft für Osteogenesis imperfecta Betroffene e.V.**  
Friedensstraße 6  
63071 Offenbach  
Telefon (0 69) 85 40 73  
Telefax: (069) 85 09 09 64  
E-Mail:  
Sekretariat.BV@oi-gesellschaft.de  
Internet: www.oi-gesellschaft.de

**Deutsche Gesellschaft zur Förderung der Gehörlosen und Schwerhörigen e.V.**  
Paradeplatz 3  
24768 Rendsburg  
Telefon (0 43 31) 58 97 22  
(Schreibtel.)  
Telefax (0 43 31) 58 97 45  
E-Mail:  
info@deutsche-gesellschaft.de  
Internet:  
www.deutsche-gesellschaft.de

**Deutsche Hämophiliegesellschaft zur Bekämpfung von Blutungskrankheiten e.V.**  
Neumann-Reichardt-Straße 34  
22041 Hamburg  
Telefon (0 40) 6 72 29 70  
Telefax (0 40) 6 72 49 44  
E-Mail: dhg@dhg.de  
Internet: www.dhg.de

**Deutsche Heredo Ataxie Gesellschaft - Bundesverband e.V.**  
Hofener Straße 76  
70327 Stuttgart  
Telefon (07 11) 55 04 644  
Telefax (07 11) 84 96 628  
E-Mail: dhag@ataxie.de  
Internet: www.ataxie.de

**Deutsche Huntington-Hilfe e.V.**  
Börsenstraße 10  
47051 Duisburg  
Telefon (02 03) 2 29 15  
Telefax (02 03) 2 29 25  
E-Mail: dhh@dhh-ev.de  
Internet: www.huntington-hilfe.de

**Deutsche Ileostomie-Colostomie-Urostomie-Vereinigung e.V. (ILCO)**  
Landshuter Straße 30  
85356 Freising  
Telefon (0 81 61) 93 43 01  
Telefax (0 81 61) 93 43 04  
E-Mail: info@ilco.de  
Internet: www.ilco.de

**Deutsche Interessengemeinschaft Phenylketonurie (PKU) und verwandte angeborene Stoffwechselstörungen e.V.**  
Adlerstraße 6  
91077 Kleinsendelbach  
Telefon (0 91 26) 44 53  
Telefax (0 91 26) 3 09 46  
Internet: www.dig-pku.de

**Deutsche Interessengemeinschaft Verkehrsunfallopfer e.V. Dignitas**  
Friedlandstraße 6  
41747 Viersen  
Telefon (0 21 62) 2 00 32  
Telefax (0 21 62) 35 23 12  
Internet: www.dignitas-ev.de

**Deutsche Leberhilfe e.V.**  
Luxemburger Straße 150  
50937 Köln  
Telefon (02 21) 2 82 99 80  
Telefax (02 21) 2 82 99 81  
Internet: www.leberhilfe.org

**Deutsche Leukämie Forschungshilfe und Deutsche Kinderkrebsstiftung**  
Adenauerallee 134  
53113 Bonn  
Telefon (02 28) 68 84 60  
Telefax (02 28) 68 84 644  
E-Mail:  
lfhbonn@kinderkrebsstiftung.de  
Internet: www.kinderkrebsstiftung.de/dlfh.html

**Deutsche Morbus Crohn/Colitis ulcerosa Vereinigung (DCCV) e.V. - Bundesverband für entzündliche Erkrankungen des Verdauungstraktes**  
Paracelsusstraße 15  
51375 Leverkusen  
Telefon (02 14) 8 76 08 - 0  
Telefax (02 14) 8 76 08 - 88  
E-Mail: info@dccv.de  
Internet: www.dccv.de

**Deutsche Multiple Sklerose Gesellschaft e.V. Bundesverband**  
Küsterstraße 8  
30519 Hannover  
Telefon (05 11) 9 68 34 - 0  
Telefax (05 11) 9 68 34 - 50  
E-Mail: dmsg@dmsg.de  
Internet: www.dmsg.de

**Deutsche Myasthenie Gesellschaft e.V.**  
Langemarckstraße 106  
28199 Bremen  
Telefon (04 21) 59 20 60  
Telefax (04 21) 50 82 26  
E-Mail: info@dmg-online.de  
Internet: www.dmg-online.de

**Deutsche Narkolepsie-Gesellschaft e.V.**  
Wilhelmshöher Allee 286  
34131 Kassel  
Telefon (05 61) 40 09 07 04  
Telefax (05 61) 40 09 07 06  
Internet: www.dng-ev.de

**Deutsche Parkinson Vereinigung - Bundesverband e.V.**  
Moselstraße 31  
41464 Neuss  
Telefon (0 21 31) 4 10 16 / 17  
Telefax (0 21 31) 4 54 45  
E-Mail:  
info@parkinson-vereinigung.de  
Internet:  
www.parkinson-vereinigung.de

**Deutsche Rheuma-Liga e.V.**  
Maximilianstraße 14  
53111 Bonn  
Telefon (02 28) 76 60 - 60  
Telefax (02 28) 76 60 - 6 20  
Internet: www.rheuma-liga.de

**Deutsche Sarkoidose-Vereinigung e.V.**  
Postfach 30 43  
40650 Meerbusch  
Telefon (0 21 50) 70 59 60  
Telefax (0 21 50) 70 59 699  
E-Mail: sarkoidose@aol.com  
Internet: www.sarkoidose.de

**Deutsche Schmerzhilfe e.V.**  
Sietwende 20  
21720 Grünendeich  
Telefon (0 41 42) 81 04 34  
Telefax (0 41 42) 81 04 35  
E-Mail:  
geschaeftsstelle@schmerzhilfe.org  
Internet: www.schmerzhilfe.de

**Deutsche Schmerzliga e.V.**  
Adenauerallee 18  
61440 Oberursel  
Telefon (07 00) 375 375 375  
Telefax (07 00) 375 375 38  
E-Mail: info@schmerzliga.de  
Internet: www.schmerzliga.de

**Deutsche Tinnitus-Liga e.V. (DTL)**  
Am Lohsiep 18  
42369 Wuppertal  
Telefon (02 02) 2 46 52 - 0  
Telefax (02 02) 2 46 52 - 20  
E-Mail: dtl@tinnitus-liga.de  
Internet: www.tinnitus-liga.de

**Deutsche Vereinigung Morbus  
Bechterew e.V. (DVMB)**  
Metzgergasse 16  
97421 Schweinfurt  
Telefon (0 97 21) 2 20 33  
Telefax (0 97 21) 2 29 55  
E-Mail: DVMB@bechterew.de  
Internet: www.bechterew.de

**Deutsche Zöliakie-Gesellschaft e.V.**  
Filderhauptstraße 61  
70599 Stuttgart  
Telefon (07 11) 45 99 81 - 0  
Telefax (07 11) 45 99 81 - 50  
E-Mail: info@dzg-online.de  
Internet: www.dzg-online.de

**Deutscher Allergie- und  
Asthmabund e.V.**  
Fliethstraße 114  
41061 Mönchengladbach  
Telefon (0 21 61) 81 49 40  
Telefax (0 21 61) 8 14 94 30  
E-Mail: info@daab.de  
Internet: www.daab.de

**Deutscher Blinden- und  
Sehbehindertenverband e.V.**  
Rungestraße 19  
10179 Berlin  
Telefon (0 30) 28 53 87 - 0  
Telefax (0 30) 28 53 87 - 20  
E-Mail: info@dbsv.org  
Internet: www.dbsv.org

**Deutscher Diabetiker Bund e.V.**  
Goethestraße 27  
34119 Kassel  
Telefon (05 61) 70 34 77 - 0  
Telefax (05 61) 70 34 77 - 1  
E-Mail: info@diabetikerbund.de  
Internet: www.diabetikerbund.de

**Deutscher Gehörlosen-Bund e.V.  
Bundesgeschäftsstelle**  
Hasseer Straße 47  
24113 Kiel  
Telefon (04 31) 6 43 44 68  
Schreibtelefon (04 31) 6 43 44 76  
Telefax (04 31) 6 43 44 93  
E-Mail: info@gehoerlosen-bund.de  
Internet: www.gehoerlosen-bund.de

**Deutscher Psoriasis Bund e.V.**  
Seewartenstraße 10  
20459 Hamburg  
Telefon (0 40) 22 33 99 - 0  
Telefax (0 40) 22 33 99 - 22  
E-Mail: info@psoriasis-bund.de  
Internet: www.psoriasis-bund.de

**Deutscher Schwerhörigenbund e.V.**  
Breite Straße 23  
13187 Berlin  
Telefon (0 30) 47 54 11 - 14  
Telefax (0 30) 47 54 11 - 16  
E-Mail: dsb@schwerhoerigkeit.de  
Internet: www.schwerhoerigen-netz.de/DSB/

**Deutscher Verein der Blinden und  
Sehbehinderten in Studium und  
Beruf e.V. - DVBS**  
Frauenbergstraße 8  
35039 Marburg  
Telefon (0 64 21) 9 48 88 - 0  
Telefax (0 64 21) 9 48 88 - 10  
E-Mail: info@dvbs-online.de  
Internet: www.dvbs-online.de

**Dialysepatienten Deutschlands e.V.**  
Weberstraße 2  
55130 Mainz  
Telefon (0 61 31) 8 51 52  
Telefax (0 61 31) 83 51 98  
E-Mail: geschaeftsstelle@ddev.de  
Internet: www.dialysepatienten-  
deutschlands.de

**Endometriose-Vereinigung  
Deutschland e.V.**  
Bernhard-Göring-Straße 152  
04277 Leipzig  
Telefon und Telefax (03 41) 3 06 53 04  
E-Mail:  
info@endometriose-vereinigung.de  
Internet: www.endometriose-  
vereinigung.de

**Fatigatio e.V., Bundesverband  
chronisches Erschöpfungssyndrom  
(CFS/CFIDS/ME)**  
Goethestraße 26 - 30  
10625 Berlin  
Telefon (0 30) 3 10 18 89 - 0  
Telefax (0 30) 3 10 18 89 - 20  
E-Mail: info@fatigatio.de  
Erstinformation:  
kontakt@fatigatio.de  
Internet: www.fatigatio.de

**Fördergemeinschaft für Taubblinde e.V.**  
Katteweg 15 a  
14129 Berlin  
Telefon (0 30) 80 49 74 61  
Internet: www.taubblind.selbsthilfe-  
online.de

**Frauenselbsthilfe nach Krebs -  
Bundesverband e.V.**  
B 6, 10/11  
68159 Mannheim  
Telefon (06 21) 2 44 34  
Telefax (06 21) 15 48 77  
E-Mail:  
kontakt@frauenselbsthilfe.de  
Internet: www.frauenselbsthilfe.de

**Freundeskreis Camphill e.V.**  
Argentinische Allee 25  
14163 Berlin  
Telefon (0 30) 80 10 85 18  
Telefax (0 30) 80 10 85 21  
E-Mail: BEVundFKC@t-online.de  
Internet:  
www.freundeskreis-camphill.de

**Gaucher Gesellschaft  
Deutschland e.V.**  
An der Ausschacht 9  
59556 Lippstadt  
Telefon und Telefax (0 29 41) 1 88 70  
E-Mail: mail@GGD-eV.de  
Internet:  
www.gaucher-gesellschaft.de

**Gemeinnützige Selbsthilfe  
Schlafapnoe Deutschland e.V.**  
Auf dem Felde 3  
31675 Bückeburg  
Telefon (0 57 22) 27 02 40  
Telefax (0 57 22) 27 02 41  
E-Mail: info@gdschlafapnoe.de  
Internet: www.gdschlafapnoe.de

**HFI e.V. - Selbsthilfe-Initiative  
Kreislauf und Stoffwechsel**  
Postfach 30 04 40  
40404 Düsseldorf  
Telefon (02 11) 59 21 27  
Telefax (02 11) 59 24 94  
E-Mail: info@hf-initiative.org  
Internet: www.hf-initiative.de

**Interessengemeinschaft  
Arthrogryposis e.V. IGA**  
Rupert-Mayer-Straße 15  
63741 Aschaffenburg  
Telefon (0 60 21) 8 70 89  
Telefax (0 60 21) 4 48 96 74  
E-Mail: 1.vorsitz@iga-ev.de  
Internet: www.arthrogryposis.de

**Interessengemeinschaft  
Epidermolysis Bullosa e.V.**  
Lahn-Eder-Straße 41  
35216 Biedenkopf  
Telefon (0 64 61) 8 70 15  
Telefax (0 64 61) 98 96 27  
Internet: www.ieb-debra.de

**Lernen fördern - Bundesverband zur  
Förderung Lernbehinderter e.V.**  
Gerberstraße 17  
70178 Stuttgart  
Telefon (07 11) 6 33 84 - 38  
Telefax (07 11) 6 33 84 - 39  
E-Mail: post@lernen-foerdern.de  
Internet: www.lernen-foerdern.de

**Lupus Erythematodes  
Selbsthilfegemeinschaft**  
Döppersberg 20  
42103 Wuppertal  
Telefon (02 02) 4 96 87 97  
Telefax (02 02) 4 96 87 98  
E-Mail: lupus@rheumanet.org  
Internet: www.lupus.rheumanet.org

**Marfan Hilfe (Deutschland) e.V.  
Postfach 01 45**  
23691 Eutin  
Telefon (07 00) 22 33 40 00  
Telefax (0 45 21) 7 32 02  
E-Mail: kontakt@marfan.de  
Internet: www.marfan.de

**Morbus Wilson e.V.**  
Leibstraße 2  
83024 Rosenheim  
Telefon (0 80 31) 24 92 30  
Telefax (0 80 31) 4 38 76  
E-Mail: info@morbus-wilson.de  
Internet: www.morbus-wilson.de

**Mukoviszidose-Bundesverband  
Selbsthilfe bei Cystischer Fibrose  
(CF) e.V.**  
In den Dauen 6  
53117 Bonn  
Telefon (02 28) 9 87 80 - 0  
Telefax (02 28) 9 87 80 - 77  
E-Mail: info@muko.info  
Internet: www.muko.info

**NCL-Gruppe Deutschland e.V.**  
Am Waldbach 23  
32339 Espelkamp  
Telefon (0 57 71) 32 55  
Telefax (0 57 71) 60 72 21  
E-Mail:  
wilhelm\_rueter@hotmail.com  
Internet: www.ncl-deutschland.de

**Pro Retina Deutschland e.V. (PRDV)  
Selbsthilfe Vereinigung von  
Menschen mit  
Netzhautdegenerationen**  
Vaalser Straße 108  
52074 Aachen  
Telefon (02 41) 87 00 18  
Telefax (02 41) 87 39 61  
E-Mail: Pro-Retina@t-online.de  
Internet: www.pro-retina.de

**Pulmonale Hypertonie (PH) e.V.**  
Wormser Straße 20  
76287 Rheinstetten  
Telefon (0 72 42) 95 26 66  
Telefax (0 72 42) 95 26 67

**Schilddrüsen Liga Deutschland e.V.**  
Evangel. Krankenhaus Bad  
Godesberg  
Waldstraße 73  
53177 Bonn  
Telefon (02 28) 3 86 90 60  
E-Mail: info@schilddruesenliga.de  
Internet: www.schilddruesenliga.de

## Adressen

## Adressen

**Schutzverband für Impfgeschädigte e.V.**  
Postfach 52 28  
58829 Plettenberg  
Telefon (0 23 91) 1 06 26  
Telefax (0 23 91) 60 93 66  
E-Mail: SFI-EV@t-online.de  
Internet:  
www.impfschutzverband.de

**Selbsthilfe Ichthyose e.V.**  
c/o Kirstin Kiekbusch  
Neue Kastanienallee 2  
15749 Ragow  
Telefon (03 37 64) 2 04 57  
Telefax (03 37 64) 2 04 59  
E-Mail: selbsthilfe@ichthyose.de  
Internet: www.ichthyose.de

**Selbsthilfegruppe für PXE-Erkrankte Deutschlands 1999 e.V.**  
Bismarckweg 21  
57258 Freudenberg  
Telefon (0 27 34) 2 08 56  
Telefax (0 27 34) 43 78 23  
E-Mail: hofpxe@t-online.de  
Internet: www.pxe-groenblad.de

**Selbsthilfevereinigung für Lippen-Gaumen-Fehlbildungen e.V.**  
Wolfgang Rosenthal Gesellschaft  
Hauptstraße 184  
35625 Hüttenberg  
Telefon (0 64 03) 55 75  
Telefax (0 64 03) 92 67 27  
E-Mail:  
wrg-huettenberg@t-online.de  
Internet: www.lkg-selbsthilfe.de

**Sklerodermie Selbsthilfe e.V.**  
Am Wollhaus 2  
4072 Heilbronn  
Telefon (0 71 31) 3 90 24 25  
E-Mail: sklerodermie@t-online.de  
Internet:  
www.sklerodermie-selbsthilfe.de

**Verein für von der von-Hippel-Lindau-Erkrankung betroffenen Familien e.V.**  
Kleehof 11  
49713 Meppen  
Telefon (0 59 31) 92 95 52  
Telefax (0 59 31) 92 91 36  
E-Mail: info@hippel-lindau.de  
Internet: www.hippel-lindau.de

**Von-Recklinghausen-Gesellschaft e.V.**  
Bundesverband Neurofibromatose  
Ohmstraße 62  
60486 Frankfurt am Main  
Telefon (0 69) 18 18 87 22  
Telefax (0 69) 36 40 21 97  
E-Mail:  
info@von-recklinghausen.org  
Internet:  
www.von-recklinghausen.org

## Ausgewählte Institutionen

**Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung**  
Ostmerheimer Straße 220  
51109 Köln  
Telefon (02 21) 89 92 - 0  
Telefax (02 21) 89 92 - 3 00  
E-Mail: poststelle@bzga.de  
Internet: www.bzga.de

**Deutsche Gesellschaft für Prävention und Rehabilitation von Herz-Kreislauferkrankungen e.V.**  
Friedrich-Ebert-Ring 38  
56068 Koblenz  
Telefon (02 61) 30 92 31  
Telefax (02 61) 30 92 32  
E-Mail: info@dgpr.de  
Internet: www.dgpr.de

**Deutsche Gesellschaft für soziale Psychiatrie e.V.**  
Zeltinger Straße 9  
50969 Köln  
Telefon (02 21) 51 10 03  
Telefax (02 21) 52 99 03  
E-Mail: dgsp@psychiatrie.de  
Internet: www.psychiatrie.de

**Deutsche Hauptstelle gegen die Suchtgefahren e.V.**  
Westenwall 4  
59065 Hamm  
Telefon (0 23 81) 90 15 - 0  
Telefax (0 23 81) 90 15 - 30  
E-Mail: info@dhs.de  
Internet: www.dhs.de

**Deutsche Krebsgesellschaft e.V.**  
Steinlestraße 6  
60596 Frankfurt a.M.  
Telefon (0 69) 63 00 96 - 0  
Telefax (0 69) 63 91 30  
E-Mail: service@krebsgesellschaft.de  
Internet: www.krebsgesellschaft.de

**Deutsche Krebshilfe e.V.**  
Buschstraße 32  
53113 Bonn  
Telefon (02 28) 7 29 90 - 0  
Telefax (02 28) 7 29 90 - 11  
E-Mail: deutsche@krebshilfe.de  
Internet: www.krebshilfe.de

**Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge**  
Michaelkirchstraße 17/18  
10179 Berlin  
Telefon (0 30) 6 29 80 - 01  
Telefax (0 69) 6 29 80 - 3 50  
E-Mail:  
kontakt@deutscher-verein.de  
Internet: www.deutscher-verein.de

**Deutsche Vereinigung für Sozialarbeit im Gesundheitswesen e.V.**  
Kaiserstraße 42  
55116 Mainz  
Telefon (0 61 31) 22 24 22  
Telefax (0 61 31) 22 24 58  
E-Mail: info@drsg.org  
Internet: www.gvsg.org

**Deutsche Vereinigung für die Rehabilitation Behinderter (DVfR) e.V.**  
Friedrich-Ebert-Anlage 9  
69117 Heidelberg  
Telefon (0 62 21) 2 54 85  
Telefax (0 62 21) 16 60 09  
E-Mail: info@dvfr.de  
Internet: www.dvfr.de

**Fachverband Sucht e.V.**  
Walramstraße 3  
53175 Bonn  
Telefon (02 28) 26 15 55  
Telefax (02 28) 21 58 85  
E-Mail: sucht@sucht.de  
Internet: www.sucht.de

**Kuratorium Deutsche Altershilfe**  
Wilhelmine-Lübke-Stiftung e.V.  
An der Pauluskirche 3  
50677 Köln  
Telefon (02 21) 93 18 47 - 0  
Telefax (02 21) 93 18 47 - 6  
E-Mail: info@kda.de  
Internet: www.kda.de

**ZNS - Hannelore Kohl Stiftung**  
Rochusstraße 24  
53123 Bonn  
Telefon (02 28) 97 84 50  
Telefax (02 28) 9 78 45 55  
E-Mail:  
info@hannelore-kohl-stiftung.de  
Internet:  
www.hannelore-kohl-stiftung.de

**Schädel-Hirnpatienten in Not e.V.**  
(„Deutsche WACHKOMA Gesellschaft“)  
Bundesweite Notrufzentrale  
Telefon (0 96 21) 6 48 00  
Bayreuther Straße 33  
92224 Amberg  
Telefon (0 96 21) 6 36 66  
Telefax (0 96 21) 6 36 63  
E-Mail: schaedel-hirn@t-online.de  
Internet:  
www.schaedel-hirnpatienten.de

**Stiftung Deutsche Schlaganfall-Hilfe**  
Carl-Bertelsmann-Straße 256  
33311 Gütersloh  
Telefon (0 18 05) 09 30 93 (0,26/Min.)  
Telefax (0 18 05) 09 40 94  
E-Mail: info@schlaganfall-hilfe.de  
Internet: www.schlaganfall-hilfe.de

**Stiftung Rehabilitation Heidelberg**  
Bonhoefferstraße  
69123 Heidelberg  
Telefon (0 62 21) 88 - 0  
Telefax (0 62 21) 88 - 32 44

**Bundesverband NeuroRehabilitation (BRN) e.V.**  
c/o Neurologisches Reha-Zentrum  
Godeshöhe e.V.  
Waldstraße 2 - 10  
53177 Bonn  
Telefon (02 28) 3 81-2 26  
Telefax (02 28) 3 81-6 40  
E-Mail: r.radzuweit@  
bv-neuroreha.de  
Internet: www.bv-neuroreha.de

**Forum Gehirn e.V.**  
Postfach 14 16 04  
10149 Berlin  
Telefon (07 00) 77 08 80 90  
Telefax (0 30) 27 87 84 59  
E-Mail: mail@forum-gehirn.de  
Internet: www.forum-gehirn.de

**REHADAT**  
Informationssystem zur beruflichen  
Rehabilitation  
**Institut der deutschen Wirtschaft**  
Köln  
Gustav-Heinemann-Ufer 84 - 88  
50968 Köln  
Telefon (02 21) 49 81 - 8 12  
Telefax (02 21) 49 81 - 8 55  
E-Mail: welcome@iwkoeln.de  
Internet: www.  
rehadat.de + www.iwkoeln.de

**Bundesverband Deutscher  
Privatkrankenanstalten e.V.**  
Robert-Koch-Platz 4  
10115 Berlin  
Telefon (0 30) 2 40 08 99 - 0  
Telefax (0 30) 2 40 08 99 - 30  
E-Mail: info@bdpk.de  
Internet: www.bdpk.de

**DEGEMED**  
Deutsche Gesellschaft für  
Medizinische Rehabilitation e.V.  
Fasanenstraße 5  
10624 Berlin  
Telefon (0 30) 27 59 41 52 / 53  
Telefax (0 30) 27 59 41 54  
E-Mail: degemed@degemed.de  
Internet: www.degemed.de

## Adressen

## Ansprechpartner auf europäischer Ebene

**Europäische Kommission**  
GD Beschäftigung, soziale  
Angelegenheiten und  
Chancengleichheit  
**Direktion G-Querschnittsaufgaben  
und Internationale Fragen**  
**Referat G 3-Eingliederung von  
Menschen mit Behinderungen**  
Leiter: Wallis Goelen  
200 rue Joseph II, 27 2-21  
B-1049 Brussels (Belgium)  
Telefon (0032-2) 2 95 18 27  
Telefax (0032-2) 2 99 180 78  
E-Mail:  
empl-pwd-info@cec.eu.int  
Internet: www.europa.eu.int/comm/  
employment\_social/disability

**Europäische Kommission**  
**Vertretung in der Bundesrepublik  
Deutschland**  
Unter den Linden 78  
10117 Berlin  
Telefon (0 30) 22 80 - 2000  
Telefax (0 30) 22 80 - 2222  
E-Mail: eu-de-  
Kommission@cec.eu.int  
Internet: www.eu-kommission.de

**Europavertretung der deutschen  
Sozialversicherung**  
Rue d'Arlon 50  
B-1000 Brüssel (Belgien)  
Telefon (0032-2) 2 30 75 22  
Telefax (0032-2) 2 30 77 73  
E-Mail: dsv@esip.org

**EDF**  
**European Disability Forum**  
**Square Ambiorx 32, Box 2/9**  
B-1000 Brüssel  
Telefon (0032 2) 2 82 46 00  
Telefax (0032 2) 2 82 46 09  
E-Mail: info@edf.arc.de  
Internet: www.edf.unicall.de

**Europarat**  
**Partial Agreement in the Social and  
Public Health Field**  
F -67075 Strasbourg Cedex  
Telefon (0 03 33) 88 41 28 23  
Telefax (0 03 33) 88 41 27 32  
E-Mail: thorsten.afflerbach@coe.int  
Internet: www.coe.fr/soc-sp

**Rehabilitation International Europa  
(RI-Europe)**  
**c/o European Platform for  
Rehabilitation (EPR)**  
Rue de Spa  
B -1000 Brussels, Belgium  
Heidi Lindberg (Finnland)  
Telefon (0 03 53) 61 31 92 46  
Telefax (0 03 53) 1 46 14 43  
E-Mail:  
heidi-lindberg@invalidiliito.fi

# Index

Alterssicherung der Landwirte 25, 31, 36  
Ambulant vor stationär 7, 24  
Ambulante Leistungen 23  
Anschlussrehabilitation 23  
Arbeitsassistenz 8, 9, 34, 39, 44, 48  
Arbeitsförderung 25, 35, 41, 43, 52, 62  
Arbeitshilfen 19, 35, 39, 44, 48, 63  
Arbeitsunfall 32, 37, 38, 42  
Ausbildungsgeld 45  
Ausbildungshilfen 55  
Ausbildungszuschüsse 35, 40, 44  
Ausland 23, 56  
Barrierefreiheit 8  
Bedürftigkeitsprüfung 6, 57  
Begleitende Hilfe im Arbeitsleben 47, 48  
Begutachtung 2, 7, 16  
Behinderte Kinder 12, 54, 59, 60  
Behinderten- und Selbsthilfeorganisationen 21  
Behindertengerechte Arbeitsplätze 47  
Beihilfen 55  
Belastungserprobung und Arbeitstherapie 26, 33, 38, 51  
Benachteiligungsverbot 9  
Beratung 6, 8, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 27, 29, 34, 39, 43, 47, 48  
Beratungsdienst 16  
Beratungsstelle 17, 64  
Berufliche Anpassung 34, 39, 40, 44  
Berufliche Ausbildung 34, 39, 40, 44  
Berufsbildungswerk 40, 44  
Berufsförderungswerk 35, 40, 44  
Berufskrankheit 32, 37, 38, 42, 62  
Berufsvorbereitung 34, 39, 40, 44  
Beteiligungsrechte 9  
Betriebliches Eingliederungsmanagement 10  
Betriebs- oder Haushaltshilfe 36, 41, 45  
Betriebs- und Haushaltshilfe 28  
Betriebsbesuche 47  
Blindenhilfe 58  
Bundesagentur für Arbeit 12, 25, 28, 45, 46, 48, 54  
Chronische Krankheit 10  
Eingliederungshilfe 12, 53, 54, 55, 56  
Eingliederungshilfe-Verordnung 55, 56  
Eingliederungszuschüsse 35, 40, 44  
Einleitung von Leistungen 27  
Einrichtungen der beruflichen Rehabilitation 35, 40, 44  
Ergänzende Leistungen zur Teilhabe 13, 45, 52  
Erwerbsfähigkeit 12, 22, 31, 32, 33, 35, 36, 40, 43, 45, 50  
Früherkennung 16, 17, 26, 27, 34, 54  
Frühförderung 17, 26, 27, 54, 60  
Funktionstraining 18, 28, 35, 41  
Gebärdensprache 8  
Gemeinsame Empfehlungen 6, 15, 16, 17  
Gerichtsbarkeit 25  
Gesetzliche Krankenversicherung 26, 27, 28, 62  
Gesetzliche Rentenversicherung 31 - 36, 62  
Gesetzliche Unfallversicherung 37 - 42, 62  
Grundsicherung für Arbeitssuchende - SGB II 46, 62  
Hauptfürsorgestelle 50, 52  
Haushaltshilfe 28, 36, 41, 45, 52  
Häusliche Krankenpflege 51  
Heilmittel 26, 33, 38, 51  
Heilpädagogische Leistungen 41, 54  
Hilfe zur Pflege 57, 58  
Hilfen zum Erwerb praktischer Kenntnisse und Fähigkeiten 41, 54, 57  
Hilfen zur Förderung der Verständigung mit der Umwelt 54  
Hilfsmittel 2, 26, 33, 34, 38, 39, 40, 44, 51, 54, 55, 56, 58  
ICF 5, 17, 27

Integrationsamt 9, 10, 17, 48  
Integrationsfachdienst 9, 17, 21, 39, 44  
Integrationsprojekte 10  
Jugendhilfe 15, 25, 56, 59, 60  
Kinder- und Jugendhilfe 56, 59, 62  
Kinderbetreuungskosten 9, 28, 35, 41, 45  
Komplexleistung 24, 25, 27, 54  
Kooperation der Leistungsträger 6, 25  
Koordination der Leistungen 6, 15, 16  
Körperersatzstücke 33, 38, 51, 56  
Kosten der Begleitperson 56  
Kosten für Unterkunft und Verpflegung 34, 39, 44  
Kraftfahrzeughilfe 34, 39, 41, 44, 62  
Krankenbehandlung 12, 29, 50, 51, 52  
Krankengeld 28, 52  
Krankenhausbehandlung 51  
Kriegsopferfürsorge 6, 25, 52, 62  
Kündigungsschutz 48  
Landesversorgungsämter 50  
Leistungen an Arbeitgeber 35, 39, 44  
Leistungen zur medizinischen Rehabilitation 6, 8, 13, 16, 17, 21, 22, 26, 27, 29, 31, 32, 33, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 50, 51, 52, 53, 54, 57, 60  
Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben 6, 8, 13, 16, 17, 23, 31, 32, 33, 34, 36, 37, 39, 41, 43, 46, 50, 52, 53, 54, 57  
Leistungen zur Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft 6, 13, 21, 40, 53, 54  
Lernbehinderte Menschen 43  
Mitwirkungspflicht 20, 23  
Nachgehende Hilfe 55  
Nachgehende Leistungen 36  
Orthopädische Hilfsmittel 33, 38, 51, 56  
Orthopädische Versorgungsstelle 52  
Partizipationsmodell 5  
Persönliches Budget 7, 8, 23, 24, 25  
Pflegebedürftigkeit 12, 21, 23, 24, 26, 29, 30, 37, 41, 52, 58  
Prävention 6, 10, 12, 16, 17, 23, 27, 29, 34  
Probebeschäftigung 35, 40, 44  
Psychologische und pädagogische Hilfen 8, 26, 33, 34, 38, 39, 44  
Psychotherapie 26, 33, 38, 51  
Qualitätssicherung 6, 16  
Rahmenempfehlungen 18, 63  
Rehabilitations-Richtlinien 22, 27  
Rehabilitationssport 9, 18, 28, 35, 41, 55  
Rente wegen verminderter Erwerbsfähigkeit 32  
Rehabilitation psychisch Kranker - RPK 64  
Schulbildung 37, 39, 55, 56  
Schulische Ausbildung für einen Beruf 55, 56  
Schwerbehindertenrecht 9, 21, 48  
Schwerbehindertenvertretung 9, 48, 49  
Selbstbestimmte Teilhabe 5  
Selbstbestimmung 5, 8, 12, 15, 24, 64  
Selbsthilfe 6, 7, 8, 9, 15, 16, 21, 27, 33, 34, 38,  
Servicestelle 2, 6, 10, 16, 17, 18, 20, 21, 22, 28, 30, 36, 46, 52, 58  
Sonstige Leistungen zur Teilhabe 36  
Sozialdienste 8, 17, 21  
Soziale Entschädigung bei Gesundheitsschäden 50  
Sozialhilfe 5, 6, 13, 15, 22, 24, 25, 33, 45, 53, 56, 57, 58, 62  
Stationäre Leistungen 27  
Stufenweise Wiedereingliederung 7, 19, 26, 33, 34, 38, 63  
Technische Arbeitshilfen 39, 44, 48  
Teilhabe am Leben in der Gesellschaft 6, 8, 12, 40, 50, 59  
Teilhabeplan 6, 7, 16  
Träger der Rehabilitation 14  
Überbrückungsgeld 34, 39, 44  
Übergangsgeld 35, 41, 45, 52  
Verbandsklagerecht 25  
Verletztengeld 41  
Versorgungsämter 50  
Weiterbildung 34, 39, 40, 43, 44, 45  
Werkstatt für behinderte Menschen 35, 40, 43, 45, 53  
Widerspruchsverfahren 25  
Wunsch- und Wahlrecht 7, 24  
Zuständigkeitsklärung 7, 15, 46

*Die Bundesarbeitsgemeinschaft für Rehabilitation ist die gemeinsame Repräsentanz aller Verbände der gesetzlichen Krankenversicherung, Unfallversicherung, Rentenversicherung, Kriegsopferfürsorge und Sozialhilfe, der Bundesagentur für Arbeit, sämtlicher Bundesländer, des Deutschen Gewerkschaftsbundes, der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände sowie der Kassenärztlichen Bundesvereinigung zu dem Zweck, die Maßnahmen der medizinischen, schulischen, beruflichen und sozialen Rehabilitation zu koordinieren und zu fördern.*

ISBN 3-9801748-6-7